

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 30. Dezember 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Monatspreis 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Russland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Rollenblätter oder deren Raum 40 Pf., für vollst. und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist am Wochenende bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

## Aus der Blutgeschichte der sächsischen Textilindustrie.

Wenn man den Verlesterungen in den Blättern der deutschen Scharfmacher glauben wollte, wenn man nach dem unerhörten Aufgebote von Gerichten urteilen dürfte, dann müßten die tapferen Kämpfer für den Zehnjährigen in Crimmitschau so etwas wie Straßentrüder sein, die friedliche Wanderer am Wege niederreißen und ihnen die Habe nehmen. Die Unternehmer sucht man ja sogar in den Parlamenten von den Regierungstischen aus als „wohlwollende Väter der Industrie“ hinzustellen, die zu ihrem eignen tiefherzigen Bedauern den Forderungen der Arbeiter nicht entsprechen können, weil's der bösen Konkurrenz nicht gefalle. Daß es in Wahrheit ganz anders steht, wissen uns Leser nicht nur aus den Schilderungen der Vertreter der Arbeiterklasse, sondern auch aus den durchaus einwandfreien Berichten solcher bürgerlichen Blätter, die mit ein wenig socialpolitischem Verständnis begabt sind. Die Crimmitschauer Ausgesperrten sind Kulturkämpfer im besten und edelsten Sinne des Wortes; was sie den hartnäckigen Unternehmern abzurufen suchen, ist ein wichtiges Stückchen Menschenglück und Volkswohl. Mehr und mehr sollen die Interessen der Nation zusammen mit den Interessen der Arbeiterklasse, und gerade die Geschichte der sächsischen Textilindustrie lehrt uns, daß nur die Organisation der Arbeiter, nur ihr zielbewußter Emanzipationskampf die Bevölkerung der Textilgebiete vor vollständiger physischer Entartung und moralischer Zerrüttung bewahrt haben.

Am 1. Januar 1904 tritt endlich bei uns in Deutschland ein Gesetz zum Schutze der in der Industrie erwerbstätigen Kinder in Kraft, fast genau hundert Jahre nach dem Erlaß des ersten Kinderschutzgesetzes in England. Ueber seinen Inhalt sind die Leser dieses Blattes bereits unterrichtet und auch darauf hingewiesen worden, wie wenig es den socialdemokratischen prinzipiellen Forderungen entspricht. Als einen Fortschritt kann man es nur ansprechen, wenn man die grauenhaften Zustände in Erwägung zieht, die noch bis jetzt oder bis vor kurzer Zeit in den Fabriken, besonders in den sächsischen Textilfabriken geherrscht haben. Die Reichs-Gewerbe-Ordnung von 1869 stellte in Deutschland den ersten Versuch einer gerechten Ordnung des Kinderschutzes dar. In ihrer ersten Fassung verbot sie die regelmäßige Beschäftigung von Kindern unter zwölf Jahren in Fabriken, allerdings nur die regelmäßige, denn der § 128 gestattete für diese unglücklichen Proletariatskinder sehr wohl eine nicht „regelmäßige“ Ausbeutung. Nach demselben § 128 durften Kinder zwischen zwölf und vierzehn Jahren in Fabriken täglich bis zu sechs Stunden ausgebeutet werden; die Beschäftigungsstunden konnten aber beliebig zwischen 5 1/2 Uhr morgens und 8 Uhr abends angelegt werden, so daß die Bestimmung wegen der Unmöglichkeit einer genauen Kontrolle ganz hinfällig war.

Man wird zugeben müssen, daß weniger Kinderschutz fähig nicht gewährleistet werden konnte; es war doch schließlich nur das Minimum eines Minimums, was da auf dem Papiere stand. Aber sehen wir einmal zu, wie sich die Ausbeutung der Kinder in der Praxis danach gestaltete. Die Unternehmer schrien Jetermord über die „Beschränkungen“, die ihnen die Gesetzgebung durch den Kinderschutz auferlegte, beteuerten — genau wie jetzt in Crimmitschau! — ihre Konkurrenzfähigkeit erlei eine tödlichen Stoß und verlangten schleunigste Aufhebung jener Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung. Es war eine sächsische Unternehmer-Organisation, die den Ruf für sich in Anspruch nahm, die Ausbeutungsgelüste gewissenloser Profitjäger zu formulieren; die Handels- und Gewerbe-Kammer zu Plauen verlangte 1872:

1. Die zulässige Arbeitszeit der Kinder von 12 bis 14 Jahren sollte von 6 auf 7 Stunden täglich erhöht werden;
2. Bei jungen Leuten zwischen 14 und 16 Jahren sollte jede gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit fortfallen (die Gewerbe-Ordnung hatte für sie den zehnjährigen Normal-Arbeitstag eingeführt);
3. das ausdrückliche Verbot der Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern an Sonn- und Festtagen sowie während der Stunden des Konfirmanden-Unterrichts sollte abgeschafft werden;
4. der zulässige Beginn der Arbeitszeit sollte auf 5 statt 5 1/2 Uhr festgesetzt werden;
5. gewisse Kontrollbestimmungen sollten beseitigt werden.

Gegen diese Forderungen einer geradezu unmenschlichen Ausbeutung suchte die Socialdemokratie Sturm. So wie einst ihr Verfechter aus der utopischen Periode des Socialismus, Robert Owen, in England die öffentliche Meinung gegen die barbarische Gemacht hatte, so brachte auch sie die aller Humanität hochsprachenden Zustände in der sächsischen Textilindustrie immer und immer wieder zur Erörterung. In den Kreisen unsres Volkes, die der sächsischen Industrie fernstanden, hatte man thatächlich keine Ahnung von den Verhältnissen gehabt; wenn man Schilderungen, wie die berühmte Engelsche, über den bethlehemitischen Kindermord der englischen Spinner und Weber gelesen hatte, dann hatte man sich freudig in die Kräfte geworfen und gesagt, daß „so etwas“ doch Gott sei dank, bei uns nicht vorkommen könne, sintemal wir doch ein Volk der Gottesfurcht und der frommen Sitte seien. Und jetzt diese Entsetzungen der Socialdemokratie! Das mußte untersticht, die Angriffe, wenn möglich zu Boden geschlagen werden! Am 30. April 1873 ersuchte der Reichstag im Anschluß an eine Petition den Reichskanzler, solche „Erhebungen, welche für die Beurteilung der Angemessenheit und Notwendigkeit eines gesetzlichen Schutzes der in Fabriken beschäftigten Frauen und Kinderjährigen

gegen sonntägliche Arbeit, sowie gegen übermäßige Beschäftigung an den Werktagen erforderlich sind, zu veranlassen und deren Ergebnisse dem Reichstage mitzuteilen“. Das Arbeitsprogramm, das dieser Enquete zu Grunde gelegt wurde, war unvollständig, das Personal für die Erhebungen weder zahlreich genug, noch auch recht geschult. Und dennoch — als der schmale Band mit dem Reichskanzler-Amt zusammengestellt und wohl auch erst noch frisierten „Ergebnissen“ dem Reichstage im Jahre vor dem Erlaß des Socialistengesetzes vorgelegt wurde, ging ein Schrei des Entsetzens durch Deutschland. Besonders aber über das, was aus Sachsen gemeldet worden war. In Sachsen waren damals 6,5 Proz. aller in der Industrie beschäftigten Personen zu der Kategorie der Jugendlichen zu rechnen; 10 500 waren von diesen in der Textilindustrie vorgefunden worden, im Bezirk Zwickau — zu dem auch Crimmitschau gehört — allein 8000. Hören wir, was es darüber zu melden gab! Auf Seite 132 des Berichtes werden die Ergebnisse aus Sachsen schon durch den vielversprechenden Satz eingeleitet: „Bei Gelegenheit der angefertigten Erhebungen hat sich von neuem bestätigt, daß... die über die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter in der Gewerbe-Ordnung enthaltenen Bestimmungen bei den meisten Industriezweigen nur sehr mangelhaft haben durchgeführt werden können. Zu der im Publikum, sogar bei Lehrern, mitunter wahrgenommenen Unklarheit über die einschlagenden Bestimmungen gesellt sich wohl hier und da eine gewisse Indolenz der Ortsbehörde“. ... Und nun beginnen die Schilderungen der Einzelfälle: „Nach Angabe eines Schuldirektors im Zwickauer Gebiete giebt es Fabriken, in denen ununterbrochen Kinder unter zwölf Jahren, ja sogar lebend bis achtjährige Kinder beschäftigt werden; wird von der Behörde oder von dem Fabrikinspektor die Fabrik revidiert, so werden diese Kinder sofort von einem Unterbeamten auf einen der oberen Böden geführt und zwischen Warenballen versteckt gehalten“. O, ahnungslose Polizei, die sich so an der Nase herumführen ließ! O holde Vertrauensseligkeit, die den Fabrikinspektor darum verhinderte, auch einmal die „oberen Böden“ zu revidieren!

Weiter: „Ein Pfarrer... sagt, aus seiner kleinen Pfarodie seien nach den von ihm angefertigten Erhebungen allein 50 Kinder unter 12 Jahren, darunter acht bis neunjährige, in den umliegenden Fabriken beschäftigt“. „Auch in der Blumenfabrikation scheinen hier und da Kinder von neun bis zehn Jahren beschäftigt zu werden“. „In der Spielwarenindustrie sollen bereits Kinder von sechs Jahren mit leichter Arbeit beschäftigt werden“. „Wenig und grundjährig scheint das Gesetz in den Glashütten verlegt zu werden, wo man allerdings bestimmte Arbeitszeiten und regelmäßige Pausen nicht will einhalten und Nacharbeit nicht will entbehren können“. Bei jeder Revision seien Gesetzesverletzungen entdeckt worden. „Die Folge dieser Revisionen sei lediglich gewesen, daß um die Fabrikgrundstücke geschlossene Umfriedigung hergestellt und für bessere Ueberwachung der Aus- und Einpassierenden Sorge getragen worden sei“. Da sage man noch, die sächsischen Behörden hätten es jemals an Unparteilichkeit und eifrigem Schutze der Arbeiter fehlen lassen!!

Aber kehren wir zurück zur Textilindustrie, die uns hier vorzugsweise beschäftigt. Darüber heißt es wieder auf Seite 133: „Bei den Kindern im Alter von 14 bis 16 Jahren scheint Zuwiderhandlung gegen das Gesetz geradezu die Regel zu bilden, dieselben arbeiten gewöhnlich ebenso lange, wie die erwachsenen Arbeiter“. „Einige Spinnermeister gestehen zu, daß sie förmlich wegen derartiger Zuwiderhandlungen bestraft worden seien, trotzdem aber fort und fort gegen das Gesetz handeln müßten“, da sich dessen Bestimmungen ohne große Nachteile für die Industrie nicht einhalten ließen.“

„Auch in fast allen übrigen Industriezweigen scheinen die Verhältnisse ähnlich zu liegen und nur vereinzelte Arbeitgeber sich die genaue Befolgung der gesetzlichen Vorschriften angelegen sein zu lassen.“

Fügen wir diesen Zeugnissen für den absoluten Mangel an Geseßlichkeit und für die durch Profitwut bewirkte Abtötung aller Menschlichkeit bei den Unternehmern nun hinzu, wie sie sich zu Reformvorschlägen stellten. Da finden wir einen Textilbaron aus dem Plauener Bezirk mit der Behauptung: „es werde im Interesse der Industrie dringend wünschenswert und im Interesse der Kinder nicht nur unbedingt, sondern sogar heilsam sein, wenn die Minimalgrenze für die Beschäftigung von Kindern von dem zwölften auf das zehnte Lebensjahr herabgesetzt und die Beschränkung der täglichen Arbeitszeit bei der Altersklasse vom 14. bis zum 16. Lebensjahre einfach beseitigt werde“. Ihm tritt ein Ausbeuter aus dem Dresdener Bezirke mit der Meinung zur Seite, daß der Gesetzgeber eher „Anlaß habe, Veranstaltungen zum Schutze der Arbeitgeber zu treffen“. Ein Menschenalter ist vergangen, seit diese Worte geäußert wurden — aber sind sie nicht von gestern und heute? Was die Enquete aus den 70er Jahren enthüllte, das bringen uns auch die sorgsam redigierten Fabrikinspektorenberichte von heute wiederum!

Die Geschichte der Industrie, vor allem aber die der sächsischen Textilindustrie, ist mit Blut geschrieben. An den Millionen, die die Unternehmer zusammengescharrt haben, steht nicht nur der Schweiß, nein, auch das Leben ungezählter Proletarier. Weiber und Kinder wurden in die Fron der Fabrikarbeit gepreßt, Geseß und Recht, Sitte und Humanität mit Füßen getreten, um den Profit zu mehren, so heute, wie ehemals. Mancher von den Männern, manche von den tapferen Frauen, die heute in Crimmitschau im Kampfe stehen, hat seit dem achten und neunten Jahre des Lebens im Dienste des Kapitals die Kraft des Leibes und der Seele hingeben müssen! Die Progenitur manches

Industriebarons ist aufgebaut auf einem Kof von bleichenden Proletariatsknochen! Und immer und immer wieder die Behörden auf der Seite der Unternehmer. Mit dem Polizeifüßel vollendet man, was der Hunger allein nicht bewirkte. Das ganze Proletariatsvolk wäre von der Maschine zu einem greulichem Weir zerstampft worden, wenn ihm nicht die große Volkspartei des Socialismus gekommen wäre. Gegen das Uebermaß von Unterdrückung und Anechtung, von Unterdrückung und Ausbeutung erhob sich die Organisation der Arbeiter. In unsäglich schweren Kämpfen, alleinstehend gegen Willkür und Verfolgung, Schmähung und Indifferenz, eroberte sie ein Stückchen Menschentum ihren Anhängern. Und sie wird weiter vorwärts schreiten!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Dezember.

### Fundamentalanweisung für Selbsterziehung.

Der Papstbefehl vom 18. d. Mts. über die „Christliche Demokratie“, dessen wir bereits kurz erwähnten, liegt jetzt im Wortlaut vor. Es zeigt sich, daß er die größte Beachtung verdient, da er in unzweideutiger Offenheit die Pläne der Alerikalisation enthält. Dieses Motu proprio des Papstes Pius X. bezeichnet sich selbst als eine „Fundamentalanweisung der christlichen Volkspartei“. Es handelt sich um die „Heranziehung der Laienwelt zur katholischen Thätigkeit“, die ein sehr verdienstliches Werk sei, bei der es aber darauf ankomme, daß diese Thätigkeit „gut geleitet und diszipliniert ist“. Leider seien auf dem letzten neunzehnten Katholiken-Kongress zu Bologna Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht, die Anlaß „zu viel zu heftigen Bekämpfungen gaben, welche, wenn sie nicht rechtzeitig unterdrückt werden, dieselben Kräfte spalten und weniger wirkungsvoll machen könnten“.

Es handelt sich also ausgesprochenemmaßen um die rechtzeitige Unterdrückung von Kämpfen und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der katholischen Laienwelt. Der Papst will die „Christliche Volkspartei“ „in reifer Weise mäßigen und leiten“ und erklärt: Es ist „unser Wille, daß diese sehr weifen Grundzüge genaue und volle Beachtung finden und daß niemand es wage, sich von denselben auch nur ein wenig zu entfernen“. Diese Grundzüge, die „für alle Katholiken die dauernde Richtschnur ihrer Haltung sein sollen“, lauten — unter Fortlassung des Neben-sächlichen — also:

1. Die menschliche Gesellschaft ist nach göttlicher Anordnung aus ungleichen Teilen zusammengesetzt, sowie die Glieder des menschlichen Leibes ungleich sind; eine Gleichstellung aller ist unmöglich und hat die Auflösung der Gesellschaft selbst zur Folge.
2. Die Gleichheit der verschiedenen Glieder der Gesellschaft besteht nur darin, daß alle Menschen ihren Ursprung von Gott, dem Schöpfer, herleiten, daß alle von Jesus Christus erlöst worden sind, und daß alle genau nach ihren guten und bösen Handlungen von Gott gerichtet werden, um Lohn oder Strafe zu empfangen.
3. Daraus sowie aus der Anordnung Gottes folgt, daß es in derselben Höfen und Unterthanen, Arbeitgeber und Arbeiter, Reiche und Arme, Gelehrte und Ungelehrte, Vornehmer und Gemeine giebt, die durch das Band der Liebe geeinigt, sich gegenseitig unterstützen sollen, um ihre letzte Bestimmung im Himmel und hier auf Erden, ihr materielles und sittliches Wohl zu erreichen.
4. Der Mensch hat auf Erden nicht nur wie das Tier das einfache Gebrauchsrecht, sondern auch ein dauerndes Eigentumsrecht, und zwar nicht allein bezüglich jener Dinge, die durch den Gebrauch verbraucht, sondern auch jener, die durch den Gebrauch nicht verbraucht werden.
5. Das Privateigentum ist unter allen Umständen, sei es als Frucht der Arbeit oder des Gewerbes oder infolge von Uebertragungen oder Schenkungen ein Naturrecht und jedermann kann darüber in vernünftiger Weise nach seinem Gutdünken verfügen.
6. Bei der Verlegung von Streitigkeiten zwischen den Besitzenden und den Besessenen muß zwischen Gerechtigkeit und Liebe unterschieden werden. Wenn die Gerechtigkeit nicht verletzt worden ist, besteht kein Recht auf eine Jurisdiktorberatung.
7. Die Pflichten der Gerechtigkeit, die dem Besessenen und Arbeiter obliegen, sind folgende: Volle und treue Leistung der in freier Weise nach Billigkeit vereinbarten Arbeit; Unterlassung der Beschädigung des Gutes und der Verleumdung der Person des Arbeitgebers; Unterlassung von gewaltthätigen Handlungen bei der Verteidigung der eignen Rechte, die niemals in Empörung übergehen darf.
8. Die Pflichten der Gerechtigkeit, die dem Besitzenden und dem Arbeitgeber obliegen, sind folgende: Ausfolgung des gerechten Lohnes an die Arbeiter; Unterlassung der Schädigung deren Ersparnisse durch Gewalt oder List oder offene und verdeckte Ausbeutung; Gewährung der zur Erfüllung der religiösen Pflichten nötigen Freiheit; Bewahrung vor der Gefahr der Verführung und des Verrücktheits; Wahrung des Familiengeistes und des Sparsinnes; Nichtverlangung von Arbeiten, die mit den Kräften, dem Alter und dem Geschlechte der Arbeiter nicht vereinbar sind.
9. Liebespflicht des Reichen und Besitzenden ist es, nach der Vorschrift des Evangeliums die Armen und Dürftigen zu unterstützen. Die Verpflichtung dieser Vorschrift ist eine so schwere, daß nach den Worten Christi selbst (Matth. 25) am Tage des Gerichts über die Erfüllung derselben in spezieller Weise Rechenschaft abgelegt werden muß.
10. Die Armen sollen sich ihrer Dürftigkeit nicht schämen und die Liebe der Reichen nicht verschmähen, indem sie sich vor allem Jesus den Erlöser vor Augen halten, der, obwohl er unter den Reichthümern geboren werden konnte, arm geworden ist, um die Dürftigkeit zu ehren und mit besonderen Verdiensten für den Himmel zu bereichern.
11. Zur Lösung der Arbeiterfrage können viel beitragen die Gegenseitigkeitsgesellschaften, die Kinderschutz-Nachregeln und vor allem die Gewerksvereine.

12. Das ist das Ziel der christlichen Demokratie, die nicht zu verstehen ist wie die Socialdemokratie, da sie in keiner Weise das unverlegliche Recht am Privateigentum antastet.

13. Die christliche Demokratie darf sich niemals mit Politik befassen; ihre Aktion zu Gunsten des Volkes beruht auf dem Naturrecht und den Lehren des Evangeliums. Die christlichen Demokraten in Italien müßten sich gänzlich der Teilnahme an irgend einer politischen Aktion enthalten, die unter den gegenwärtigen Umständen aus Gründen höchster Ordnung jedem Katholiken untersagt ist.

14. Die christliche Demokratie hat die strengste Pflicht, die kirchliche Autorität zu wahren, indem sie den Bischöfen und deren Vertretern vollen Gehorsam und Unterwerfung erweist. Es ist kein verdienstlicher Eifer und keine aufrichtige Frömmigkeit, wenn ichöne und an sich gute Dinge unternommen werden, die von dem eignen Hirten nicht gebilligt worden sind.

15. Sie wird in Italien geleitet von der Opera dei Congressi. 16. Besonders in jenen Dingen, welche religiöse Interessen und die Thätigkeit der Kirche, in der Gesellschaft berühren, müssen die katholischen Schriftsteller vollständig mit ihren Ansichten und Meinungen, sowie alle übrigen Gläubigen ihren Bischöfen und dem römischen Papste unterstehen. Sie müssen sich besonders hüten, bei allen wichtigen Angelegenheiten den Entschlüssen des apostolischen Stuhls vorzugreifen.

17. Die christlich-demokratischen Schriftsteller müssen, sowie alle übrigen katholischen Schriftsteller alle Schriften, welche die Religion, die christliche Moral und die natürliche Ethik betreffen, der Präventivzensur des Ordinarius unterbreiten. Die Geistlichen müssen nach den Bestimmungen derselben Konstitution auch dann, wenn sie Schriften rein wissenschaftlichen Charakters veröffentlichen, die vorherige Zustimmung des Ordinarius einholen.

18. Wenn Meinungsverschiedenheiten aufstehen, sollen sie sich, bevor sie irgend etwas in den Zeitungen veröffentlichen, an die kirchliche Autorität wenden, welche die Sache nach der Gerechtigkeit entscheiden wird. Wenn sie von derselben getadelt worden sind, sollen sie sofort ohne Vorbehalt und ohne darüber Klage zu führen, gehorchen, wobei es ihnen unbenommen bleibt, wenn der Fall es verlangt, sich in entsprechender Weise an die höhere Autorität zu wenden.

19. Schließlich sollen die katholischen Schriftsteller bei der Verteidigung der Sache der Bescheidenen und der Armen sich hüten, eine Sprache zu führen, die im Volke eine Abneigung gegen die höheren Klassen der Gesellschaft hervorzubringen könnte. Sie sollen nicht von Zurückstellungen und von Gerechtigkeit sprechen, wenn es sich nur um die Liebe handelt, wie oben erklärt worden ist. Sie mögen sich erinnern, daß Jesus Christus alle Menschen mit dem Bande der gegenseitigen Liebe umgibt, welche die Gerechtigkeit vervollkommen und welche die Pflicht in sich schließt, für das gegenseitige Wohl zu arbeiten.

So weit die Fundamentalsätze, denen sich die „christliche Demokratie“ und die Schriftsteller, die sie verbreiten, beugen müssen. Der Papst verordnet, daß diese Sätze an alle katholischen Komitees, Gesellschaften und Vereine jeglicher Art gefendet werden, und weiter verordnet er: „Diese Vereine müssen sie an ihren Eignen anstreifen und bei den Versammlungen oft zur Verlesung bringen. Wir verordnen überdies, daß die katholischen Journale sie vollständig veröffentlichen und die Erklärung abgeben, dieselben zu beachten; widrigenfalls sind sie strenge zu ermahnen und wenn sie nach erfolgter Ermahnung sich nicht fügen, sollen sie von der kirchlichen Behörde verboten werden.“

Die Fundamentalsätze enthalten nicht eine neue Wendung katholisch-papstlicher Bestrebungen, sie fassen aber in lapidarer Kürze das zusammen, was die päpstliche Politik seit jeher vertritt und was in den Enchiridien des XIII. ausgesprochen ist, auf die bei den einzelnen Absätzen verwiesen wird. Diese gedrängte Zusammenfassung der Merkmalisierungsbestrebungen ist aber besonders geeignet, die Entgegensetzung der kirchlichen Gewalt eindringlichst zu bewußt sein zu bringen und die ungeheuerliche Gefahr unfreier Zeitalters den zahllosen einzuschärfen, die diese Gefahr noch immer nicht voll erkennen.

Die sterilität Weltanschauung, die in diesen Thesen sich ausdrückt, verbietet jede selbständige Forschung und jede freie Meinungsäußerung. Sie wagt, unter Berufung auf die Religion der Liebe, die ungeheure Unterstellung, daß die Ungerechtigkeiten und Sämählichkeiten der heutigen staatlichen und wirtschaftlichen Zustände auf ewiger Naturordnung und göttlicher Sägung beruhen. Sie bezieht den blind Gläubigen, jeden Versuch der Aufklärung über alle diese Fragen aufzugeben und auch in politischen Fragen die Autorität der Kirchenfürsten als höchsten Befehl anzuerkennen.

In der christlichen Demokratie einiger Länder, so besonders in Italien, Frankreich und Belgien, regte sich der Gedanke, die Ideen des Christentums aus der Verdrängung allzu weltlich-reactionärer Herrschaftsbestrebungen zu erretten. Die höchste kirchliche Gewalt legt ihr Machtgebot ein und heißt schweigen alle diejenigen, die mit den Gegenfah zwischen Arm und Reich als ewige und göttliche Sägung drehen.

Schroffer dem je erscheint in den Geboten Pius X. die staats-retterische Geistesfeindschaft des Meritalismus. Werden die geringen Versuche „christlicher Demokratie“ vor der Autorität des obersten Kirchenherrn vollends verstummen? Nach allen früheren Erfahrungen wird das Gebot des Papstes in allen Kirchenstellen, von den obersten bis zu den niedersten, und bei allen Abhängigen des Katholicismus seine fustiere Wirkung üben. In diesen Kreisen ist an keinen Aufstand der Welt zu denken!

### Ein Charakterbild Zanardelli

entwirft Genosse Ferri im „Avanti“. Er schreibt: „Er war eine der bedeutendsten Erscheinungen der liberalen italienischen Bourgeoisie, ein vortrefflicher, glänzender Redner und bedeutender Parlamentarier, ein echter Vertreter jenes politischen Doktrinismus der dreißiger Jahre, der die erste Hofe der bürgerlichen Aera einleitete, um in der Folge einen mehr „praktisch“ und offener gehaltenen Liberalismus Platz zu machen.“

Als Rechtsanwält war Zanardelli von tadelloser Rechtschaffenheit und professioneller Gewandtheit; trotzdem hat er es in seinem Buch „Sull' Avvocatura“ offen ausgesprochen, daß dieser eminent bourgeoise Beruf gar oft die Empfindung für Recht und Unrecht abstupft.

Zu seiner politischen Laufbahn häuften er ein Patrimonium von Thaten und Worten, dessen Passiva freilich die Aktiva überwiegen. Trotz alledem aber war er der rechtschaffenste und maßgebendste Repräsentant der liberalen Politik. Tadel erlebte er auch im Exil nach einer Periode scharfster Antipathie eine Zeit großer und offener Ausgelassungen.

Willensgabe und geschick in der Kunst, die Menschen für sich einzunehmen, war er der ausdauernde Beschäftiger der Wahl-erweiterung vom Jahre 1882 und ihm verdankt man die Einführung des neuen Handels-Gesetzbuches.

Aber dann schlug derselbe Zanardelli das reaktionäre Geßel vor, daß die Abgeordneten, die nicht schwören, des Mandates verlustig erklärt, und sawankte in einer Reihe von politischen Maßnahmen hilflos hin und her zwischen Reaktion und Liberalismus, wobei er freilich weniger seiner persönlichen Veranlagung unterlag als der unglücklichen Mittelstellung des effektischen und formalistischen Liberalismus zwischen den beiden großen Parteien: der konservativen und der sozialistischen.

So nahm Zanardelli teil an der Enquete über die Tabakregie, aber widersetzte sich der Parlaments-Enquete über die Marine-

verwaltung. Er hat die Verhängung des Belagerungszustandes unter Rudini verüßt und ist dann an dem Ministerium ausgetreten. Das für die Ausnahmegesetze Pellonors in erster Lesung gestimmt und sich dann zur siegreichen Obstruktion geschlagen.

Zanardelli hat die Todesstrafe abgeschafft, aber hat in dem unter seiner Leitung erscheinenden Straf-Gesetzbuch den § 247 (gegen Aufreizung zum Klassenhass) aufgenommen, als Maßnahme des allgemeinen Rechtes eine Bestimmung aus den deutschen Ausnahmegesetzen aufnehmend.

Und dieser Widerspruch kennzeichnet Zanardellis Thätigkeit bis in die kleinsten Einzelheiten: in das Arbeitsamt nahm er die direkte Vertretung der Arbeiter auf, ließ es aber zu, daß der Senat sie verwarf.

Trotzdem genigte es, daß er von der Parlamentströbüne oder vom Regierungstisch seine wahrhaft klassische Vereidsamkeit entfaltet und ein Wort von Freiheit und Liberalismus einflößt, um sich von der Mehrheit in Montecitorio all' seine politischen Fehler vergeben zu lassen.

Aber das sozialistische Proletariat, obwohl es der Wahre Zanardellis nicht seinen ehrwürdigen Gruß verweigert, verzieht die Fehler nicht und findet sich nicht ab mit den konventionellen Lügen.

Das sozialistische Proletariat wünscht nur, daß auf Zanardelli, den echten Vertreter der liberalen und ehrlichen Bourgeoisie, der dann die cereffiäre und offiziielle Bourgeoisie über den Kopf wuchs, ein Mann folge, der das Banner des modernen Bürgertums hoch halte und ihre Entwicklung beschleunige, auf daß ihm in nicht allzu ferner Zeit das neue Reich der Gerechtigkeit, des Sozialismus, folge.“

## Deutsches Reich.

Dementierter Ministerankorb. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Aus Hannover hat sich das „Berliner Tageblatt“ berichtet lassen, Seine Majestät der Kaiser und Königin solle dort während seiner jüngsten Anwesenheit, als in intimen Kreise die Rede auf Äußerungen des Herrn Ministers des Innern über die weilsche Partei gekommen sei, zu einem alten Hannoveraner lächelnd bemerkt haben: „Er werde dem Minister, wenn dieser das nächste Mal wieder nach Hannover käme, einen silbernen Kankorb mitgeben.“ Wir sind zu der Feststellung ermächtigt, daß diese Erzählung vom ersten bis zum letzten Wort erlundet ist.“

Die Welt ist um eine Hoffnung ärmer. Herr v. Hammerstein darf weiter reden. —

Der Großherzog von Hessen, der wiederholt die Spielbürger entseht hat durch sein vorurteilsloses Verhalten auch Socialdemokraten gegenüber, dürfte am Weihnachts-Heiligenabend wieder Anlaß zum Kopfschütteln bei allen alten Philistern gegeben haben. Wie und geschrieben wird, hat der Großherzog auf der Herberge zur Heimat an der Weihnachtsfeier der Handwerksburschen teilgenommen. Man denke: unter „Lunden“, unter „Landstreichern“ ist ein regierender Landesvater gewesen! Nachdem der Großherzog die bescheidenen Feier verlassen hatte, teilte der Herbergs-vater mit, daß ein „wohlthuerender Herr“ für die Lunden 100 Mark gespendet habe. Die 91 „Bogabonden“ erhielten je eine Mark ausgezahlt. Hessen dürfte derjenige deutsche Bundesstaat sein, in dem am wenigsten „Majestätsbeleidigungen“ — soweit sie den eignen Landesvater betreffen — begangen werden. Man muß in der That anerkennen, daß der junge Fürst seine Zeit gut anzuwenden versteht, wenn er sie bemüht, um mit eignen Augen das Elend der Armen zu sehen. Obendrein scheint uns das christliche zu sein als jene „leutselige Socialpolitik“, die ein paar Thaler oder Goldstücke am Weihnachtsfest „spendet“, ohne im übrigen die Nase mit dem äblen Duff der Rot zu beleidigen. —

### Wie die „Kreuz-Zeitung“ ihr Material sammelt.

Ein gräßlicher Auffüger ist der wackeren „Kreuz-Ztg.“ passiert.

Wie die Socialdemokraten ihr Material sammeln, teilt uns ein Freund unfres Blattes mit: Es war am 22. Dezember, abends zwischen 8 und 9 Uhr. In einem entsehtlich überfüllten D-Buge war ich soeben in Berlin eingetroffen. Stundenlang hatte ich in den überheizten Wagen eine Luft eingeatmet, die kaum noch den Namen Luft verdiente. Um meine Lungen zu reinigen und abzukühlen, bevor mich ein anderer Zug weiter führte, pendelte ich in der Friedrichstraße hin und her. Plötzlich drang die Stimme eines Zeitungverläufers an mein Ohr: „Könnte Nummer des „Vorwärts“. Hochinteressante Neuigkeit. Große Gärung unter den Offizieren.“ Ich suchte einen Augenblick und lauschte mir dann das Blatt für 20 Reichspfennige. Da trat aus einer Gruppe Männer, die etwa zehn Schritte vom Zeitungsvorläufer entfernt gestanden hatten, einer auf mich zu und flüsterte mir die Frage ins Ohr: „Wissen Sie vielleicht Sachen von den Leuten?“ Ohne zu antworten ging ich weiter, beobachtete aber aus der Ferne, daß sich der Vorfall noch mehrmals wiederholte. Offenbar schlugen die Socialdemokraten hier zwei Fliegen mit einer Klappe. Einestheils sicherten sie sich durch die sensationelle Anklage von der großen Gärung unter den Offizieren einen guten Absatz der betr. Nummer, andernteils suchten sie unter den Käufern aus dem besseren Publikum Mißbräutigke ausfindig zu machen, die ihnen neue Klatschgeschichten zutragen.“

Ein Freund unfres Blattes schreibt uns dazu sarkastisch: „Kann ich bestätigen. Es ist in der Gegend der Tonben- und Jägerstraße, an der Ede. Und wenn man ihnen zündet, dann gehen sie in die Rebenstraße in eine Gasthölz, und wenn es eine Uhr ist, so wird das Geschäft sofort gemacht; ist es aber ein Heberzieher oder ein Paar Hosen, dann kommen sie in die Wohnung.“

Die dreiften Spione des „Vorwärts“ sind nämlich — fliegende Aitshändler, die in jener Gegend ihrem Geschäft nachgehen. Schon manchem Passant, der aus irgend einem Grunde einen Augenblick stehen blieb, wird es passiert sein, daß ihm einer dieser vermeintlichen „Vorwärts“-Emiffäre ins Ohr flüsterte: „Haben Sie vielleicht Sachen zu verkaufen?“ Der Freund der „Kreuz-Zeitung“, offenbar ein biederer Provinzial, der sich auf dem reichshauptstädtischen Kaphall alsobald von unheimlichen Gefahren umwittert glaubte, hat die ihm zugesüßerte Frage nur halb verstanden, sich dann bei der Lectüre des „Vorwärts“-Artikels romantisch ergötzt und durch seine brüthwarm aufgenommenen Zuschriß seinem edlen Mogenorgan den furchterlichen Auffüger bereitet!

Man merkt es freilich den Ergüssen der „Kreuz-Zeitung“ an, daß sie häufig in solch heiterer Weise ihr Material dazu sammelt: —

Amtenkung eines polnischen Schulvetenans. Aus welchen Gründen in Preußen ein Volksschullehrer seines Amtes entseten wird, zeigt eine in Nr. 207 der „Kreuz-Zeitung“ enthaltene Notiz. In Wielkischin, Provinz Posen, wurde ein Lehrer Guginski, der auf eine 23jährige Dienzeit zurückblicken kann, aus dem Dienst entlassen, weil er

1. am 3. September 1902 die von ihm abgenommene preussische Zahne „nicht zusammengeköllt, sondern verdrückt (1) bereite geworfen“ habe,

2. am Sedantage des genannten Jahres den Unterricht nicht sogleich mit einer entsprechenden Feier begonnen, und schließlich

3. dem Hauptlehrer die Schulhose nicht zur Durchsicht geschickt habe.

Außerdem sollen noch einige andre, in dem genannten Blatte nicht genannte Vergehenden erhoben worden sein, deren Größe und

Bedeutung man aber aus den mitgetheilten Hauptverbrechen wohl erkennen kann.

Daß man einen Beamten, der 28 Jahre seine Pflicht erfüllt hat, wegen solcher Dinge auf die Straße werfen und eine Familie in Unglück und Not bringen kann, ist geradezu ungläublich. Denkt man dem im Geiste, durch eine solche Politik die Polen zu ge-treuen preussischen Unterthanen machen zu können?

Bezeichnend ist es aber, daß gar noch die genannte Lehrer-Zeitung diese Aussetzung als „durchaus gerechtfertigt“ bezeichnet! Eine Ehrenpflicht sollte es für ein Schulblatt sein, die Lehrer gegen die Uebergriffe des Bureaukratismus zu schützen; hier aber feiert noch ein Lehrerorgan — es ist ein „freisinniges“ Blatt — ein solches rigoroses Vorgehen! —

### Der Wahlkampf im 22. sächsischen Wahlkreis

stietet ein seltsames Bild durch die Art, wie die Wismasch-Partei sich drückt. Man hatte zuerst die Absicht, überhaupt keinen Kandidaten der Socialdemokratie gegenüberzustellen, da „es ausfielichtslos sei und unnötig Geld koste!“ „Aber“, wurde eingeworfen, „wir können doch nicht der erste Kreis in Deutschland sein, den man der Socialdemokratie kampfflos überläßt!“ Und das schlug durch. Graf Hoensbroech gab sich nochmals zu der Komödie her. „Aber höchstens drei Versammlungen“ wollte er mir halten. Jetzt kommen die braveu Sagländer auch um diese Frage. Der Herr Graf, welcher bei der letzten Wahl in allen Versammlungen mit Pravour erklärte: „Durch Vethätigung meiner Gesinnung habe ich mich mit meiner Familie gänzlich abgeworfen, fürs ganze Leben getrennt, entzweit, alle Bräden sind mit derselben hinter mir abgebrochen, daß thut ein Mann für seine Ueberzeugung!“ — Derselbe Graf giebt jetzt seinen Wählern bekannt, daß ihn das Ableben seiner hochbetagten Mutter in so tiefe Trauer verlegt hat, daß er außer Hande ist, auch nur eine Versammlung abzuhalten! Aber — in weiteren Episteln in den Inseratenteilen der vogiländischen „reichstreu“ Zeitungen will er fern zu denen, die es ihm glauben, sprechen. Wir meinen, nach einer seiner letzten Leistungen auf diesem Gebiet, ist das der geschickteste Platz, nur mag sich der Herr Graf versehen, daß ihn die Komiker nicht wegen unlaunteren Wettbewerb belangen. Daß wir damit nicht zuviel sagen, dafür hier ein Beweis, der alles bisher in Wahlkämpfe Dageweisen übertrifft. Nachdem der ritterliche Herr sich in erkläredlichen Geschäften über den Dresdener Parteitag über „gewaltsamen Umsturz, blutigen Zusammenstoß zwischen Socialdemokratie und Bürgertum“ und ähnliche Kleinigkeiten ergangen hat, versteigt er sich zu folgendem glorreichen Satz: „Kann August Bebel bei gefundenen Sinnen glauben, daß die mehr als 6 Millionen Nicht-Socialdemokraten sich ruhig die Hälse abschneiden lassen von drei Millionen Socialdemokraten?“

Man muß den Satz schwarz auf weiß gelesen haben, um es für möglich zu halten.

Am 27. und 28. d. M. fanden zahlreiche Versammlungen von unsrer Partei im Wahlkreise statt; eine Reihe unserer tüchtigsten Agitatoren, darunter die Reichstags-Abgeordneten Goldstein und Stolle sprachen in denselben. Der socialdemokratische Kandidat des Kreises Genosse Adolf Hoffmann sprach in drei Versammlungen und gab dem Herrn Grafen Jesuiten auf die obige Leistung die gebührende Antwort.

Am 3. und 4. Januar, den beiden letzten Tagen vor der Wahl, finden im ganzen Kreise Versammlungen statt, in welchen u. a. die Genossen Singer, Sindermann, Geher, Stolle, Juchel zc. sowie der Kandidat sprechen, auch besucht der letztere zwecks Hausagitation die Orte, wo kein Lokal zu haben ist. Die Aufnahme auch unsrer Flugblattverteilung ist überall eine so gute, daß uns jetzt schon der Herr Graf herzlich leid thut kann. —

Som deutsch-kanadischen Zollkrieg. Nach einer Meldung aus Kanada vom Ende November dürften die neuen Zollzuschläge auf deutsche Waren den deutschen Export nach Kanada verdrächtlich vermindern und namentlich die kanadischen Bezüge von deutschem Cement, Zuder und Glasflaschen unterbinden. Der Zuderbedarf Kanadas wird wahrscheinlich teils von Oestreich und teils durch vermehrten Import aus Britisch-Westindien gedeckt werden.

Unsre Gesamtausfuhr nach Kanada belief sich im Jahre 1902 auf ca. 38 Millionen Mark gegen ca. 26 Millionen Mark im Jahre 1901, davon entfielen 1902 auf Zuder allein über 9 Millionen Mark. Wir führten allein für so viel Zuder aus, wie wir im ganzen von Kanada zu uns einführen; der Wert der Gesamteinfuhr aus Kanada zu uns betrug nämlich 1902 nur etwas über 9 Millionen Mark gegen etwas über 7 Millionen Mark im Jahre vorher. —

## Ausland.

### Zur Redaktionskrise in der „Petite République“

schreibt uns der leitende Redakteur der „Petite République“ Gerault-Richard zu unsrer ersten Mitteilung über die Gründe des Austritts von Jaurès aus dem Redaktionsverband: „Gestatten Sie mir, werte Genossen, bei Ihren Lesern gegen die verkehrterische Mitteilung zu protestieren, welche der „Vorwärts“ einem reaktionären Depeschensbureau entnahm und welche der Verwaltung der „Petite République“ unterstellt, daß sie das Blatt durch unsaubere Spekulationen kompromittieren. Wäre dies der Fall, so würde ich nicht eine Minute in der politischen Leitung des Blattes verbleiben.“

Ich bin so sehr bedacht auf meine Ehre wie irgend jemand, ich habe dies oft betwiefen in meiner Laufbahn als republikanischer und sozialistischer Kämpfer, die mich zweimal vor das Schörrgericht, dreimal vor das Strafpolizeigericht geführt hat und mir einen viermaligen Aufenthalt von drei Monaten bis zu einem Jahre im Gefängnis einbrachte.

Die Wahrheit ist, daß die „Petite République“ vom Verkauf des Blattes und vom Inseratenwesen (publicité) existiert, über welche wir eine mindest ebenso strenge Kontrolle ausüben wie Sie selbst über die des „Vorwärts“.

Wenn Jaurès das Blatt verläßt, so geschah dies infolge eines Briefes von mir, der ihn von meinem Entschluß in Kenntnis setzte, an dem neuen Journal nicht mehr mitwirken zu wollen, dessen Gründung wir gemeinsam geplant hatten. Ich bin zu diesem Entschluß aus rein persönlichen Gründen gelangt, die weder von seiten Jaurès' noch von meiner Seite irgendwelche politische Entzweiung, sondern lediglich ein berufliches Auseinandergehen bedeuten.

Wenn ich morgen im „Journal des Débats“, welches Ihrer „Kossischen Zeitung“ entspricht, lesen würde, daß ein Teil der Redaktion des „Vorwärts“ demissioniert habe, um seine moralische Würde zu wahren, so würde ich über diese verdächtigende Mitteilung, bevor ich sie veröffentliche, bei den Beteiligten Informationen einholen. Das ist wohl das Mindeste, was sich Socialisten unter einander schulden.

### Mit parteigenössischem Grusse

Gerault-Richard.

Ann. der Redaktion: Gegenüber dem von Gerault-Richard erhobenen Vorwurf der Inkonsequenz und Inkonsistenz möchten wir nur bemerken, daß unsre Notiz in Nr. 301 des „Vorwärts“ ausdrücklich als eine telegraphische Meldung der „Kossischen Zeitung“ charakterisiert ist, womit für jeden mit der journalistischen Technik auch nur einigermaßen Vertrauten schon gesagt ist, daß der „Vorwärts“ die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Meldung der „Kossischen Zeitung“ überläßt. Eine Möglichkeit, die Meldung der „Kossischen Zeitung“ auf ihre Richtigkeit oder Unrichtigkeit hin zu kontrollieren, lag nicht vor, da die letzte Nummer der „Petite République“ selbst, wie wir uns sofort überzeugten, nichts über die Angelegenheit enthielt. Erwähnt sei auch, daß die Verleumdung, über die Genosse Gerault-Richard sich beschwert, lediglich in dem — von uns gemilderten — Satz bestand: „Als Grund der Spaltung wird angegeben, daß der Eigentümer der „Petite République“, Dejean, den Einfluß seines Blattes zu allerlei Spekulationen benützte, die Jaurès nicht geüben.“

Wie unsere Leser inzwischen gesehen haben, haben wir in der Sache auch bereits unserm Pariser Korrespondenten das Wort gegeben, der freilich die Angelegenheit auch nicht anders darstellte, als der Berichterstatter der „Wohlfahrt Zeitung“.

Der Brief Kaur's über die Gründe seines Austritts aus der „Petite République“ lautet übrigens:

„Seit einigen Monaten bemühe ich mich, das Organ unserer Partei auf anderen Grundlagen weiter zu führen. Es schien mir nicht angebracht, daß der Administrator gleichzeitig der Vorgesetzte ist, und ich hatte den Plan gefaßt, zur Sicherung einer wirksameren Kontrolle entweder die Organisation der „Petite République“ abzuändern oder ein anderes Journal zu gründen. Ich glaubte hierfür auf die Mitwirkung der meisten von Ihnen und besonders auf die eines Chefredakteurs rechnen zu können. Herr Richard sollte in der neuen Kombination die Oberleitung behalten, aber ich wollte die effektive Leitung übernehmen und ernsthaft ansüßen. Herr Richard setzt mich nun in Kenntnis, daß er bei der neuen Kombination Zusammenstoße und Konflikte befürchtet und deshalb bei der „Petite République“ in ihrer augenblicklichen Form bleiben will. Ich bin also gezwungen, die Umwandlung, die ich ohne Erschütterung und ohne Bruch vorzunehmen hoffte, außerhalb der „Petite République“ durchzuführen, und ich bitte Sie, meine Versicherung hinzunehmen, daß ich mich nur mit tiefem Bedauern von Ihnen trenne.“

### Die Kriegsgefahr in Ostasien

hat von ihrer Schärfe noch nichts verloren. Die Londoner Morgenblätter veröffentlichen eine amtliche Mitteilung der japanischen Gesandtschaft an die Presse. In diesem Communiqué werden die Hauptpunkte der letzten Note mitgeteilt, welche Japan an Rußland geschickt hat. Sie betreffen: 1. das Verlangen Japans, Rußland möge die Unabhängigkeit und Integrität Chinas und Koreas anerkennen; 2. die gleiche Behandlung aller Nationalitäten und Anwendung des Princips der offenen Tür in Korea und China; 3. Specialabmachungen über die Mandschurei.

**Tokio, 20. Dezember.** (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die vom Kabinett beschlossene und vom Geheimen Rat genehmigte Rotverfügung ist gestern abend spät veröffentlicht worden. In derselben wird der Regierung ein inhaltlich unbeschränkter Kredit für die Zwecke der militärischen Verteidigung eingeräumt. Außerdem sind noch drei Verfügungen erlassen worden, deren eine die Eisenbahn von Seoul nach Fusan unter eine weitergehende Kontrolle der Regierung stellt. Die zweite Verfügung enthält eine Neuorganisation des Hauptquartiers und des Stabes für den Fall eines Krieges, und durch die dritte Verfügung wird ein Kriegsrat geschaffen. Dadurch werden die Vorbereitungen Japans für alle etwaigen Ereignisse vervollständigt.

**Peking, 28. Dezember.** (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der Vizepräsident des Wai-wu-jü (Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten), Yen-fang, ein Mandschu, besuchte heute den hiesigen russischen Gesandten Leszar und bat um Mitteilungen über die Absichten Rußlands betreffend Räumung der Mandschurei. Leszar erwiderte, daß gegenwärtig aus zwei Gründen nichts in dieser Sache geschehen könnte. Erstens mache es die Äkte unmöglich, die Truppen wegzunehmen, da keine Baulichkeiten vorhanden seien, um sie anderswo unterzubringen. Zweitens würde es die russischen Interessen gefährden, das Land zu einer Zeit zu räumen, wo die Unterhandlungen mit Japan noch im Gange sind, weil Japan die Gelegenheit ergreifen könnte, in die Mandschurei einzufallen. Die chinesische Regierung ist jetzt so beunruhigt, daß sie die Alternative vorziehen würde, daß Rußland die Kontrolle in der Mandschurei behalte. Seitens des auswärtigen Amtes wurde den hier weilenden fremden Gesandten die Erklärung abgegeben, die China betreffende Regelung würde die sein, daß Rußland und Japan ihre gegenwärtigen Vertragsrechte in Korea und in der Mandschurei behalten und darin einwilligen, daß keines von beiden Ländern den Versuch macht, weitere Vorteile in jenen Gebieten zu erlangen.

Der russische Befehlshaber in Mukden forderte den Tataren-General gebieterisch auf, die Tatarenmiliz aufzulösen und zu entwaffnen. Der General erteilte dieser Aufforderung entsprechende Befehle.

**Peking, 29. Dezember.** (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Vicekönige der drei Centralprovinzen berichteten, daß sie 90000 Mann von fremden Offizieren ausgebildete Truppen zur Verfügung haben.

### Frankreich.

Die Deputiertenkammer lehnte in ihrer Dienstagvormittags-Sitzung auf Antrag des Justizministers mit 381 gegen 155 Stimmen ein Amendement des Nationalisten Gauthier ab, in welchem eine Amnestie für die seiner Zeit vom Staatsgerichtshofe Beurteilten verlangt wird. Darauf wurde die von dem Senat an das Haus zurückgelangte Amnestievorlage genehmigt.

### Rußland.

Gegen die Volkbildung in Finnland hat der russische Despotismus einen schweren Schlag durch Schließung zahlreicher Bibliotheken und Leshallen gerichtet. Die Petersburger „Finlands-Isa Gazeta“ berichtet, daß Finnland gegenwärtig ungefähr 1500 Bibliotheken besitzt, die größtenteils auch als Leshallen dienen. Die meisten Leshallen in den Städten sind von den sogenannten Jugendvereinen eingerichtet worden. Außerdem befinden sich in den Städten noch große Bibliotheken, die den höheren und niederen Schulen gehören. Durch diese außerordentliche Entwicklung der öffentlichen Bibliotheken und Leshallen ist die finnländische Bevölkerung zu einem hohen intellektuellen Bildungsgrad gelangt. „Aber,“ heißt es in dem offiziellen Bericht weiter, „da diese Leshallen nicht unter Aufsicht stehen, haben die Leiter der revolutionären Bewegung es verstanden, ihre Publikationen einzuschmuggeln und dadurch ihre die Gesellschaft gefährdenden Lehren unter dem Vorwand zu verbreiten.“ — Sogar in die Schulbibliotheken hat man diese verbotenen, gemeingefährlichen Schriften eingeschmuggelt, ein Beweis dafür, daß die Schulbehörden gewissenlos sind und keine Ahnung haben von den Pflichten, die ihnen den Schülern gegenüber obliegen. — Um die Bevölkerung zu schützen gegen die verhängnisvollen Folgen einer Verfallung und „zu verhindern, daß die Leshallen zu Herden einer gemeingefährlichen Agitation werden“, hat der Generalgouverneur eine Anzahl Bibliotheken genau revidieren lassen. Hieraus erfolgte dann ein laßlicher Ullas, der den Generalgouverneur von Finnland ermächtigt, „solche Bibliotheken, in denen gemeingefährliche Bücher und Schriften enthalten sind, aufzuheben oder für bestimmte Zeit zu schließen, damit die ruhigen und trennen Unterthanen nicht zu Verbrechen getrieben werden.“ — Eine große Anzahl Bibliotheken sind bereits auf Grund dieses Ullas geschlossen worden.

Revolutionäre Soldatendemonstrationen. Wie die „Times“ erfahren, veranstalteten in Tschakotauri 80 Rekruten eine Demonstration. Sie zogen mit einer roten Fahne durch die Stadt und sangen die Marseillaise. In Ouzurgeti fand eine ähnliche Kundgebung statt, bei der die Leute die Rufe anstimmten: „Nieder mit dem Zar! Nieder mit Despotismus und Militarismus!“ Wai-wu-jü, wo sich die Rekruten aus verschiedenen Kantonsdistrikten sammelten, war der Schauplatz einer ganz besonders großen Kund-

gebung. Mehr als 2000 Rekruten folgten in geordnetem Zuge einem roten Banner, welches die Aufschrift trug: „Nieder mit dem Militarismus! Nieder mit der Autokratie! Es lebe die Republik!“ Sei auch die Erbitterung der kantonsischen Rekruten zum Teil aus dem Verhalten der Regierung gegenüber der armenischen Kirche zu erklären, so glaubt der Korrespondent der „Times“ doch, die Hauptveranlassung der Mißstimmung sei darin zu suchen, daß das russische Militär nicht nur bei den Arbeiterausständen Verwendung fand, sondern auch in immer gesteigertem Maße dazu kommandiert wird, die durch die Ausschändeleer gewordenen Stellen der Arbeiter zu besetzen. Es sind sogar Georgier und Armenier aus ihren Stellungen entlassen worden, um für Soldaten Platz zu schaffen.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

31. (außerordentliche) Sitzung vom Dienstag, 29. Dezember 1903, nachmittags 5 Uhr.

Die heutige letzte Sitzung im Jahre 1903 weist eine ungewöhnlich reichhaltige Tagesordnung, aber zu Anfang nur einen sehr mangelhaften Besuch auf.

Vorsitzer Dr. Kangerhans eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mitteilungen. Die Wiederwahl der Magistratsmitglieder Weise und Tourbié ist von der Aufsichtsbehörde bestätigt worden.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst zahlreiche Rechnungen. Der referierende Ausschuhvorsitzende Stadtverordneter Friedrich (A. L.) hebt u. a. hervor, daß der Jahresabschluß für 1902 einen Fehlbeitrag von 213 000 M. aufweist, der durch den Etat für 1901 gedeckt werden muß. Die Wiedereinnahme hat bei der Steuerverwaltung allein über 3200 000 M., d. h. um über 1 Million mehr als das ganze Defizit betragen.

Die Versammlung tritt den Anträgen des Rechnungsausschusses auf Entlastung bzw. vorläufige Entlastung bei.

In der Ausschuhberatung ist der Magistratsantrag betreffend Erbauung einer katholischen Gemeindschule auf dem südöstlichen Gelände an der Verleberger- und Quisowstraße abgelehnt und dafür einstimmig vorgeschlagen worden, den Magistrat um eine neue Vorlage zu ersuchen, in der, unter Fortlassung des konfessionellen Charakters, zur Beseitigung der im Stadtteil Moabit noch vorhandenen drei Mietschulen eine Gemeinde-Doppelschule an dieser oder anderer Stelle gefordert wird.

Ohne Debatte wird demgemäß beschlossen.

### Der Kampf um das Mandat.

Der Wahlprüfungs-Ausschuh hat bekanntlich mit vier gegen drei Stimmen die Wahl des Gastwirts Emil Kerfin (Soz.) im 17. Wahlbezirk der dritten Abteilung auf einen freisinnigen Wahlprotest hin für ungültig erklärt.

Der Antrag der Minderheit im Ausschuh war auch noch auf die Annahme folgender Resolution gerichtet gewesen:

Den Magistrat zu ersuchen, durch Instruktion dahin wirken zu wollen, daß die Wahlvorsteher insbesondere bezüglich solcher Personen, die nicht notorisch als Kandidaten aufgestellt sind, in Zweifelsfällen durch Befragen der Wähler feilschellen, welchen Stand die Genannten haben und wo sie wohnen, und sich davon überzeugen, ob die Wähler andre als die notorisch als Kandidaten Aufgestellten meinen.

Diese Resolution ist ebenfalls abgelehnt worden.

Jur heutigen Plenarversammlung liegt der Antrag Augustin und Hosenoff vor:

Die Beschlußfassung über die Wahl auszuheben und die Wähler, welche anstandslos des Wahlprotokolls ihre Stimme für Herrn Kerfin abgegeben haben, darüber als Zeugen zu befragen, ob sie für den Gastwirt Emil Kerfin ihre Stimme abgegeben haben, ebent, aber die Wahl für gültig zu erklären.

Der Referent Stadtv. Koblter (A. L.) legt dar, daß der Ausschuh in dem Verfahren des einen der beiden Wahlvorsteher, den Namen Kerfin einzutragen zu lassen, wenn der Wähler Kerfin, Wosin, Karpin usw. angab, ein pflichtwidriges, nicht ein pflichtmäßiges Ermessen erlöst habe. Darin liege eine grobe Unregelmäßigkeit, welche die Ungültigkeit der Wahl nach sich ziehen müsse. Von gegnerischer Seite habe man demgegenüber von „unerschütterlichem Formalismus“ gesprochen, von „Rabulistik“ und dergleichen. Ausdrücke, wie man sie ja von jener Seite gewohnt sei. (Lärm bei den Sozialdemokraten. Auf: Berichterstatter! Der Vorsitzende ermahnt den Stadtv. Koblter, Vorsicht zu walten.) Referent zieht sich darauf auf den „unerschütterlichen Formalismus“ zurück, von dem ausdrücklich im Ausschuh gesprochen worden sei, und bittet, dem Ausshuantrag entsprechend die Wahl zu lassen.

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Unsere Resolution ist im Ausschuh abgelehnt worden, weil der Magistratsvertreter erklärte, es gebe noch keine Instruktion. Das ist das Sonderbare; allein bei diesen Stadtverordnetenwahlen giebt es keine Instruktion. Die Instruktion ist nicht so gemeint, daß sie das Gesetz ergänzt, sondern daß sie auslegt, was das Gesetz sagt im Hinblick auf die Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts. Daß es keine Instruktion giebt, ist ein Fehler. Nach § 25 der Städte-Ordnung hat jeder Wähler dem Wahlvorsteher laut und mündlich zu erklären, wem er seine Stimme geben will; nach § 27 muß bei erheblichen Unregelmäßigkeiten die Wahl laßiert werden. In der Städte-Ordnung steht nicht, daß der Name genannt werden muß, es ist auch zulässig, daß ein anderer den Namen vorliest, wenn der Wähler nur erklärt, daß den Genannten zu wählen sein Wille ist. Man haben wir in diesem Wahlbezirk zwei Wahllosale gehabt. In dem einen, wo ein Herr Koblter Wahlvorsteher war, sind 9 Stimmen für ungültig erklärt worden; bei der Vernehmung hat sich herausgestellt, daß der Herr die Namen, welche ähnlich wie Kerfin lauteten, so einzutragen ließ, wie er sie verstand. J. W. Kerfin, Kerfin, gar nicht weiter gefragt hat, wer diese Leute seien, sondern sehr vernünftig gewesen sei, daß sie so und nicht anders lauteten und nachher habe der Wahlvorstand diese Stimmen für ungültig erklärt. Daß letzteres geschehen sei, darüber findet sich im Wahlprotokoll nicht die geringste Andeutung. Zweifellos ist dieses Verfahren unregelmäßig. Der Wahlvorsteher ist nicht als Popanz da, sondern dazu, um feilschellen, was gemeint ist. Von den eingetragenen Namen finden sich in fünf Fällen Träger dieser Namen in Berlin überhaupt nicht. Nach dem Erkenntnis des Ober-Verwaltungsgerichts vom 14. November 1903 ist es unzulässig, dem pflichtmäßigen Ermessen des Wahlvorstandes zu überlassen, zu entscheiden, ob er die seitens des Wählers angegebene Bezeichnung des Kandidaten für genügend erachtet, wie er die Stimmabgabe auslege und auf wen er sie beziehe. Daher hat gerade in dem zweiten Teil des Wahlbezirks der Wahlvorsteher, dessen Verfahren die Mehrheit verurteilt, richtig gehandelt. Richt ein einziger Wähler hat behauptet, daß er einen anderen als Kerfin wählen wollte. Will der Magistrat keine Instruktion geben, so mag er es bleiben lassen, aber er muß die Wahlvorsteher mindestens im Sinne unserer Resolution mit Anweisung versehen; denn eine so liebliche Protokollierung, wie sie hier stattgefunden hat, würde jedem einigermaßen schlauen veranlagten Wahlvorsteher zu den wunderbarsten, ja illoyalen Machenschaften die Handhabe geben. Wie leicht könnte bei der Wahl des Hotelbesizers Leis die Aussprache der verschiedenen Dialekte Leis, Lais, Lois, Lass meinetwegen (Heiterkeit) zu ähnlichen Resultaten führen, wie hier im Falle Kerfin! Der Ausschuh hat ja nur die abweisenden Namen als hinreichenden Protestgrund angesehen; für die Natur der freisinnigen Protesterheber legen aber auch die andern Protestpunkte herabes Zeugnis ab. Da fragt der Wahlvorsteher einen Wähler, ob Kerfin Hausbesitzer sei; flugs wird das als Protestgrund angeführt! Demnach unwahr ist auch angeführt worden, daß der Wahlvorsteher die Leute, welche nicht wußten, wen sie wählen wollten, an einen Parteiführer gewiesen habe; die Protesterheber, so Herr Bew., haben die Unwahrheit dieser Behauptung selbst zugehen müssen. Die Protesterheber erklären, es habe jemand einen gewissen

Zober wählen wollen und sei zurückgewiesen worden; die Unwahrheit dieser Behauptung ist ebenfalls festgestellt worden, denn der Name Zober ist sofort eingetragen worden. Diese wunderbaren Protestbehauptungen lassen doch starke Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Protesterheber aufkommen. Ein Protesterheber ist ganz besonders entsetzt über die Unregelmäßigkeiten der Wahlhandlung in diesem Falle, weil der Wahlvorstand nicht verpflichtet worden sei. Diese Unzulassung ist absolut kein wesentlicher Mangel des Wahlverfahrens. Was die Namen betrifft, so wird hier von den Protesterhebern der schwere Vorwurf der Fälschung gegen die protokollierenden Beamten erhoben. In den Listen dieses Unterbezirks findet sich nirgends ein anderer Name als Kerfin oder Kerfin eingetragen; also ist nach der Ueberzeugung des Wahlvorstandes Kerfin gewählt worden, gleichgültig, ob er tatsächlich, ökonomisch oder sonst wie ausgesprochen worden ist. Es wäre gütigstens seitens eines Wahlvorstehers, wenn er diese provinzialen Aussprache-Eigentümlichkeiten nicht beachtet hätte. Bei der Wahl des früheren Kollegen Piesmann ist seitens des Magistrats durchaus nach dieser meinen Auffassung entschieden worden, daß der mehrfach genannte Name Piesmann als Piesman anzusehen sei; daselbe ist auch später geschehen, und die Rechtsprechung des Ober-Verwaltungsgerichts ist ständig in derselben Richtung gegangen. Kein Wähler hat erklärt, daß er einen anderen als Kerfin wählen wollte. Der Wahlvorsteher hat mehrfach gesagt: Sie meinen wohl Kerfin? und auf Bejahung den Namen Kerfin einzutragen lassen. Das ist nach der Judikatur das einzig Richtige gewesen. Von einer „Bezeichnung“ durch den Wahlvorsteher kann gar keine Rede sein. Das Ober-Verwaltungsgericht führt in dem angeführten Erkenntnis aus, daß die ausdrückliche Nennung des Namens des zu Wählenden durch den Mund des Wählers nicht erforderlich ist; § 25 will nur, daß öffentlich festgestellt werden soll, wie der Einzelne gewählt hat. Dieser Zweck könne auch erreicht werden, ohne daß der Wähler gerade persönlich den Namen des zu Wählenden ausspricht. Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß Kerfin zu Recht eingetragen ist. Auch hat kein Wahlvorstandsmitglied irgendwie dagegen Einspruch erhoben. Die meisten Kronzeugen sprechen auch nur von „ähnlich klingenden Namen“; der Wahlvorsteher hatte beifolger verstanden als diese Herren selbst. Zwei Zeugen behaupten, daß Kerfin gesagt sei. Ja, das ist braunschweigisch. Die freisinnigen Herren sollten doch etwas wissen von der falschen Aussprache des Namens Schem-Schin, die einmal vorkam; aber keine Spur! Welche wunderbare gefälschten Ehren müssen diese freisinnigen Herren haben! Sie waren eben durch ihren Parteihang vollständig unfähig, das Wahre vom Falschen zu unterscheiden. Die Namen Kerfin, Kerfin, Wosin giebt es weder in Berlin noch in dem Bezirk; sie dürfen gar nicht in dieser Hinsicht Weise protokolliert werden. Wir verlangen von dem Wahlvorsteher direkt, er solle das Protokoll fälschen, wenn wir dem Ausschuh Antrag beitreten. Eine Reihe derjenigen, welche angeblich falsch ausgesprochen haben, hatten Zettel in der Hand, auf denen der Name stand; es handelt sich also mehrfach bloß um das Vorlesen von 1 statt f. Wollen Sie irgend etwas auf den Protokoll geben, dann sind Sie verpflichtet, zu erörtern, ob solche blödsinnige Namen, wie sie die freisinnigen Herren gehört haben wollen, in Berlin existieren, oder aber die Wahl für gültig zu erklären. Ein solches Beispiel von Parteilichkeit ist in der Parteigeschichte noch nicht dagewesen. Man gehe der Sache doch auf den Grund, à la bon-homme! Aber will man unparteiisch prüfen, dann müssen die Wähler des ersten Bezirks vernommen werden; es sind über 300. In dieser Unbequemlichkeit sind nicht wir schuld, sondern daran ist schuld die Lieberlichkeit der Protesterheber. Ja, bin überzeugt, von dem politischen Parteihof dieser Jungen wird sich die große Mehrheit der Versammlung nicht leiten lassen, sondern die Ehre der acht ehrenamtlichen Wahlvorstandsmitglieder gegen den Verdacht der Protokollfälschung in Schutz nehmen! Bei der Landtagswahl von Juid und Rosenow sind ganz dieselben Verweise der Aussprache vorgekommen und niemand hat da ein solches dilatorisches, fraudulöses Verfahren empfohlen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Kargraff (A. L.): Wir werden für die Gültigkeit der Wahl stimmen. Es ist nirgends behauptet worden, daß diejenigen, welche einen von Kerfin abweichenden Namen genannt haben, einen anderen als Kerfin wählen wollten, und wir sind der Meinung, daß der Wahlvorsteher, welcher festgestellt hat: Sie meinen doch Kerfin? richtig verfahren ist. Wenn die Mehrheit des Ausschusses das erwähnte Ober-Verwaltungsgerichts-Erkenntnis für sich in Anspruch nahm, weil darin gesagt sei, daß lediglich der vom Wähler ausgesprochene Name entscheidend sei und dabei keinerlei Auslegung stattfinden dürfe, so habe diese Erkenntnis auf einen ganz anders liegenden Fall Bezug.

Stadtv. Liebkecht (Soz.): § 25 der Städte-Ordnung besagt, daß jeder Wähler dem Wahlvorsteher mündlich und laut zu erklären hat, wem er seine Stimme geben will. Es wird hier eine Willens-erklärung von dem Wähler gefordert, auf welche die all-gemeinen Bestimmungen darüber im Bürgerlichen Gesetzbuch Anwendung finden. Danach muß der wirkliche Wille erforcht werden, es ist nicht an dem Buchstaben hängen zu bleiben. Plaud erklärt diese Bestimmung für selbstverständlich. Ist es also nicht geradezu dolos, an dem Buchstaben hängen zu bleiben? Der Wille, den der Wähler zum Ausdruck zu bringen hat, ist die Bezeichnung von Personen, die gewählt werden sollen. Stellt man sich auf den Standpunkt der Protester, so würden sämtliche Stimmen ungültig sein, weil auch Vater, Bruder oder sonst jemand gleichen Namens hätte gemeint sein können. Jeder einzelne Wahlvorsteher muß also interpretieren; auch diese Interpretation ist selbstverständlich. Der Strohalm, an dem sich die Gegner klammern, ist das Wortchen „ausgesprochen“ in dem Ober-Verwaltungsgerichts-Erkenntnis. Es ist doch aber klar, daß hier nichts anderes als in § 25 der Städte-Ordnung gesagt sein soll; „ausgesprochen“ heißt hier „bezeichnet“. Konsequenterweise hätten Sie ja nach Ihrer Auffassung keinen Wahlvorsteher, sondern bloß einen Phonographen nötig; man brauchte dann später nur die Platten zu vergleichen. Der Stadtrat Vohm hat bei der Landtagswahl gegenüber derartigen Ungleichheiten ohne weiteres zugelassen, daß Alois statt Kopis, Silberstein statt Silberstein, Rosen statt Rosenow gesagt wurde (Hört! hört!) und niemand von dem Wahlvorstand hat etwas dagegen gehabt, weil es eben verständige Leute waren. Es wäre doch geradezu unregelmäßig, von dem Wahlvorsteher derartiges zu verlangen; wie wenn der Name Kerfin von einem Stotterer ausgesprochen werden müßte? (Große Unruhe und Lachen.) Ja, wenn Sie kein Prinzip haben, muß nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen entschieden werden. Wenn Sie sagen, wir wollen die Wahl für ungültig erklären, weil ein Sozialdemokrat gewählt ist, und wir hoffen, den Kreis bei der Neuwahl wieder zu gewinnen, dann würden wir Ihnen glauben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten und erneute Unruhe.) Ich bitte jeden von Ihnen, hier vorzutreten und zu sagen, es wäre mit diesen anderen Namen nicht Kerfin gemeint gewesen. Niemand wird von Ihnen das ihm, und wenn es einer thäte, dann glaube ich es ihm einfach nicht. (Große Heiterkeit.) Die Frage, ob der Wahlvorsteher unrichtig protokolliert hat, ist nach meiner Ansicht rechtlich unerschließlich. Stelle ich mich aber auf den Standpunkt der Mehrheit, so höfen wir auf die größten Widersprüche bezüglich der Zahl der Fälle, wo ein anderer Name genannt sein soll; einer spricht von 10, einer von 30, einer von 60 Fällen. Daß diese Verschiedenheit daher rührt, daß die einzelnen Wähler verschiednen lange Zeit im Wahllosal zugegen waren, ist unwahr, wie ich schon im Ausschuh nachgewiesen habe. Der Protesterheber muß den Gegenbeweis gegen die Michtigkeit des Protokolls führen, und kein Richter, kein verständiger Mensch wird anders sagen, als daß bei diesen Widersprüchen nur die Minderzahl, also genau gerechnet 28 Fälle, bewiesen sind. Die reichen aber zur Erschütterung der Mehrheit nicht aus. Herr Cassel hat im Ausschuh erklärt, Pafin und Kerfin seien ganz andere Namen als Kerfin, und damit sei die Verechtigung der Proteste gegeben. Aber in wie vielen Fällen sind diese „wesentlich verschiedenen“ Namen gebraucht worden? Darüber fehlt jede Angabe. Man giebt sich hier die größte Mühe, zu behaupten, daß einer von uns Herrn Cassel erwidert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Ausschuh war er in der zweiten Sitzung nicht da, er erwidert nur, um seine

Abstimmung zu motivieren, und heute will er sprechen! Sie mögen beschließen, was Sie wollen, in Ihren Fraktionen haben Sie ja bereits entschieden. Sie werden sprechen von Neben zum Fenster hinaus. (Gehr richtig!) Ja, das ist ja der Unterschied, bei uns wirken diese Neben! Aber nach Ihnen hat zum Glück ein anderer das Wort, nämlich das Ober-Verwaltungsgericht! (Beifall.)

**Stadtv. Cassel (A. L.):** Nachdem die beiden Herren zwei Stunden gesprochen haben (Stürmische Zwischenrufe: Sie haben sich ja vorher sprechen lassen!), bin ich nicht mehr in der Lage, so umfangreich sprechen zu können, da unsere Versammlung auch noch andere Geschäfte hat und ich auch der Meinung bin, daß eine so große Zeit dafür nicht erforderlich war. Zur selben Zeit, als der Ausschuss tagte, tagte auch der Ausschuss für die Anträge Nathan-Pandau unter meinem Vorsitz (Jurufe des Stadtv. Stathagen); da konnte ich nicht gleichzeitig in beiden Ausschüssen sein. Ich habe aber die Reden der Herren Stathagen und Liebkecht dort gehört. In manchen Punkten geht übrigens meine Kritik der des Kollegen Stathagens losform. Entscheidend für die Aufhebung der Wahl ist tatsächlich die Willenserklärung. Wenn ein Wähler Schluß gewählt hat, kann man unmöglich sagen, er habe eigentlich Müller wählen wollen. (Heiterkeit und Unruhe.) In dem oberverwaltungsgerichtlichen Erkenntnis heißt es ausdrücklich, daß der ausgesprochene Name entscheidend ist; und den Standpunkt des Kollegen Stathagen, daß gegen das Protokoll andre Zeugen als der Wahlvorstand nicht mehr glaubwürdig erscheinen sollen, halte ich für irrig. Da wir den Protokollführer nicht den Vorwurf der Fälschung machen wollen, weiß auch Herr Stathagen. Dazu gehört ein Dolus. Sie waren nur Ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Der Wahlvorstand hatte gewiß dafür zu sorgen, daß der Wähler sich klar und deutlich ausliehe; er durfte ihm aber einen bestimmten Namen nicht suggerieren. (Widerpruch.) Es kommt aber darauf gar nicht an, denn es ist in einer großen Zahl von Fällen (Wiederholte Rufe: Wieviel?) ein anderer Name genannt und dafür Kerfin protokolliert worden. Redner vertieft dann einen längeren Ruffus aus dem bezüglichen Erkenntnis, um unter dem andauernden Widerspruch der Socialdemokraten zu deduzieren, daß Interpretationen eines Namens unzulässig seien. Deshalb sei die Wahl ungültig. In seiner Fraktion stimme jeder nach seiner Ueberzeugung und nicht nach dem Willen eines Einzelnen; wenn man hier so thue, als lasse sich die Linie von Herrn Cassel gänglich, so sei das ein Mittelchen, um Stimmungen zu machen. In der socialdemokratischen Fraktion sei gewissermaßen durch die Eingebung des heiligen Geistes (Heiterkeit) jederzeit Einstimmigkeit vorhanden. Auch wenn das Ober-Verwaltungsgericht gegen uns entscheidet, werden wir nicht von unsrer Ueberzeugung zurücktreten! (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

**Vorscher Langerhans:** Es ist ein Schlussantrag eingegangen und genügend unterstützt.

**Stadtv. Singer (zur Geschäftsordnung):** Nachdem das, was vorhin Kollege Liebkecht andeutete, zur Thatsache geworden ist, nachdem alles, was die Kollegen Stathagen und Liebkecht vorgebracht haben, hier von Herrn Cassel mit erhobener Stimme abgelehnt worden ist, ohne daß man Gelegenheit zur Entgegnung zu bieten beliebt, sind wir natürlich gegen eine solche Vergeßlichkeit machtlos. Aber das einzige Mittel, welches uns bleibt (Unterbrechung, wiederholte Rufe: Zur Geschäftsordnung!) — wollen Sie etwa das Amt des Vorsitzers sich anmaßen? — im Rahmen der geschäftsordnungsmäßigen Bemerkung, um Ihnen zu zeigen, wie wir über diese so lokale Art des Kampfes des Herrn Cassel und der Mehrheit denken, nehmen wir das letzte Mittel, das uns bleibt, in Anspruch, und so beantrage ich namentliche Abstimmung über den Schlussantrag. (Andauernde Unruhe.)

**Jum Worte** sind noch gemeldet die Stadtv. Singer, Hermes, Stathagen und Ewald.

Während der Ermittlung des Resultates giebt der **Vorscher** dem Stadtv. Stathagen zu einer persönlichen Bemerkung das Wort. Dieser beginnt damit, bis Jurufe aus der Versammlung den Vorsitz veranlassen, den Stadtv. Stathagen auf später zu verweisen.

Der **Schluss** der Debatte wird mit 70 gegen 35 Stimmen beschlossen; Stadtv. Cassel enthält sich der Abstimmung.

**Stadtv. Stathagen (persönlich):** Es ist unklar, daß Herr Cassel durch uns gehindert worden ist, sich ausführlich auszulassen. Er war vor Liebkecht gemeldet und hat sich dann streichen lassen. Das nenne ich illegal. (Unruhe.) Dann soll ich die Oberverwaltungsgerichts-Entscheidung unrichtig ausgelegt haben. Das ist nicht wahr. Ich habe bloß wörtlich vorgelesen, aber nicht da Halt gemacht, wie Herr Cassel, wo die Ausführung für meine Deduktion ungenügend lautet: Bis zur Protokollierung hat der Wahlvorstand das Recht der Interpretation, nachher nicht mehr. (Rufe: Persönlich!) Das ist wohl persönlich! Wenn mir jemand dorthin ich lege falsch aus, so ist das eine Verdächtigung. (Andauernde Lärm.)

**Vorscher:** Wenn Cassel sagt, daß Sie falsch ausgelegt haben, so haben Sie das auch oft von andern gesagt, und das ist keine persönliche Verdächtigung.

**Stadtv. Stathagen:** Wir darf nicht unrichtig imputiert werden. Wenn ich wörtlich vorlese, lege ich nicht aus, Herr Vorscher! (Der Lärm dauert an; von den folgenden Vorgängen wird deshalb nicht alles für die Berichterstattung völlig deutlich.) Ferner hat Herr Cassel mir vorgelesen, ich hätte gesagt, die Schwurzeugen seien unglaubwürdig. Das ist mir gar nicht eingefallen. (Neuer großer Lärm und stürmische Rufe: Persönlich!) Vorscher: Das ist wieder nicht persönlich! ... Sie wissen ja noch gar nicht, was ich sagen will. (Große Heiterkeit.) ... Der lärmenden Umgebung, die immer wieder: Persönlich! Das ist nicht persönlich! ihm entgegen ruft, wirft der Redner entgegen: Das ist persönlich! Nicht Sie haben hier die Leitung, sondern Dr. Langerhans, wenn Sie ihn auch nicht mehr wählen wollen! Unter großem Lärm verläßt Redner die Tribüne, um sich alsbald wieder mit folgenden Worten an den Vorsitz zu wenden: Herr Kollege Rommsen hat die Liebenswürdigkeit gehabt, in den allgemeinen Wirrwarr hinein mir zuzurufen: Das ist eine Frechheit! (Stadtv. Rommsen bestätigt das.) Wenn Sie das gesagt haben, so sind Sie der Lämmel. ... (Das Folgende geht in dem unbeschreiblich wüsten Lärm, der sich nunmehr erhebt und aus dem die Worte: Hui! Hui! Dresdener Parteitag! zu vernehmen sind, verloren.)

**Stadtv. Rommsen:** Von dem, was ich gesagt habe, habe ich nichts zurücknehmen. Da man mir aber mit Schimpfwörtern antwortet (Stürmische Jurufe: Sie haben geschimpft!), so erkläre ich: Ich habe vor mich hin als Frechheit bezeichnet, was Herr Stathagen über den Vorscher und seine Wahl sagte. ... (unverständlich) Ich bin nicht feige. (Minutenlanger Lärm, aus dem nichts Verständliches mehr zur Tribüne dringt.)

**Stadtv. Liebkecht** versucht ebenfalls unter tosendem Lärm der Mehrheit in persönlicher Bemerkung die Ausführungen Cassels gegen ihn richtig zu stellen.

Nach einer weiteren persönlichen Bemerkung des Stadtv. Cassel erklärt der **Vorscher:** Ich muß Herrn Stathagen zur Ordnung rufen, weil er den Knöchel Himmel gebraucht hat. (Großer Lärm bei den Socialdemokraten; Rommsen hat Frechheit gesagt!) Es darf hier nicht länger geschimpft werden. (Der Lärm und die allgemeine Erregung dauern an.)

**Stadtv. Stathagen:** Der Stadtv. Rommsen bemerkte vorher, er habe eine meiner Bemerkungen eine Frechheit genannt und habe davon nichts zurücknehmen. Diese anmaßliche Art ... (Vorscher rügt den Ausdruck „anmaßlich“) diese Art kennzeichnen den Herrn so achtmalig, wie ich ihn nie zu kennzeichnen wagen würde. Der Lärm bleibt sitzen. (Erneuter Ausbruch der Entrüstung bei der Mehrheit.)

Der **Vorscher** ruft Stathagen zum zweitenmal zur Ordnung unter wüstem Beifall der Mehrheit.

**Stadtv. Hoffmann (Soc.):** Ich appelliere an das Gerechtigkeitsgefühl des Herrn Präsidenten, auch den Stadtv. Rommsen für die „Frechheit“ zweimal zur Ordnung zu rufen. Das gehört sich so. (Andauernde, tobender Lärm.)

**Stadtv. Rommsen:** Herr Stathagen kann mich Schimpfer soviel er will, ich bleibe doch der, der ich bin. Das Wort, das ich dochin gebraucht habe, ist vom Vorsitz durchaus mit Recht und von mir durchaus anerkannt als unparlamentarisch bezeichnet worden. Ich wiederhole es nicht, ich füge mich der Autorität des Vorsitzers.

Der Präjudicialantrag Augustin wird mit 82 gegen 26 Stimmen abgelehnt, der Ausschussantrag mit 73 gegen 34 Stimmen angenommen und darauf in einfacher Abstimmung aus der Eventualantrag Augustin, die Instruktion betreffend, verworfen.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung werden abgesetzt und die Sitzung nach 1/2 Uhr geschlossen.

## Gewerkchaftliches.

### Crimittschau.

#### Neue Vermittlungs-Versuche.

In Crimittschau werden nunmehr, wie es scheint, ernsthafte Vermittlungsversuche gemacht. Die Anwesenheit des Herrn Professor Böhmert, wenn sie auch einen direkten Erfolg nicht brachte, hat wenigstens dazu gedient, das Terrain gewissermaßen zu sondieren und Klarheit über die Stimmung der Parteien zu schaffen. Jetzt hat endlich, wenn man dem „Berliner Tageblatt“ glauben darf, auch die sächsische Regierung Veranlassung genommen, einen mit amtlichen Vollmachten ausgerüsteten Vermittler nach Crimittschau zu entsenden. Sie soll den Geheimrat Ministerial-Direktor Koscher mit der Aufgabe betraut haben, zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln.

Offentlich haben die erneuten Bestrebungen Erfolg. Wenn überhaupt, wäre jetzt der Moment gekommen, wo im Interesse der Crimittschauer Industrie die Arbeitgeber sich zu der Friedensliebe entschließen sollten, welche die Arbeiter von Anfang an gezeigt haben. Wird jetzt Frieden geschlossen, dann ist es noch möglich, die Winterpause für Crimittschau zu retten. Kehren die ausgesperrten Arbeiter in die Fabriken zurück, so können ihre geübten Hände in wenigen Tagen die neuen Musterkollektionen herausbringen, und da die Abnehmer der Crimittschauer Industrie sicher sind, daß nach Friedensschluß die Bestellungen auch erledigt werden können, wird es auch an Aufträgen nicht fehlen.

#### Die Vorschläge des Herrn Professor Böhmert.

Herr Professor Böhmert veröffentlicht jetzt in der „Socialen Korrespondenz“ die Vorschläge, welche er in Crimittschau zur Beilegung des Konfliktes machte. Es sind ihrer drei, welche die sogenannte „Nachfrage“ unberührt lassen und keinem Teile eine Niederlage bereiten, wohl aber beiden Teilen ein ehrenvolles Entgegenkommen erleichtern.

1. Der erste Vorschlag ging dahin: anstatt des jetzt bestehenden 11stündigen und des gewünschten 10stündigen Arbeitstages um des lieben Friedens willen einen 10 1/2 stündigen Arbeitstag beiderseitig zu vereinbaren.

2. In zweiter Linie wurde vorgeschlagen, beiderseitig das Crimittschauer Gewerbeamt als Schiedsgericht anzurufen und noch vor Jahreschluss die gemeinschaftliche Arbeit wieder zu beginnen.

3. In dritter Linie wurde empfohlen, zur Ueberwindung der Verbitterung, welcher jeder lange Streit zurückzulassen pflegt, als dauernden Friedensschluß in recht vielen Crimittschauer Betrieben eine Fabrikgenossenschaft oder „eine Vereinigung zwischen Unternehmern und Arbeitern“ auf Grund der §§ 22 bis 54 des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs zu begründen.

Der dritte der gemachten Vorschläge ist natürlich absolut unbillig; es ist eine Utopie, an deren Verwirklichung weder Arbeiter noch Unternehmer denken. Von Seiten der Arbeiter ist das Herr Professor Böhmert auch gefagt worden. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind in der Crimittschauer Textilindustrie derart schlecht, daß kein von Arbeitern selbständig oder auch nur verantwortl. mitgeleitetes Unternehmen eine Stunde lang zu solchen Bedingungen producieren dürfte. Ein Arbeiter-Unternehmen mühte in sozialer Beziehung ein Musterinstitut sein, hätte aber außer mit der Schmutzkonkurrenz der Privatindustrie auch noch mit dem Vorurteil der Arbeiter zu kämpfen, die für die Textilindustrie keine Klassen-genossen der Arbeiter, sondern selbst Grohnanternehmer sind, welche als Konfessionäre se. in puncto des sozialen Empfindens selbst von Herrn Professor Böhmert nicht allzu hoch eingeschätzt werden dürften. Die besseren Arbeitsbedingungen eines von Arbeitern geleiteten Institutes wären in diesen Kreisen kaum eine Empfehlung der gelieferten Ware.

Was den Verlauf der Verhandlungen betrifft, so teilt Herr Professor Böhmert mit:

„Ueber die obigen drei Vermittlungsvorschläge haben nun in den Tagen vom 21.—23. Dezember lebhaftere Vergleichsverhandlungen mit den Verbänden der Unternehmer und Arbeiter und zwar in Crimittschau selbst stattgefunden. Die letzte Verhandlung wurde mit den Vertretern der Arbeiterschaft gepflogen und von denselben die Bereitschaft zu erkennen gegeben, auf den vorgeschlagenen 10 1/2 stündigen Arbeitstag ohne Heranziehung der Lohnfrage und der sogenannten Nachfrage einzugehen. Die Vertreter der Arbeiterschaft erklärten ausdrücklich, daß die sachliche Schwierigkeit, alle jetzt feiernden Arbeiter sofort wieder zu beschäftigen, keinen Hinderungsgrund der Einigung zu bilden brauche und daß eine Aussprache und Einigung vor dem Gewerbeamt von ihnen gewünscht werde und schon früher beantragt worden sei. Ueber diese letzte Verhandlung mit den Vertretern der Arbeiter konnte bisher den Vertretern der Unternehmer und den städtischen Behörden in Crimittschau nur schriftlicher Bericht erstattet werden, da der Vermittler noch dreitägiger Anwesenheit bedürftig war, von Crimittschau wieder abzureisen.“

Die Arbeiter haben demnach ein Entgegenkommen und eine Mäßigung gezeigt, die nach dem langen und mit Erbitterung geführten Kampfe geradezu bewundernswürdig genannt werden müssen. Und das sind dieselben Leute, welche die kapitalistische Gehr- und ihre nachbelend selbst hohe Würdenträger des schlimmsten Terrorismus angeklagt haben! — Möge ihre Bereitwilligkeit zum Frieden, die den Siegern so schön ansteht, den Hebern aus dem Unternehmerlager als Vorbild dienen!

### Berlin und Umgegend.

#### Frieden im Berliner Droßkengewerbe in Sicht!

Der Streit und die Aussperrung im Droßkengewerbe gehen jetzt ansichend ihrem Ende entgegen. In einer Versammlung der Tagameisterdroßken-Beisitzer, die gestern im „Prälaken“ stattfand, wurde im Anfang zwar noch hart ins Horn geblasen, am Schluß aber die Friedensschalmel geblasen. Zunächst gab der Vorsitzende bekannt, daß 21 neue Ausfuhrer zu 40 Prozen, der Einnahme in Dienst getreten, mithin mit den bereits gemeldeten 120 zusammen 141 Ausfuhrer eingestellt seien; 15 hätten sich gestern gemeldet, die noch der Fahrschein-Erteilung warteten. (Hierbei ist nicht zu übersehen, daß in diese Zahlen die Söhne der Fuhrherren mit einbezogen sind.) Außerdem sollen sich angeblich am Montag 30 Ausfuhrer aus andern Verufen zum Diensttritt gemeldet haben. Es wurde angeregt, man möge doch bei der zuständigen Behörde

dahin vorstellig werden, daß auch Fuhrherren, die keine Strafen verbüßt haben, die Fahrscheine (wie beim Omnibusdienst) ausgestellt werde. Ein Redner führte Klage darüber, daß mehrere Kollegen Ausfuhrer beschäftigen, die wohl einen Schein unterschrieben hätten, daß sie mit 40 Prozen der Einnahme im Dienst seien, aber in Wirklichkeit einen viel höheren Lohn bezögen; dieses wisse er aus bester Quelle! Das Geld zur Unterstüfung der Aussperrten und Streikenden reiche nicht aus, man solle nur den 1. Januar herankommen lassen, die Werte und dringende Rechnungen, dann würden die Ausfuhrer schon zu Kreuze kriechen. Der Kampf müsse zu Ende geföhrt werden, dann wäre für Jahre hinaus Ruhe im Gewerbe. Die Fuhrherren müßten gezwungen werden, daß sie für den Lohn fahren, den wir ihnen geben, nur dann bleiben wir Herren im Hause! Zur besseren Fortführung des Kampfes, um manfelmütige Kollegen festzuhalten am Vertrage, wird die materielle Unterstüfung der wirtschaftlich Schwachen angeregt und werden auch von verschiedenen Seiten 100, 200 M. und mehr zu diesem Zwecke als Beisteuer versprochen; jedoch wurde diese Anregung nicht weiter verfolgt. Dieser Streit sei nicht mit den Streiks in den Gewerkchaften (Maurern, Zimmerern usw.) zu vergleichen, bei einem solchen Streit könnten sich die Arbeitgeber schließlich durch höhere Preise schadlos halten; das letztere treffe hier nicht zu. Die Ausfuhrer hätten den Streit proklamirt, nun müßten sie auch den Schaden tragen. In dieser Art gingen die Ausführungen noch eine ganze Weile fort, bis schließlich die Mehrheit der Versammlung doch zum Frieden neigte. Es lagen verschiedene Anträge vor: „Die Fuhrherren sind bereit, in Verhandlungen einzutreten, sobald der Streit auf den 8 Fuhrhöfen seitens der Ausfuhrer aufgehoben und die betreffenden Ausfuhrer daselbst wieder in Dienst treten.“ Der zweite Antrag: „Zu fordern, daß die Ausfuhrer zuvor überall zu 40 Prozen die Arbeit wieder aufzunehmen haben, dann solle in Verhandlungen eingetreten werden.“ Der dritte Antrag: „An den 40 Prozen sei überhaupt nicht zu rütteln, diese müßten bei den Verhandlungen ganz aus dem Spiel bleiben.“ Allen diesen Anträgen traten jedoch mehrere Redner entgegen, die zum Frieden mahnten, und so drang endlich folgender milderer Antrag durch: „Wenn die Streikkommision an den Vorstand des Verbandes herantritt, ist derselbe zu Verhandlungen bereit, und sollen diese im „Prälaken“ stattfinden.“

Wie wir mitteilen können, ist die Streikkommision auf diesen Beschluß hin mit den Unternehmern in Verbindung getreten. Die Verhandlungen werden im Laufe des heutigen Tages stattfinden.

### Ausland.

**Die Kennstundebewegung der Diamantarbeiter.** Die Amsterdamer Juweliervereinigung hat ebenfalls den Antrag der Diamantarbeiter auf Einführung des neunstündigen Arbeitstages einstimmig abgelehnt. In dem Schreiben, wodurch die Unternehmer diesem Beschluß dem Verbandsvorstand der Diamantarbeiter mitteilen, wird unter anderem ausgeführt: die Diamantarbeiter-Organisationen im Ausland hätten nur wenig Macht. Es habe sich gezeigt, daß sie, gemeinsam mit dem holländischen Verband, nicht einmal im stande wären, die 60stündige Arbeitswoche international durchzuführen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Abn., 29. Dezember.** (Reibatdepesche des „Vorwärts“.) In Verfolg des seit einigen Monaten bereits zwischen den Arbeiterklassen und den Ärzten bestehenden Kampfes, erläßt der Vertrauensauschuß der Kölner Ärzte eine öffentliche Erklärung, wonach letztere beschlossen, ab 1. Januar jede ärztliche Thätigkeit für die Mitglieder der Kölner Arbeiterklassen einzustellen. Der Arbeiterklassen-Verband hat von auswärtigen Ärzten herangezogen, denen die Behandlung der Arbeiterklassen-Mitglieder übertragen wird.

### Internationale Verkürzung der Arbeitszeit.

**Manchester, 29. Dezember.** (W. T. U.) In der Versammlung der Baumwollspinner wurde noch mitgeteilt, daß auf die vor einiger Zeit an die Baumwollfabrikanten im Ausland gefandten telegraphischen Aufforderungen zur gemeinsamen Einführung der abgekürzten Arbeitszeit nunmehr die Antworten eingegangen seien. Dieselben weichen nach ihrem Inhalt von einander ab und machen die Schwierigkeiten klar, welche der Erwirkung eines internationalen Uebereinkommens entgegenstehen.

### Russisch-Französische Freundschaft.

**Paris, 29. Dezember.** (W. T. U.) Der russische Volschafter Nelidow überreichte heute nachmittags dem Präsidenten Loubet sein Beglaubigungsschreiben und hob in seiner Ansprache hervor, daß Kaiser Nikolaus ihn beauftragt habe, dem Präsidenten die Gefühle seiner aufrichtigen Freundschaft und sein hohes und sympathisches Interesse für Frankreich zum Ausdruck zu bringen. Der Kaiser habe ihm befohlen, alle Sorgfalt der Erhaltung und Entwicklung der innigen Bande, die beide Länder vereinigen, zu widmen. Ihre Alliance, die ihren politischen Interessen als Säule diene, stelle ein solches Pfand für die Aufrechterhaltung des Friedens dar. Loubet erwiderte, daß Frankreich mit Freude die neue Versicherung des Interesses annehme, die ihm der großmütige Herrscher, dem Frankreich selbst seine Vereinigung geschenkt habe, gebe. Die französische Regierung, die die Bestimmungen Frankreichs kenne, werde nicht aufhören, an der Entwicklung der innigen Alliance zu arbeiten, in der die beiden Länder die Sicherheit für ihre Interessen, die Freiheit für ihre übereinstimmende Politik und die Welt einen wesentlichen Bestandteil für das allgemeine Gleichgewicht und ein Unterpfand des Friedens gefunden hätten.

**Crimittschau, 29. Dezember.** (W. T. U.) Wie das Crimittschauer Tageblatt meldet, sind die Vermittlungsversuche des Gewerbeamts Professor Böhmert als vollständig gescheitert zu betrachten. Dieselben sind von dem Spinner- und Fabrikantenverein nicht angenommen worden. Die Industriellen stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nur erfolgen könne, wenn die im Wettbewerb mit Crimittschau stehenden deutschen Industriestädte die Arbeitszeit ebenfalls verkürzen und daß bis dahin eine vollständige Wiederaufnahme der Arbeit nur zu den alten Bedingungen erfolgen könne.

**Port Arthur, 28. Dezember.** (Telegramm der Russischen Telegr.-Agentur.) Kowij Krai schöpft aus der Auflösung des japanischen Parlaments und dem Ausspruch der Reutahlen die Hoffnung auf einen günstigen Ausgang der diplomatischen Verhandlungen und sagt, Rußland, das auf alle Eventualitäten vorbereitet sei, wünsche keinen Krieg; wenn die von Japan gewünschten neuen Zugeständnisse die aus der natürlichen Einflußsphäre Rußlands stehenden organischen Rechte nicht beeinträchtigten, so werde die Friedensliebe Japans einen Widerball bei der russischen Regierung finden. Daher sei der politische Horizont des Ostens nicht so düster, wie manche glauben machen wollten; doch tauchten an demselben noch unheilvollere, noch nicht scharf umgrenzte Wollen auf; des pan-mongolischen Windstills Debit „Asien für die Asiaten“ sei ausgegeben worden; die gelbe Gefahr rüde heran; die Sprache des Blattes „Shanghai Mercury“ berechtige zu der Annahme, daß es sich in den Dienst einer der japanischen Fortschrittsparteien gestellt habe; und obgleich in der Presse des Auslandes sowohl im Mutterlande wie in den Kolonien hinsichtlich Rußlands Stille eingetreten sei, so sei dieser Stille doch nicht ganz zu trauen; die Engländer drängen in Tibet vor; die Amerikaner hätten die Ratifizierung des Handelsvertrages mit China erlangt und Rußland müsse auf der Hut sein und durchaus für den status quo in China einstehen. „Kowij Krai“ konstatiert mit Genehmigung, daß letzteres als Grundfay der russischen Politik jetzt einstimmig von der Presse des centralen Rußlands anerkannt werde.

Zur Spaltung in Armentières-Houplines.

Paris, 23. Dezember. (Ch. Ver.)

Die bereits gemeldet, beschuldigen der Spaltung die lokalen Streikführer die Viller Genossen, die streikenden Textilarbeiter „verlassen“ zu haben, und begründen hauptsächlich damit ihren Austritt aus der Partei. Zur Prüfung der Angelegenheit hatte die Organisation von Armentières-Houplines auf Antrag des nordischen Föderationskomitees eine Untersuchungs-Kommission eingesetzt, die aus je zwei Vertretern der vier Sektionen der genannten Städte unter dem Vorsitz eines Mitgliedes der nordischen Parteileitung gebildet wurde. Die Spaltungs-lustigen aber sind aus der Partei ausgestiegen, ohne das Resultat der Untersuchung abzuwarten. Noch mehr. Daudrumez, Maire von Armentières, und Redakteur Rivola verdächtigen in ihrem Demissions Schreiben die Kommission von Vorkere in schwerer Weise.

Die beweislosen Beschuldigungen seitens der Dissidenten werden schlagend widerlegt durch den Bericht der Kommission, den Delory, Abgeordneter und Maire von Viller, als Vertreter der nordischen Parteileitung verfaßt hat. Der umfangreiche Bericht behandelt die Streitigkeiten Tag für Tag und läßt überall Dokumente und feststehende Thatsachen sprechen. Ich kann daraus nur das Wichtigste hervorheben.

Die Streitigkeiten zwischen Viller und den lokalen Streikführern hatten zum sachlichen Ursprung eine verschiedene Stellungnahme zur Frage, ob die irtümlich ausgebrochene Streikbewegung von Armentières-Houplines zu einem Generalkstreik zu erweitern sei oder nicht. Der in Viller domizillierte Vorstand des allgemeinen Textilarverbandes, in welchem Parteigenossen sitzen, sowie die nordische Parteileitung vertraten die Verallgemeinerung des Streiks als unzeitgemäß, ausfichtlos und dem Beschluß des letzten Textilarkongresses von Saint-Etienne widersprechend, der einen Generalkstreik eventuell auch für das Frühjahr 1904 in Aussicht genommen hatte. Die lokalen Streikführer aber versetzten in den in Frankreich grassierenden Fehler, einen schlecht vorbereiteten Lokalkstreik dadurch retten zu wollen, daß man ihn aus dem Handgelenk zu einem Generalkstreik erweiterte. Diese sachliche Differenz führte zu Reibungen, die von den nordischen „unabhängigen“ ministeriellen Sozialisten, vor allem von ihrem Viller Tageblatt „Réveil du Nord“, zu einer regelrechten Hege gegen Delory und Genossen wegen ihrer angeblichen Inthätigkeit ausgenutzt wurden, um die nordische Parteiföderation zu schwächen. Und sie wurden dabei unterstützt namentlich von Rivola, dem Redakteur des Partei-Wochenblattes von Armentières, „Avenir“, der zugleich Korrespondent des „Réveil du Nord“ ist. Wenn aber die Dissidenten dem Viller Partei-Organ „Travailleur“ eine „Lügen- und Verleumdungscampagne“ vorwerfen, so erledigt sich der Vorwurf schon dadurch, daß der „Travailleur“ erstens in berechtigter Notwehr sich selbst und zweitens als Wochenblatt es mit der Hege des ministeriellistischen Tageblattes sowohl nicht aufnehmen konnte.

Der erste Angriff auf die Partei erfolgte im „Réveil“ schon am 7. Oktober, das ist fünf Tage nach dem Beginn des Streiks, in einem Artikel: „Ermahnung zur Pflicht“. Am 10. Oktober veröffentlichte der „Réveil“ einen Artikel von Jaurès über den Streik, um so Jaurès' Zustimmung in die Bewegung vorzubereiten. Am 11. Oktober sollten in Armentières Guesde und Delory eine öffentliche Versammlung abhalten, die bereits vor dem Ausbruch des Streiks von der Parteisektion beschlossen worden war. Bei dieser Gelegenheit richtete der spätere Dissident Pottier, Gemeinderats-Mitglied und Sektionssekretär von Armentières, an Delory einen Brief unterm 9. Oktober, worin er ihm und dem Textilarvorstand die gleichen unwahren Vorwürfe wie der „Réveil“ machte und ihn am Schluß im Namen des Sektionsvorstandes bat, „im Interesse seiner persönlichen Sicherheit und um die Partei nicht zu kompromittieren“, Guesde nach Armentières nicht zu begleiten! . . .

Der Bericht sagt zu diesem Brief: „Was erstrebte man? Daß die beiden Redner (Guesde und Delory) in einem Anfall von Entzündung sich weigern würden, nach Armentières zu gehen? Das würde gewissen Kreisen zweifel Vergnügen gemacht haben. In Uebereinstimmung mit Guesde wurde nun beschlossen, daß er allein nach Armentières gehen wird.“ Delory aber antwortete Pottier unterm 10. Oktober in einem Briefe, der die Haltung der Partei und des Textilarvorstandes seit dem Beginn des Streiks ins rechte Licht rückt:

„Bereits seit langen Jahren hält die Partei dafür, daß wir keine Streiks zu provozieren haben. Unsere Rolle ist es vielmehr, uns den kämpfenden Arbeitern zur Verfügung zu stellen, wenn sie unsere Mitwirkung verlangen. Im gegebenen Falle hatten wir dieselbe Haltung zu beobachten. Als ich daher am Sonnabend, den 3. Oktober, erfuhr, daß die nichtorganisierten Arbeiter von Houplines und Armentières in den Streik getreten seien, hätte ich teilnahmslos bleiben können. Trotzdem aber habe ich in Abwesenheit von Renard, dem Sekretär des Textilarverbandes, Creton, den Sekretär der Viller Textilarvereinschaft zu mir rufen lassen und ihn ersucht, nach Roubaix zu gehen, um sich dort mit Levers, dem Kassierer des Textilarverbandes, zu verständigen über die im Falle der Ausdehnung der Bewegung zu beobachtende Haltung. Ich verheißte Creton nicht, daß ich diese Bewegung als nicht zeitgemäß betrachte, daß sie den Beschlüssen des letzten Textilarkongresses zuwiderläuft, die Organisationen unvorbereitet überläßt und da unter diesen Umständen eine allgemeine Bewegung in der nordischen Region von den übrigen Textilararbeitern Frankreichs nicht mitgemacht werden könnte. Sie würde also nur zum Vorteil der Unternehmern ausfallen, indem sie die Energie der Arbeiter vor der rechten Zeit zwecklos erschöpfen würde.“

Am Sonntag erfuhr ich Sohier (den Maire von Houplines) telegraphisch nach Viller zu kommen, um über die Lage zu beraten, er konnte erst am Montagnachmittag kommen. Da wurde von allen anwesenden Kameraden anerkannt, daß man einer Agitation gegenüberstehe, die keinen ersten Ausweg bietet. Es wurde daher beschlossen, danach zu streben, von den Arbeitern Delegierte nach Viller wählen zu lassen, die die Wiederaufnahme der Arbeit unter folgenden Bedingungen vorschlagen würden: 1. Wahl einer unternehmerischen Delegation, die das Mandat hätte, mit dem durch Vershiätten-Delegierte verstärkten Gewerkschaftsvorstand über einen neuen Tarif auf Grundlage der neuen Arbeitsbedingungen (d. i. des Zehnstundentages) zu beraten. 2. Inzwischen vollständige und sofortige Durchführung des Tarifs von 1890. 3. Zurückziehung der Truppen. . .

Zum Schluß erinnert noch Delory daran, daß die Delegierten von Armentières, Houplines und Viller durch seine Vermittlung den Präsekten ersucht haben, die Rolle eines Vermehlers zwischen Unternehmern und Arbeitern zu übernehmen. Ein Beweis, wie wenig es sich um eine revolutionäre Gesamtbewegung handelte. Seither habe ich versucht und werde weiter versuchen, die Bewegung einzudämmen, um eine minder große Zahl von Streikenden vor mir zu haben, und werde mich bemühen, ihre Forderungen durchsetzen zu helfen. . .

Am gleichen Tag, 10. Oktober, veröffentlichte Redakteur Rivola im „Avenir“ einen kopflosen Artikel, der die vielfach so rüchliche Arbeitermasse zu betören geeignet war. Es heißt da, daß die Regierung auf die bewaffnete Macht nicht rechnen könne, so daß sie angesichts der drohenden Revolution gezwungen sein werde, sofort eine Arbeiter-Konvention einzuberufen. „Nur unter dieser Bedingung werden die Profetarien darauf eingehen, die endgültige Revolution zu vertagen.“

Der ganze Verlauf und der Ausgang des Streiks haben Delory und dem Vorstande des Allgemeinen Textilarverbandes recht gegeben.

Die Generalkstreik-Bewegung erlosch binnen wenigen Tagen wie ein Strohhalm. Die Arbeiter von Armentières-Houplines aber wehrten sich auf den Boden eben der Forderungen zurückzugreifen, die von Delory gleich in den ersten Tagen mit klarem Blick formuliert worden waren. Und diese Forderungen wurden schließlich auch durchgesetzt — freilich unter der Firma der ministeriellen Sozialisten. . .

Gegenüber den fortgesetzten Angriffen des „Réveil du Nord“ verfuhr Delory am 11. Oktober sich in diesem Blatt zu wehren. Speziell gegen die Anschuldigung, daß das Viller Streikkomitee, dem auch Delory seit dem 8. Oktober angehört, in Inthätigkeit verharre, schrieb dieser:

„Ich protestiere gegen diese Behauptung, die geeignet ist, die moralische Autorität des Komitees herabzusetzen, deren es so sehr bedarf, um die Interessen der Streikenden wahrzunehmen. Aber das Selbsttadel bei der Sache ist, daß Ihr Bedürfnis nach Kritik Sie verhindert, klar zu sehen. Sie haben selbst stets verlangt, daß man einen einheitlichen Tarif durchsetze. Sie mühten nun wissen, daß, trotz der entgegenstehenden großen Schwierigkeiten, die am 8. Oktober bei der Präsektion von der Arbeiterdelegation unter meiner Beteiligung niedergelegten Tarife eben Tarife sind, die von allen und für alle gefordert werden. Sie fragen, warum das Viller Komitee untätig bleibe? Bei uns hat man eben die Gewohnheit, nur das zu thun, was von der Gesamtheit der Arbeiterkräfte beschloffen ist. Man hatte im Namen aller Forderungen eingereicht, man mußte also eine Antwort abwarten. . . Erst heute, wo wie die Antwort dieser Herren (der Unternehmer) kennen, werden wir Veranlassung haben, neue Beschlüsse zu fassen, und zwar nur für Viller und Umgebung, da seit gestern beschlossen wurde, in den einzelnen Abteilungen (der Streikregion) selbständig vorzugehen.“

Man muß sagen, daß das ministeriellistische Blatt das Abwehrschreiben Delorys nicht veröffentlicht hat!

Am 12. Oktober veröffentlicht Rivola, der Verfasser des erwähnten Brandartikels, im „Réveil“ einen Brief an — Jaurès, um dessen Zustimmung herbeizuführen! Auf der anderen Seite erfuhr Guesde während seiner Anwesenheit in Armentières (Versammlung vom 11. Oktober), daß die von Delory vor sechs Tagen formulierten Forderungen von Sohier dem Streikkomitee nicht einmal bekannt gegeben worden war. Guesde wollte nun, nachdem er am Nachmittag einen allgemeinen sozialdemokratischen Vortrag gehalten hatte, am Abend speziell über den Streik sprechen, aber unter der Bedingung, namens des Streikkomitees Delorys Vorschläge vor den Arbeitern zu erläutern. Das wurde ihm abgeschlagen, und so sprach er über den Streik nicht.

Am 18. Oktober fand das Referendum statt auf Grundlage einer vom Präsekten formulierten Fragestellung, die nichts anderes war als eine Zusammenfassung der ursprünglich von Delory formulierten Forderungen. Die bekannten Kravalle des 18. Oktober sowie das Jaoles der Generalkstreik-Phantasien hatten nämlich inzwischen die lokalen Streikführer erweicht. Nun war aber auch für die nordischen Ministeriellen der richtige Moment da, die Früchte der bernünftigen Wendung einzuharsten, der sie bis dahin — um sonderbaren Gegenfalls zu ihrer sonstigen leistungstretischen Taktik — entgegengegarbeitet hatten.

Am 20. Oktober wurde in Armentières beschlossen, Jaurès und einige seiner fraktionskollegen zur Agitation einzuladen. Die Initiative aber zu diesem Beschluß ging aus vom Viller Verständigungskomitee der „unabhängigen“ nordischen Ministeriellen. (Siehe „Réveil“ vom 25. Oktober.) Zudem bestreiten zwei Mitglieder des Streikkomitees, der Sekretär Lesbore und Soet, daß das Komitee überhaupt jenen Beschluß gefaßt hätte. Anfanglich nahm man überhaupt davon Abstand, an sozialistische Deputierte sich zu wenden — aus Rücksicht auf den nichtsozialistischen Beginn, unter sterilem Einfluß stehenden Teil der Streikenden. Als man aber später anderen Sinnes wurde, sprach man sich aus für die Einladung sozialistischer Deputierten überhaupt, ohne irgendwelche Namen zu nennen. Daraufhin wäre ohne speziellen Komiteebeschluß die Einladung von Jaurès und Genossen durch die „unabhängigen“ herbeigeführt worden.

Dagegen erfolgte noch immer keine Einladung an die revolutionär-sozialistischen Deputierten, trotz der von Delory wiederholt angebotenen Mitwirkung. Noch mehr. In derselben Streikversammlung vom 20. Oktober, wo Sohier unter einer Lobeshymne auf Jaurès die Einladung der ministeriellen Redner ankündigte, gebrauchte er wider besseres Wissen gegenüber den Parteivertretern die verdächtigende Wendung, daß das Streikkomitee annehmen wolle, auf die sozialistischen Deputierten aller Richtungen rechnen zu können. Delory richtete nun an das Streikkomitee unterm 21. Oktober ein Protestschreiben gegen Sohier's Verdächtigungen, mit der Bitte, davon die nächste Streikversammlung in Kenntnis zu setzen. Der Brief fiel aber in die Hände Sohier's und dieser behielt ihn einfach in der Tasche!

Trotz alledem ließ sich Delory natürlich davon nicht abhalten, in der Kammer Sitzung vom 22. Oktober — Jaurès war abwesend, er sprach am gleichen Tag in Armentières — die Sache der Streikenden zu führen und Sohier gegen die Angriffe des ministeriellen Abgeordneten von Armentières, Danette, zu verteidigen.

Erst am 25. Oktober erfolgte endlich — infolge der Versprechung Delorys mit den genannten Viller herübergenommenen zwei Mitgliedern des Streikkomitees — eine Einladung an die revolutionär-sozialistische Kammerfraktion, die dann selbstverständlich wiederholt ihre Redner nach dem Streikgebiet sendete.

Inzwischen dauerte die Polemik mit ungleichen Waffen zwischen dem ministeriellistischen Tageblatt „Réveil“ und dem Wochenblatt der Partei „Travailleur“ fort. Am 3. November erschien im „Réveil“ ein Protest des Streikkomitees gegen einen Artikel des „Travailleur“. Am 4. November beschloffen die Vorstände der vier Parteisektionen des Kantons von Armentières nach Anhörung Delorys die Einsetzung der Eingangs erwähnten Untersuchungskommission, die aber erst nach Vereinbarung des Streiks in Thätigkeit treten sollte. Ferner wurde beschlossen, daß die Parteigenossen, die Mitglieder des Streikkomitees sind, diesen vorschlagen sollten, von den Zeitungen das Einstellen jeder Polemik zu verlangen. Dieser Vorschlag wurde aber vom Streikkomitee abgelehnt.

Der Bericht beipricht noch die den Lesern bekannte Haltung der beiden Kammerfraktionen und die offen parteischädigende Redaktionsführung des „Avenir d'Armentières“ durch Rivola.

Erst zwei Wochen nach Beendigung des Streiks, anfangs Dezember, bemühtigte sich die Parteisektion wieder der effektiven Leitung ihres Organs, nachdem Rivola den Chefredakteur, wie Genosse Delory mir mündlich mitteilt, durch eine Deklaration bei der Präsektion den der Partei treugebliebenen Verantwortlichen Gauquie verdrängt hatte. Daraufhin aber erhob Rivola den Anspruch, Eigentümer des Blattes zu sein. Der Zwist endete, wie bekannt, mit dem Eingehen des „Avenir“. Die Parteiorganisation wird jedoch nächstens ein neues Organ für Armentières schaffen. —

Partei-Nachrichten.

Eine Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter, die erste dieser Art, fand am Sonntag vor Weihnachten in Wien statt. Sie beschäftigte sich mit Fragen des Gemeindefortschritts, des Armen- und Heimatrechts, Schulwesen und Arbeiterangelegenheiten. Ihre Forderungen wurden in folgenden Resolutionen niedergelegt:

Gemeindefortschritt.

Es ist die Pflicht der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, außerdem für die Erreichung des Allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts auch für die Gemeinde — also für die Aufhebung

der Wahlkörper — einzutreten. Die von den Christlichsozialen im niederösterreichischen Landtag beschlossene Gemeindefortschrittsordnung beurlaubt einen großen Teil arbeitender Steuerzahler ihres aktiven und passiven Wahlrechts. Es ist daher eine von den Christlichsozialen bewußt verbelebte Unwahrheit, wenn unter Hinweis auf die Schaffung einer Wahlenkurie (viertel Wahlkörper) von einer Erweitderung des Wahlrechts gesprochen wird. Durch die ausschließlich im Interesse der christlichsozialen Partei beschlossene Wahlordnung wird überdies die Autonomie der Gemeinden schwer geschädigt und das Wohl der Bevölkerung einer Anzahl Personen ausgeliefert, die nach ihrem Belieben, ja oftmals nach persönlichen und Ständesinteressen in der Gemeinde schalten und walten. Die Konferenz erklärt das Wahlkörperrecht für eine Fälschung des Volkswillens, welche das größte Mißtrauen hervorruft, weil eine solcherart zu stande kommende Gemeindefortschrittsordnung niemals Vertrauenswürdigkeit aller sein kann, und erzwangt auch von den sozialdemokratischen Gemeindevertretern, daß sie überall die Volkseindlichkeit dieser Wahlordnung und deren Resultate ausbeuten werden. Zugleich protestiert die Konferenz auf das entschiedenste dagegen, daß die Regierung etwa den vom niederösterreichischen Landtag beschlossenen Entwurf zur Sanktion empfindet. Die anwesenden Gemeindevertreter werden beauftragt, in der nächsten öffentlichen Sitzung den Antrag zu stellen, daß auch ihr Gemeindefortschritt sich diesem Protest anschließe.

Armen- und Heimatrecht.

Die erste Konferenz der Gemeindevertreter Niederösterreichs erklart in der Armenversorgung, die den Gemeinden obliegt, ein gänzlich unzulängliches Instrument, das seinen Zweck, eine Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenerziehung den mittellosen Gemeindegliedern zu gewähren, nicht erfüllt. Die Gemeinden können zum Teil die Lasten, die eine wirkliche Armenpflege erfordert, nicht tragen, zum Teil fehlen der gute Wille und die Einsicht, die Pflicht gegen erwerbsfähige Gemeindeglieder vollständig zu erfüllen. Die Gemeindevertreter Niederösterreichs, die an dieser Konferenz beteiligt sind, erachten es daher als eine unabwendbare Pflicht der Gemeindevertretungen, energisch einzutreten für die Durchführung der staatlichen Invaliditäts- und Altersversicherung, der Witwen- und Waisenerziehung. Schon jetzt erachten es jedoch die sozialdemokratischen Gemeindevertreter als ihre Pflicht, allen Maßnahmen entgegenzutreten, die gegenwärtig von den einzelnen Gemeinden ergriffen werden, um sich der ihnen obliegenden Armenversorgung durch Gewährung des notwendigen Unterhalts und der Verpflegung im Falle der Erkrankung zu entziehen. Dazu gehört: die Verweigerung der Unterstützung an Personen, die erwerbsfähige Arbeiter zu ihren Verwandten zählen, die Verweigerung der Unterstützung an nicht in der Gemeinde domizilierende Gemeindeglieder und die Verweigerung von Erziehungsbeiträgen für solche Personen, die außerhalb des Gemeindegebietes wohnen.

Die Konferenz fordert mit aller Entschiedenheit, daß auch die von den Gemeinden erhaltenen Verpflegungsstationen künftig vom Staate übernommen werden, schon jetzt aber derartige Reformen gestoppt werden, die reisenden Arbeiter thatsächlich zum Wohle gezeiten.

Inbesondere werden die sozialdemokratischen Gemeindevertreter entschieden gegen die neuen Bestimmungen, die der niederösterreichische Landtag bezüglich der Verpflegungsstationen angenommen hat, bei jeder Gelegenheit Front zu machen. Der Zwang, bei schlechtester Belohnung Arbeit zu nehmen, schädigt nicht nur die reisenden, die Verpflegungsstationen in Anspruch nehmenden Arbeiter, sondern auch die Arbeiter am Orte der Verpflegungsstationen, und es ist daher dringend zu veranlassen, daß solche Arbeitgeber, die noch weniger als die üblichen Minimallöhne bezahlen, keine Arbeiter von der Verpflegungsstation zugewandt erhalten. Entsprechend dieser Bestimmung muß der Zeit der Arbeitslosigkeit, die in den vorliegenden Ausweisen etc. sichlich ist, ein größerer Spielraum eingeräumt werden.

Wo die Gemeinden Arbeitsvermittlung errichtet haben — als Mittel, der Armut entgegenzutreten —, ist die Vermittlungstätigkeit ebenfalls auf jene Unternehmer zu beschränken, die zum mindesten die in dem betreffenden Fache üblichen Minimallöhne bezahlen. Immer wieder werden jedoch die sozialdemokratischen Gemeindevertreter die Verstaatlichung aller jener Institute fordern, die zum Zwecke der Armenpflege geschaffen sind.

Arbeiterfrage.

Die Gemeinde soll, wo es möglich ist, eine Arbeits- und Dienstvermittlung sowie ein arbeitsstatistisches Bureau errichten und für deren Erhaltung bis zu deren Verstaatlichung, bei der selbstverständlich der Arbeiterschaft in dieser Sache der gebührende Einfluß gesichert werden muß, Sorge tragen. Bei der Arbeitsvermittlung ist eine Abteilung für Statistiken zu aktivieren, deren Aufgabe darin besteht, die Statistiken für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfälle, Löhne, Ueberbiedelung, Preise der Wohnungen, Lebensmittel usw. zu besorgen. Weiter sind folgende Grundsätze Schritt für Schritt zu verwirklichen: Die Gemeinde strebt danach, die zu vergebenden Gemeinde-Arbeiten sowie das Arbeitsbeschwerden und die Transportmittel in eigene Regie zu bringen. Alle Gemeinde-Unternehmungen verwalte die Gemeinde selbst. Den für ihre Angestellten zu bestimmenden Lohn vereinbart sie mit der Arbeiterorganisation des Ortes. Es sind ein Minimallohn und der achtstündige Arbeitstag festzusetzen. Wo die Gemeinde Arbeit vergibt, wirkt sie auch auf den Vertrag mit den Unternehmern infolge ein, daß sie für die Arbeiter garantierte, menschenwürdige Arbeitsbedingungen feststellen läßt und für deren Einhaltung sorgt. Bei Vergabung von Arbeiten ist jede Subunternehmung auszuschließen. Schlechter als die bei der Gemeinde vorbestehenden Arbeitsbedingungen dürfen die der Arbeiter bei den Privatunternehmern, denen die Gemeinde-Arbeit zugewandt wird, absolut nicht sein. Bei Betrieben und Bauten sowie Vergabung von Arbeiten, die die Gemeinde für ihre Rechnung führt, ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß diese Arbeiten, soweit es ihr Wesen gestattet, zu einer Zeit vorgenommen werden, wo sich eine stärkere Arbeitslosigkeit zu zeigen beginnt.

Schulwesen.

In der Erwägung, daß die Rückständigkeit des österreichischen Volksschulwesens in erster Linie bewirkt wird durch die Ueberbürdung der Schulklassen auf die Gemeinden, ist es unbedingt notwendig, dafür einzutreten, daß die Gemeinden sich endlich zu einer gemeinsamen Aktion gegen diese ihre Kräfte übersteigende Belastung aufraffen. Die Kosten des Schulwesens, besonders der Volksschule, können vernünftigerweise nicht den kleinsten autonomen Verwaltungskörpern aufgebürdet werden, sondern sie sind — insoweit sie nicht großen autonomen Nationalverbänden übertragen werden können — in gerechter Weise auf Land und Staat zu verteilen. Selbstverständlich ist hierbei der berechtigte Einfluß der Gemeinde auf die Schule zu wahren.

Was weiter verlangt werden muß, ist die Beseitigung der Ueberfüllung in den Schulen, die den Unterricht schädigt und die Kinder in der Schule großen hygienischen Gefahren aussetzt. Dreißig Kinder in einer Klasse zum Unterricht sind genug. Die unentgeltliche Verabfolgung von Lernmitteln und Büchern an alle Schulkinder ist eine Notwendigkeit.

Da nur von einem gesunden und kräftigen Körper verlangt werden kann, daß er auch geistige Nahrung aufnehme und verdauet, ist es notwendig, auf die körperliche Ernährung der Kinder Rücksicht zu nehmen, und deshalb ist die Errichtung von Schulküchen anzustreben. Von Schul wegen soll dafür gesorgt werden, daß den Kindern eine gesunde und kräftige Mittagkost verabreicht werde. Kinder, deren Eltern nachweisen können, daß sie ihnen diese Nahrung zu Hause bieten können, sind von der Schulküche zu entlassen.

Zur guten Schule gehören auch Schulfelder und Schulfelder. Wo Schulfelder schon eingeführt sind, haben sie sich vortrefflich bewährt, gleichwie die Anstellung von Schulfeldern gegenständig ist für Kinder und Eltern. Eintreten ist auch für die anständige Be-

foldung der Lehrpersonen im Interesse des Unterrichts. Für die der Volksschule entwachsene Jugend sind in den größeren Orten gute gewerbliche Vorbildungs- und Nachschulen zu errichten, in denen der Unterricht während der Tagesstunden zu erteilen ist.

Die Schule muß freigehalten werden von jedweder Agitation. Sie darf nicht als Hilfsanstalt irgend einer Partei mißbraucht werden. Die Vermunft gebietet daher, daß jeder sozialdemokratische Gemeindevorsteher eintritt für die Forderung, welche lautet: Trennung der Schule von der Kirche!

Ein neues sozialistisches Blatt in Italien. Die „Provinz von Mantua“, ein demokratisches Blatt, welches in Mantua erscheint, ist seit einigen Tagen zu einem sozialistischen Organ geworden. Der Herausgeber Sacchi erklärt, daß er zum Socialismus übergetreten sei und gibt nun das Blatt als eine sozialistische Tageszeitung weiter heraus.

## Aus Industrie und Handel.

Die Centrale für Spiritusverwertung veröffentlicht ihren Jahresbericht für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 1902 bis zum 30. September 1903: ein recht interessantes Altkleid — nicht wegen seiner Angaben über die Lage des Spiritusmarktes, sondern weil es in recht charakteristischer Weise zeigt, wie festlich sich in manchen Unternehmenskreisen die lediglich durch die Profitbrille betrachtete Welt widerspiegelt. Wie konstatiert wird, hatte die Centrale im Geschäftsjahre 1902/03 eine Zufuhr von 235 Millionen Litern und einen Abzug von 217 Millionen Litern v. A. zu verzeichnen. Der Netto-Erlös stellt sich für die Brenner auf 40,507 M. per Hektoliter, die Reinigungsprämie der Spiritfabriken auf 4,03 M.

Dann wird auf die vorgenannte Produktions-Einschränkung hingewiesen und hervorgehoben, daß infolge von „Einsparnissen, die sich der Vorausberechnung entzogen“ hätten, der Ertrag schließlich noch um 22 Millionen Liter hinter dem Voranschlag zurückblieb — nach Ansicht der Leiter der Centrale ein Erfolg, der die „Gesundung des Brennereigewerbes“ bedeutet. Wörtlich heißt es darüber im Bericht:

„Durch das Zusammenwirken der verminderten Erzeugung und einer gesteigerten Ausfuhr wurde das Brennereigewerbe von der schweren Last der übermäßigen Bestände befreit. So war, wenn auch mit schweren Opfern, eine vollkommene Wendung in der Lage des Brennereigewerbes durchgeführt. Gestörte noch kurze Zeit vorher der Ausfuhr einer Ueberproduktion, die durch keine Preisherabsetzung zurückzudrängen war, und einer Steigerung der Vorräte, die die immer wieder vergrößerten Lagerplätze kaum genügen wollten, so stand jetzt das Bild einer Konsumbegrenzten Erzeugung, einer intensiven Abnahme der Vorräte, einer aufwärts strebenden Preisbewegung vor dem Gewerbe. Dieser auf der Initiative unserer Vereinigung beruhende Umschwung ließ seine belebende Wirkung alsbald innerhalb und außerhalb unseres Unternehmens erkennen.“

Natürlich war das Ziel dieser Politik, die Produktion zu vermindern und die Vorräte zu billigen Preisen nach dem Auslande abzuführen, alsbald eine starke Steigerung des Inlandspreises, die der Bericht mit folgenden freudigen Worten schildert:

„Die Verkaufspreise für den inländischen Trindbedarf wurden zu Beginn des Geschäftsjahres auf 41/2 M. für Primaspirit zur prompten Lieferung Parität mit Berlin mit dem gewöhnlichen Zuschlage für spätere Termine gestellt. Auf der Grundlage dieser Preise wurden seitens der Abnehmer sehr umfangreiche Deckungsläufe vorgenommen. Das Zurückbleiben der Spiritusproduktion ließ im Verlauf der Campaigne eine Erhöhung der Verkaufspreise notwendig erscheinen, um durch die Aussicht auf einen höheren Nachschuß den Produzenten die Ausnutzung ihrer Produktionsrechte nahe zu legen. Die Steigerung der Verkaufspreise, die nicht auf denartierten Spiritus ausgedehnt wurde, brachte für uns eine erhöhte Einnahme selbstverständlich nur aus dem verhältnismäßig kleinen, noch nicht durch billige Abfälle gedeckten Teil des Trindbedarfes. Um also den Erlös für die gesamte verarbeitete Menge in nennenswertem Maße zu verbessern, mußten die späteren Verkaufspreise verhältnismäßig hoch gesetzt werden. Am Schlusse des Geschäftsjahres lautete unser Notiz für Primaspirit Parität Berlin M. 52,70.“

Als eine Preissteigerung im Laufe des Jahres um 8,20 Mark pro Hektoliter, um beinahe 20 Proz. Allerdings ein herrlicher Erfolg für die Spiritbrennereien.

Siemens u. Halske, Aktiengesellschaft. Die heutige Generalversammlung der Siemens u. Halske A.-G. genehmigte einstimmig die vorgelegte Bilanz mit Gewinn- und Verlust-Conto nebst Verteilung einer sofort zahlbaren Dividende von 5 Proz. Die ausstehenden beiden Mitglieder des Aufsichtsrats wurden wiedergewählt und Geheimrat Weidmann-Dortmund als neues Mitglied hinzugefügt. Ferner wurde der vorgelegte Vertrag wegen Bildung der österreichischen Siemens-Schudertwerke einstimmig angenommen.

Ueber die Einzelheiten dieses Vertrages und seine Durchführung machte Direktor Spieder folgende Mitteilungen:

Der Vertrag betreffend die Vereinigung der Wiener Starkstrom-Abteilungen der Siemens u. Halske A.-G. mit den Oesterreichischen Schudert-Werken sieht vor, daß die letztgenannte Gesellschaft ihre Firma in „Oesterreichische Siemens-Schudert-Werke“ ändert und ihr Aktienkapital, das gegenwärtig 9 Millionen Kronen beträgt, durch Ausgabe neuer Aktien auf 18 Millionen Kronen erhöht. Die hierauf sich beziehenden Beschlüsse der Generalversammlung der Oesterreichischen Schudert-Werke haben inzwischen bereits die in Oesterreich erforderliche Genehmigung der Behörden gefunden. Das so erweiterte Unternehmen der Oesterreichischen Siemens-Schudert-Werke soll dann unsere Maschinenfabrik Leopoldau und die der Starkstromtechnik dienenden Abteilungen unserer Wiener Fabrik mit allen zugehörigen Aktiven und Passiven in sich aufnehmen und das bisherige Fabrikunternehmen der Oesterreichischen Schudert-Werke mit allen Aktiven und Passiven umfassen.

Die Uebernahme erfolgt auf Grund einer Inventur, die beiderseits nach gleichheitlichen Grundregeln am 1. Januar 1904 aufgestellt werden soll. Die Siemens u. Halske A.-G. wird die üblichen Abschreibungen zu machen haben, im übrigen aber stehen die einbringenden Werte jetzt bereits zu dem Uebernahmewert zu Buch. Der Gesamtwert der Einbringungen von Siemens u. Halske A.-G. wird auf circa 12—13 Millionen Kronen veranschlagt; dafür übernehmen Siemens u. Halske A.-G. die neu auszugebenden Aktien in Höhe von 9 Millionen Kronen zum Nennwert, während der Rest in laufender Rechnung aufgeschrieben wird. In der Verwaltung der Oesterreichischen Siemens-Schudert-Werke sollen beide Gruppen gleichmäßig vertreten sein.

Der auswärtige Handel des deutschen Zollgebiets im Jahre 1903 wird nach den Ziffern, die soeben vom Statistischen Amt über den Handelsverkehr der Monate Januar bis November veröffentlicht werden, nicht nur bei weitem den der beiden letzten Jahre, sondern auch den des Jahres 1900 übertreffen, der bisher das höchste Ergebnis geliefert hat. Nach den statistischen Aufnahmen betrug nämlich in den ersten elf Monaten des laufenden Jahres:

1. Die Einfuhr (in Tonnen zu 1000 kg.): 43 165 160 gegen 40 044 216 und 41 060 704 in den beiden Vorjahren, dabei mehr als 10 000 000 und 2 104 398. 31 von 43 Zolltarifnummern zeigen eine Einfuhrsteigerung, worunter hauptsächlich Erden, Erze (+ 1 268 303), Holz (+ 774 415), Kohlen usw. (+ 520 221), Abfälle (+ 203 931), Getreide (+ 218 494), Erdöl (+ 71 907). Eine stärkere Abnahme der Einfuhr hat stattgefunden bei Materialwaren und bei Droguerie-waren.

2. Die Ausfuhr (in Tonnen zu 1000 Kilogramm): 35 164 788 gegen 31 892 382 und 29 450 008 in den beiden Vorjahren, daher mehr 3 272 406 und 5 705 780. 34 Zolltarifnummern zeigen eine erhöhte Ausfuhr, darunter namentlich Kohlen

(+ 2 006 319), Erden, Erze (+ 613 825), Eisen (+ 226 632), Getreide und andre Landbau-Erzeugnisse (+ 215 454), Droguerie, Apotheker- und Farbstoffe (+ 67 147). Größere Ausfälle zeigen gegen das Vorjahr nur Materialwaren.

Neue Defraudationen bei der Darmstädter Bank (Bank für Handel und Industrie). Der Kassierer Reßler der Darmstädter Bank hat recht bald in der Person des bei demselben Institut angestellten Buchhalters Karl Balger einen Rachfolger gefunden. Die Unterschlagung, die durch Fälschung eines Kreditbriefes erfolgte, beträgt allerdings diesmal bloß 40 000 M., die nur zu einem Teil verloren sind, da der Defraudant bereits in Wien festgenommen worden ist.

Karl Balger, dem zum 1. Januar nächsten Jahres gekündigt war, hatte sich das Formular eines Kreditbriefes verschafft, den er auf die Summe von 50 000 Frank ausstellte und mit den Unterschriften zweier Direktoren der Darmstädter Bank versah. Ein Teil dieses Betrages sollte beim Crédit Lyonnais in Paris, der andre in Wien erhoben werden. Balger reiste mit dem Kreditbrief zunächst nach Paris, erhob dort 40 000 Fr., amüsierte sich einige Tage und fuhr dann nach Wien. Inzwischen aber war die Darmstädter Bank von dem Pariser Institut von der Auszahlung der 40 000 Frank verständigt worden und hatte sich an die Wiener Polizei gewandt, der alsbald die Festnahme glückte. Der Schaden der Darmstädter Bank beträgt nach ihrer Mitteilung ungefähr 8000 M.

Zur Entwicklung der englischen Schifffahrt. Die jüngst als Parlamentsdruck erschienen, vom Board of Trade dem Parlament vorgelegten Tabellen über die Entwicklung der Schifffahrt in England und andern wichtigeren Schifffahrt treibenden Ländern enthalten ein umfangreiches statistisches Material, das auch deutschen Lesern manches Interessante bietet.

Der nach dem Schiffsraum in Registertonnen berechnete Schiffverkehrsverehr zwischen dem Vereinigten Königreich und allen andern Ländern (Foreign Trade) hat seit dem Jahre 1840 mit alleiniger Ausnahme des Jahres 1901 ununterbrochen zugenommen und im Jahre 1902 die Höhe von 99 872 719 Registertonnen erreicht, wovon 64 002 907 Registertonnen (d. h. 65 Proz.) auf die britische und 34 969 812 Registertonnen (d. h. 35 Proz.) auf fremde Flaggen entfielen, unter welchen letzteren die deutsche Flagge mit 5 810 161 Registertonnen vertreten war.

Unter den einzelnen Häfen des Vereinigten Königreichs hatten im Jahre 1902 den größten überseeischen Schiffverkehr:

a) in England: London 17 564 108 Registertonnen, Liverpool 13 157 714 Registertonnen, Cardiff 12 556 644 Registertonnen und die Tynehäfen 8 369 347 Registertonnen;

b) in Schottland: Glasgow 4 144 217 Registertonnen, Newcastle 2 381 318 Registertonnen und Leith 1 890 271 Registertonnen;

c) in Irland: Belfast 628 987 Registertonnen und Dublin 373 674 Registertonnen.

Unter den deutschen und andern nicht-britischen Häfen hatten in dem dabei zuletzt berücksichtigten Jahre 1901 die höchsten Schiffverkehrsverehrer, Ein- und Ausgang zusammengerechnet, namentlich: Hamburg 15 295 036 Registertonnen, Rotterdam 11 684 209 Registertonnen, Antwerpen 14 984 753 Registertonnen, Marseille 10 204 685 Registertonnen, Genoa 8 812 970 Registertonnen und New York 16 797 700 Registertonnen.

Die Handelsflotte des Vereinigten Königreichs, welche seit 1893 in weit steigender Proportion zugenommen hat, umfaßt im Jahre 1902 10 054 770 Registertonnen, wovon 8 104 095 Registertonnen auf Dampfer entfielen. Die entsprechenden Zahlen für das ganze britische Reich (British Empire) beliefen sich auf 11 568 745 Registertonnen, einschließlich 8 601 257 Registertonnen Dampfschiffe.

Von den vergleichsweise aufgeführten Handelsflotten anderer Länder folgen ihrer Bedeutung nach Deutschland (im Jahre 1901) mit 2 093 083 Registertonnen einschließlich 1 506 059 Registertonnen Dampfschiffe, Schweden-Norwegen (1901) mit 2 107 300 Registertonnen einschließlich 872 784 Registertonnen, Dampfschiffe und die Vereinigten Staaten (1902) mit 5 797 802 Registertonnen, einschließlich 3 178 874 Registertonnen Dampfschiffe, wovon jedoch nur 882 555 beziehungsweise 4 888 225 Registertonnen auf Schiffe in überseeischer Fahrt und 4 915 347 beziehungsweise 2 718 049 Registertonnen auf Küstenfahrer, See- und Flussdampfer entfielen.

## Sociales.

Ueber die Krankenversicherung in den Knappschaftskassen und Knappschaftsvereinen im Jahre 1902 enthält das noch nicht erschienene „IV. Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs“ die Ergebnisse einer besonderen Erhebung, aus der die „Berliner Correspondenz“ folgendes mitteilt: Das Jahr 1902 zeigt den industriellen Rückgang auch in der Krankenversicherung der Knappschaftskassen, die nur 671 094 Mitglieder — gegen 677 822 im Vorjahr — aufweist; 1900 waren 638 392, 1899: 586 677 Mitglieder vorhanden. Auf das Königreich Preußen kommen 1902: 611 707, auf das Königreich Sachsen 32 632 und auf Bayern 10 158 Knappschaftskassenmitglieder. Die Zahl der Erkrankungsfälle mit Krankengeldbezug oder Krankenhauseinweisung betrug 1902: 352 229, die der gleichartigen Krankheitsfälle 5 747 472. Die Ausgaben hierfür betragen 10 420 370 M., wovon 2 462 693 M. auf Arzthonorar, 2 785 901 M. auf Arznei, 9 671 572 M. auf Krankengeld und 756 793 M. auf Verwaltungskosten entfielen. Letztere sowie das Vermögen von 25 978 161 M. sind meist nur schätzungsweise angegeben, da die Knappschaftskassen überwiegend zugleich Pensionskassen sind, welche hinsichtlich der Verwaltungskosten und des Vermögens für die Krankenpflege keine Sonderung in ihrer Ausführung haben. Technisch verhält es sich mit den Beiträgen, die sich auf 10 415 920 M. für die Mitglieder und auf 8 047 616 M. für die Werkseigentümer berechnen.

### Auf der Musterloche.

Die königliche Eisenbahn-Betriebs-Inspektion Berlin III hat an verschiedene hiesige Betriebe mit der Bitte um umgehenden Bescheid folgende Fragen gerichtet:

1. Welche höheren und welche niederen Löhne erhalten Ihre Handwerker und handwerksmäßig ausgebildeten Werkstättenarbeiter und sonstige Werkstättenhandwerker?
2. Welche dieser Löhne erhalten Ihre sonstigen gewöhnlichen Arbeiter?
3. Wie stellen sich die Anfangs- und Höchstlöhne der jugendlichen und weiblichen Arbeiter?
4. Welche Höchst- oder Mindestlöhne erhalten Handwerksvorarbeiter?
5. Wie viel beträgt der Durchschnittswochenlohn (Stück oder Lohn) unter 1 bis 4?
6. Werden alte, nicht mehr voll leistungsfähige Arbeiter mit niedrigeren Sätzen entlohnt oder welche sonstigen Wohlthaten (?) genießen diese alten Arbeiter?
7. Wie stellt sich der Prozentsatz der Werkmeister zur Zahl der Arbeiter?
8. In welchem Umfange genießen Ihre Arbeiter Wohlthaten (?) aus der Krankenkasse, Invaliden-, Alters- oder sonstiger Fürsorge? Der Zweck der Umfrage ist aus dem Bescheid nicht ersichtlich. Wir vermuten, daß es sich darum handelt, den bestzählenden Betrieb ausfindig zu machen, damit die Eisenbahnverwaltung Gelegenheit bekommt, diesen zu übertrumpfen und so endlich zu dem Musterinstitut zu werden, das sie angeblich sein soll.

### Kirchliche Vertragsverhältnisse.

Arbeiterfreundliche Blätter machen sich einen Sport daraus, über die Arbeiter-Krankenkassen herzufallen wegen schlechter Behandlung und Bezahlung der Aerzte. Wir wollen früheren Beispielen ein neues anreihen zum Beweise dafür, daß Aerzte in andern Vertragsverhältnissen, wo nicht die Arbeiter darüber zu befinden

haben, viel schlechter behandelt und bezahlt werden, wie bei Krankenkassen. Die Gemeinde Lampertheim im Großherzogtum Hessen hat im Jahre 1897 mit drei Aerzten einen Vertrag geschlossen. Danach verpflichteten sich diese Aerzte, alle Ortsarmen und alle nicht versicherten Dienstboten des Ortes unentgeltlich zu behandeln und allen behördlichen Acquisitionen zu Gutachten und sonstiger Hilfe sofort und ohne Rücksicht auf andre Geschäfte zu folgen. Dafür erhalten sie ein Jahreshonorar von 500 M. Außerdem verpflichteten sich die Aerzte, jeder Praxis außerhalb Lampertheim zu entsagen, dafür aber allen Einwohnern jederzeit sofort jede gemüthliche ärztliche Hilfe zu leisten und dabei für jeden Besuch einschließlich Ordination, sei es bei Tag oder Nacht, nicht mehr als eine Mark zu liquidieren. Daneben wird den Aerzten noch besonders zur Pflicht gemacht, ihre ärztliche Praxis so einzurichten, daß Klagen und Beschwerden der Ortsbewohner vermieden werden.

Der Ort hat jetzt gegen 8000 Einwohner.

Schiedsgerichte im Krankenkassenwesen. Der Württembergische Krankenkassenverband hat auf die Errichtung von Schiedsgerichten hingewirkt, die lediglich zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Aerzten und Krankenkassen dienen sollen. Diese Schiedsgerichte sind namentlich formlos. Diese Gerichte sind unter dem Vorhinein eines vom Ministerium des Innern ernannten Beamten aus je vier Vertretern der Aerzte und der Krankenkassen unter Vorhinein eines Regierungsbekanntens zusammengestellt und deren Bescheid die streitenden Parteien endgültig bindet. Auf Ersuchen des Württembergischen Krankenkassenverbandes hat das Ministerium des Innern zu Vorsitzenden dieser Krankenkassenschiedsgerichte die jeweiligen Vorsitzenden der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung und zum Vorsitzenden des Landeschiedsgerichts des jeweiligen Referenten für sociale Gesetzgebung im Ministerium des Innern bestimmt.

Ueber die Arbeitslosigkeit in Dresden hat das dortige statistische Amt im Oktober eine Statistik aufgenommen. Und zwar wurden die Personen als Arbeitslose gezählt, die am 12. Oktober keine Arbeit hatten und eine Erwerbsthätigkeit in abhängiger Stellung suchten. Demnach waren in Dresden und Umland 4114 männliche und 1345 weibliche Arbeitslose oder unter Erhöhung um die Fehlerquoten 4899 männliche, 1456 weibliche, zusammen 6355 Arbeitslose vorhanden. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung des Erhebungsbezirks waren

	am 12. Oktbr. 1902	am 12. Oktbr. 1903	also 1903 weniger
von 10 000 männl. Einwohnern	271	203	68
„ 10 000 weibl. „	66	58	10
„ sämtlich „	166	127	39

Trucksystem in Deutschland. Vor dem Amtsgericht in Cannstatt wurde dieser Tage über eine Lohnforderung von Mannern gegen die Baufirma Jäger u. Kumpf in Cannstatt verhandelt, die bei Stuttgart eine Fabrikbaut. Das Gericht beschloß, das Zivilverfahren auszusetzen und die Akten der Staatsanwaltschaft Stuttgart vorzuliegen, da die Beklagten eines Vergehens gegen § 115 der Gewerbeordnung verdächtig erschienen.

Des Lehrers Paradies. Während anderwärts sich die Dorfschulmeister mit Recht darüber beklagen, daß ihre Wohnungen oft den Ställen gleichen, verwandelt sich in dem Dorfe Hammer bei Böllsch in der Neumark des Lehrers Wohnung, dank der Fürsorge der drei Schulpatrone, nämlich in einen lieblichen Garten; zwar ist es zunächst nur ein Dorndüsch, von dem man für gewöhnlich keine Feigen pflanzen kann, aber den preuhischen Dorfschulmeistern ist schon Wunderbareres geglückt, und da der Dorndüsch sogar durch die Mauer in des Lehrers Stube gewachsen ist, so kann man mit gutem Gewissen sagen, daß das Wunder schon begonnen hat. Bei einiger Pflege, die durch den eindringenden Regen rechtlich unterstützt wird, kann sich in diesem Lehrershaus bald das reellste Paradies entwickeln.

Das Krankenkassenwesen in Dänemark. Der dänische Krankenkassen-Aufsicht hat dem Minister des Innern seinen Bericht über die Wirksamkeit der vom Staat anerkannten und unterstützten Krankenkassen im Jahre 1902 überreicht. Darin werden u. a. folgende interessante Thatsachen mitgeteilt. Ende des Jahres 1902 gab es in Dänemark 1228 anerkannte Krankenkassen mit zusammen 367 124 Mitgliedern, davon 182 622 Frauen. Hierbei sind die unter 15 Jahre alten Kinder der Mitglieder, die auch ärztliche Hilfe von den Kassen erhalten, nicht mitgezählt. Die Ausgaben der Kassen beliefen sich im Berichtsjahre auf 3 800 000 Kr. Davon waren 1 067 000 Kr. Staatszuschuß, 2 403 000 Kr. Mitgliedsbeiträge, das übrige Reint von Vermögen der Kassen, Festüberschüsse und dergl. Extra-Einnahmen. Von den Ausgaben entfielen ca. 1/3 Millionen auf Krankengeld und ungefähr ebenso viel auf ärztliche Honorare, 440 000 Kr. auf Medizin, 271 000 Kr. auf Krankenhauseinweisung. Die Verwaltung kostete 267 000 Kr. Das Vermögen der Kassen beläuft sich auf über 4 Millionen Kr. Seitdem im Jahre 1893 das Krankenkassen-Gesetz in Kraft trat, hat sich das Krankenkassenwesen stark entwickelt, namentlich auch auf dem Lande. Damals hatte kaum ein Drittel der ländlichen Kirchspiele Krankenkassen, jetzt über vier Fünftel. Ein gesetzlicher Zwang zur Krankenversicherung besteht in Dänemark nicht.

## Lokales.

### Die Stadtverordneten-Versammlung

hat nun doch noch einmal vor dem Jahresende zu einer Sitzung zusammenzutreten müssen. Sie hat das Jahr mit einem Mehrheitsfurchtschlummer Art, einem rechten Gewaltfurchtschlummer Art, geschlossen.

Der Abend wurde fast vollständig von der Debatte über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahl unseres Genossen Kerfin in Anspruch genommen. Die Verhandlungen darüber dauerten über drei Stunden und gestalteten sich zeitweise so tumultuarisch, daß diese Sitzung zu der bewegtesten wurde, die die Stadtverordneten seit langem gehabt haben.

Die Mehrheit des Wahlprüfungs-Ausschusses ist aus den bekannten, nichtigen Gründen zu dem Beschluß gelangt, dem Plenum die Ungültigkeitserklärung zu empfehlen. Ueber die Beratungen des Ausschusses berichtet Stadtd. Modler. Dieser Herr sollte seine Richterfahnen Rechte und Pflichten so eigentümlich auf und erlaube sich so grobe Insultationen gegen die sozialdemokratische Fraktion, daß von vornherein eine gereizte Stimmung Blag griff.

Von unserer Seite sprachen Stadthagen und Liebknecht. Beide geißelten in scharfen Worten die skandalöse Art, wie der freisinnige Protest gegen die Wahl Kerfins zurückgebrochen worden ist, zeigten in klaren juristischen Ausführungen die Unhaltbarkeit des aller Vernunft ins Gesicht schlagenden Beschlusses, den die Mehrheit des Wahlprüfungs-Ausschusses gefaßt hat. Die kräftigen Ausfälle, die unser Redner gegen die freisinnige Mehrheit der Versammlung richteten, ihre Hinweise auf die parteipolitischen Motive, von denen die Mehrheit sich leiten lasse, riefen auf der andern Seite wiederholt die heftigsten Auftritte hervor.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte beantragt, die Beschlußfassung noch auszusetzen und sämtliche Wähler Kerfins als Zeugen zu befragen, ob sie wirklich Kerfin hätten wählen wollen; eventuell den Magistrat um Erlaß einer Instruktion für die Wahlvorsteher zu ersuchen; wie sie nach den Vorkommnissen bei der Wahl Kerfins sich als notwendig erwiesen hat. Von freisinniger Seite erklärte Stadtd. Marggraff (Neue Linde), daß er mit einem Teil seiner Fraktion gegen die vom Ausschuß

beantragte Ungültigkeitserklärung sel. Stadtv. Cassel (Alte Linke) unterstützte namens seiner Fraktion den Antrag auf Ungültigkeitserklärung, aber er sprach, wie wenn er selber wählte, eine wie schlechte Sache er vertrat. Herr Cassel ist sonst kein schlechter Redner, aber diesmal blieb er in armseligen Wortklaubereien stecken, und auch der Versuch, durch Schreien den Eindruck seiner Worte zu steigern, mißlang.

Herr Cassel hatte sich vor unsern Genossen Liebnacht gemeldet, hatte sich dann aber wieder in der Rednerliste streichen und sich hinter Liebnacht neu eintragen lassen. Liebnacht wies auf diesen Kniff hin und sprach die Vermutung aus, daß offenbar der Freisinn in der Debatte das letzte Wort behalten wolle. So kam es denn auch! Als Herr Cassel sich ausgesprochen hatte, ging ein Schlußantrag ein. Genosse Singer stellte fest, daß Liebnachts Vermutung das Richtige getroffen, und beantragte dann namentliche Abstimmung über den Schlußantrag. Gegen den Schluß stimmten nur die socialdemokratische Fraktion und ein Teil der „Neuen Linken“. Die Mehrheit hatte es durchgesetzt, daß von unsrer Seite nicht mehr erwidert werden konnte.

An ein paar persönliche Bemerkungen Stadthagens und Liebnachts, die nun folgten, knüpfte sich lärmende, tumultuarische Ausbrüche. Als Stadthagen von den Freisinnigen, die die Rednertribüne in großer Zahl umdrängten, fortgesetzt unterbrochen wurde, rief er ihnen zu: „Nicht Sie sind hier Vorgesetzte, sondern Herr Langerhans — wenn Sie ihn auch nicht wiederwählen wollen!“ Das sei eine „Freiheit“, bemerkte hierzu Herr Mommsen, der sich und seine Freunde getroffen fühlte. Unse Genossen Hoffmann und Ewald stellten den Zwischenrufer erregt zur Rede, und es gab ein lärmendes Durcheinander, in das Herr Langerhans lange vergeblich hineintätelte. Als die Ruhe endlich wiederhergestellt war, erklärte Stadthagen gelassen, Herr Mommsen sei ein Lämmer. Neuer, noch stärkerer Tumult! Herr Mommsen war zusammengezuckt. Er versuchte zu lächeln; dann erhob er sich bleichen Gesichtes und sagte, er nehme nichts zurück. Stadthagen bekam erst jetzt seinen Ordnungsruf, aber er erwiderte: „Der Himmel bleibt sitzen!“ — worfür er einen zweiten Ordnungsruf bekam. Mommsen aber ging leer aus; den alten Langerhans schien die Gerechtigkeit, die ihn sonst auszeichnet, verlassen zu haben.

Das Ergebnis der Verhandlungen war Ablehnung der Anträge unsrer Genossen mit fast allen freisinnigen Stimmen und Annahme des Ausschufsantrages, d. h. Ungültigkeitserklärung. Ein würdiger Jahreschluss!

Die Influenza ist in Berlin seit Beginn der kälteren Jahreszeit wieder in größerem Umfang ausgebrochen und hat namentlich in den letzten Wochen in einer wachsenden Zahl von Fällen zum Tode geführt. Die Ermittlungen des Berliner Statistischen Amtes hierüber liegen jetzt erst bis zum Schluss der zweiten Dezemberwoche vor. Aus dieser Woche wurden 10, aus der ersten Dezemberwoche 11 Influenza-Todesfälle gemeldet. Dagegen waren in den vier vorhergehenden Wochen zusammen nur 19 derartige Todesfälle vorgekommen.

**Berliner Lehrer-Gesand.** Im Berliner Schuldienst ist gegen 180 März Monatsvergütung diätarisch der Lehrer B. einundzwanzig Jahre lang beschäftigt gewesen. Niemals während dieser langen Zeit hat B. einen Schultag veräumt, niemals hat er einen Tag Urlaub gehabt. Wöchentlich trugte die Stadt Berlin diesen Mann, der ihr mehr als zwei Jahrzehnte hindurch gute Dienste geleistet hatte, nicht mehr zu beschäftigen. Sie löste das Verhältnis, ohne daß dem Lehrer B. irgend etwas zur Last gelegt werden konnte. Im Klagenwege eine Entschädigung für die plötzliche Kalkstellung zu erringen, hat B. versucht; aber er hat die Klage nicht bis zu Ende durchgeführt. Inzwischen hat dem 65jährigen Manne die Stadt Berlin eine jährliche Unterstützung von 1000 und 700 M. = 1,700 M. täglich bewilligt. Wegen 200 M. Gerichtskosten, die dem bedauernswerten Manne bei der Wahrnehmung seiner Ansprüche erwachsen sind, ist ihm jetzt die Pfändung seines Mobiliars in Aussicht gestellt. B., der der Stadt Berlin 21 Jahre lang treu gedient hat, befindet sich in der bittersten Not. Das ist, bemerkt die „Volls-Zeitung“, der wir diese Mitteilung entnehmen, das Schicksal eines Mannes in der Stadt Berlin, in der Hunderttausende bewilligt werden für den ephemeren Schmutz von Straßen und Plätzen, wenn einmal ein unwürdiger Fürst zweimal 24 Stunden hindurch Berliner „Manerweiler“ ist!

Dieser Fall bedeutet mehr als das Schicksal eines Berliner Lehrers — er ist ein Dokument liberaler Lehrerfreundlichkeit und freisinniger Schande.

**Was als Neujahrsgruß zulässig ist.** Zum Neujahrs-Diefverkehr läßt die kaiserliche Ober-Postdirektion jetzt auf die wichtigsten Bedingungen für die Verschickung von Postkarten und Drucksachen im Berliner Bezirke aufmerksam machen. Diese Vorschriften sind neuerdings ergänzt worden und lauten: Die von der Privatindustrie hergestellten Postkarten-Formulare dürfen in Größe, Papierstärke und Form nicht wesentlich von den Postformularen abweichen. Als wesentliche Abweichungen gelten für den Ober-Postdirektionsbezirk Berlin hinsichtlich der Größe Abweichungen um mehr als 5 Millimeter in einer Richtung, hinsichtlich der Papierstärke eine Ueberschreitung des doppelten Gewichtes (= 6 Gramme) der amtlichen Formulare. Hinsichtlich der Form werden zur Beförderung gegen die Postartentaxe u. a. nicht zugelassen: Postkarten mit erhabenen abgerundeten Ecken, Postkarten aus Wappenstein, deren Ränder stark von der geraden Linie abweichen, Postkarten mit ausgefallenen Leinwandungen, mit Buchstaben, die mittels Durchschiebung hergestellt sind und darauf mit Nadeln ausgefüllt sind, mit Schuppeden, aufgestellten Selbststücken, Postkarten aus Metall oder Holz, sowie in Kästchenform (mit Quittungsvorrichtung), ferner Postkarten, in die mit Aufhängen versehenen Drehscheiben eingefügt sind. Bilderschmuck und Aufstellungen auf der Rückseite der Formulare sind nur infooweit zulässig, als dadurch die Eigenheit des Versendungsgegenstandes als offene Postkarte nicht beeinträchtigt wird und die aufgestellten Zettel pp. der ganzen Fläche nach befestigt sind. Postkarten, die den vorstehenden Bestimmungen nicht entsprechen, unterliegen dem Briefporto. Gänzlich ungeeignet zur offenen Versendung sind Postkarten mit aufgestecktem Mineralstaub, Glimmer, Glasplitterchen, Glaslängeln, Sand, Metallstückchen, Postkarten mit Aufhängen, mit angehängten Siegeln aus Staniol sowie Postkarten in Form von Biergläsern, Gläsern usw. Diese Gegenstände müssen stets unter Briefumschlag versehen werden. Es ist zulässig, auf Weihnachts- und Neujahrskarten, die gegen die Drucksachentaxe versendet werden sollen, eine Widmung hinzuzufügen. Unter Widmungen sind nur solche Bemerkungen zu verstehen, aus welchen klar und deutlich hervorgeht, daß sie lediglich eine Jumeigung ausdrücken sollen, z. B.: „Herrn A. zur freundlichen Erinnerung!“ Handschriftliche Zusätze wie: „Mit herzlichem Gruß A.“, oder „Es grüßt bestens A.“, oder „Mit verbindlichstem Danke A.“ und dergleichen sind für sich allein oder neben der eigentlichen Widmung unzulässig. Zulässig ist, auf gedruckten Widmungen — aber nicht auf andern Drucksachen, etwa auf Aufhängelkarten — mit höchstens fünf Worten oder mit den üblichen Anfangsbuchstaben wie „p. f.“, „u. G.“ usw. gute Wünsche, Glückwünsche, Dankausagen oder andre Höflichkeitsformen hinzuzufügen. Doch müssen diese Worte in allgemein verständlichen Schriftzeichen nieder geschrieben sein. Die stenographischen Zeichen sind beispielsweise hierzu nicht zu rechnen.

**Der Frost.** Der Mitternacht ist seit dem gestrigen Tage bereits in ziemlich bedeutender Ausdehnung mit einer Eisdede überzogen. Das Eis hat stellenweise eine Stärke von zwei Zoll und entwickelt sich ziemlich schnell; bei anhaltender Kälte dürfte bereits Anfang nächsten Jahres die erforderliche Stärke von fünf Zoll erreicht sein und die polare Abnahme der Eisbahn erfolgen. Auch die Tiergarten-Gewässer haben zum Teil schon Eis angelegt. — Die Eis-

bildung auf den Gewässern in der Umgebung der Reichshauptstadt, auf den Havel-Erweiterungen, dem Zegler See, dem Spreewäldchen bei Erkner, auf dem Seddin- und Langen See ist schon recht bedeutend und läßt auch hier ein baldiges Breiten der Eissflächen erwarten. Am gestrigen Tage ist auch bereits mit der Eisentee begonnen worden; das eingeschrene Eis hat eine Stärke von ein bis zwei Zoll und ist besonders vorteilhaft dadurch, daß es nicht mit Schnee vermischt und somit widerstandsfähiger ist.

**Zum Kinderschnur-Gesetz** teilt das Postzeipräsidium mit, daß der Arbeitgeber vor dem Beginn der Beschäftigung fremder Kinder in geschäftlichen Betrieben der Orts-Polizeibehörde schriftliche Anzeige zu erstatten hat. Im Falle des gesetzlichen Verbots der Beschäftigung können unter Umständen auf Antrag Ausnahmen zugelassen werden. Bei Zulassung der Beschäftigung wird dem Arbeitgeber oder dem gesetzlichen Vertreter des Kindes (nicht diesem selbst) vom zuständigen Polizeirevier eine Arbeitskarte ausgehändigt.

**Der Unfall in der Silbesternacht**, der nach und nach zu verschwinden schien, hat sich in der letztvergangenen Silbesternacht leider wieder in erhöhtem Maße bemerkbar gemacht, so daß für diesmal die Schutzmannschaft angewiesen ist, in energischer Weise dagegen einzuschreiten. Zur Warnung für Unzufälliger wird darauf hingewiesen, daß die in der Silbesternacht vorfallenden Ausschreitungen nicht durch polizeiliche Strafrechtsetzung erledigt, sondern der Staatsanwaltschaft zur gerichtlichen Verfolgung übermittelt werden. In der verflochtenen Silbesternacht sind 145 Fälle von grobem Unfug zur Anzeige und Aburteilung gekommen. Von diesen endeten 88 mit Verurteilungen zu Freiheitsstrafen bis zu 10 Wochen, 68 mit Verurteilung zu Selbststrafen bis zu 100 M., 16 mit gerichtlichem Verweis und nur in 16 Fällen fand Freisprechung infolge mangelnden Beweises z. statt.

**Blutige Liebestragödie.** Eine schredliche Scene spielte sich heute nachmittag kurz vor 8 Uhr in der Belle-Alliancestraße ab. Passanten hörten in dem Hause Nr. 73 Schüsse fallen und kurz darauf stürzte aus dem obersten Stockwerk (3 Treppen) eine Frau auf den Bürgersteig, wo sie sterbend liegen blieb. In dem Hause wohnt der Wandbeamte Koffka mit seiner 20jährigen Wirtschafterin. Zwischen beiden war es schon wiederholt zu heftigen Ausbrüchen gekommen, insbesondere weil Koffka dem Mädchen die Ehe versprochen hatte, sein Versprechen aber nicht hielt. Heute kurz vor 8 Uhr kam es zwischen den beiden Leuten abermals zu einem Streit, in dessen Verlaufe Koffka auf seine Wirtschafterin mehrere Schüsse abgab, worauf dieselbe sich aus dem Fenster stürzte. Koffka richtete dann die Waffe gegen sich selbst und wurde sterbend aufgefunden.

**Das leidige Abspringen.** Wiederum ist eine Dame durch leichtfertiges Abspringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen schwer zu Schaden gekommen. Die 22jährige Verkäuferin Ellenfeld aus Groß-Lichterfelde hatte einen Straßenbahnwagen der Linie 8 der Westlichen Vorortbahn zur Fahrt nach dem Zoologischen Garten bemerkt und wollte an der Ecke der Joachim- und Lützenburgerstraße in Charlottenburg den Wagon verlassen. Trotz der Warnung des Schaffners sprang die Dame etwa 50 Meter vor der Haltestelle von dem noch in schneller Fahrt befindlichen Wagen ab und fiel so unglücklich zu Boden, daß sie eine schwere Gehirnerschütterung erlitt. Die Verunglückte wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus in der Lützowstraße gebracht.

**Ein entsetzlicher Vorgang** ereignete in der Nacht zu gestern die Bewohner des Hauses Poststraße Nr. 34 aus dem Schlafe und verjagte sie in die größte Aufregung. Im zweiten Stock des Vorderhauses wohnt der Lokomotivführer Seidlitz mit seiner 39 Jahre alten Frau Emma, geb. Kühn, einem 18jährigen Sohne und einem fünf Jahre alten Kinde. Dieses erkrankte vor ungefähr einem Vierteljahr schwer an der Diphtherie. Die besorgte Mutter, eine nervenschwache Frau, regte sich in jener Zeit so sehr auf, daß sie auch später, nachdem das Kind schon wieder genesen war, nicht wieder ganz gesund wurde. Frau Seidlitz lagte fortwährend über Herzbeklemmungen und mußte von einer Krankenschwester gepflegt werden. Als nun in der vergangenen Nacht ihr Mann auf dem Steintiner Bahnhof in Dienst war, hat sie die Schwester um 2 1/2 Uhr, ihr aus dem Nebenzimmer etwas Eis zu holen, ihrang dann aus dem Bett, riegelte sie ein, lief aus der Wohnung in den vierten Stock hinauf, zerstückte die brennende Petroleumlampe auf der Treppe und stürzte sich dann aus dem Fensterfenster kopfüber auf den Hof hinab, wo sie mit zerstampferten Schädel tot liegen blieb. Als auf die Hilferufe des zu spät erwachten Sohnes die Hausgenossen herbeieilten und die eingesperrte Schwester befreiten, war es zu spät. Ein Arzt konnte nur noch den Tod feststellen, die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. Ein Brand war nicht entstanden.

**Ein Kampf** zwischen einem Schutzmann und einem Tierquälere verursachte gestern einen großen Menschenauflauf in der Landberger Allee. Der 28 Jahre alte Antifer Albert Mühl aus der Fallischenstraße 40 fuhr mit einem Klamottenwagen die Allee entlang und mißhandelte seine Pferde durch Peitschenhiebe und Fußtritte so stark, daß das Publikum ihm entrüstet laute Vorhaltungen machte. Als ein Schutzmann, der hierdurch aufmerksam gemacht wurde, sich Mühl näherte, ergriff dieser einen Mauerstein und warf nach ihm. Der Stein flog dem Beamten, der nur seinen Säbel zog, am Kopfe vorbei, unmittelbar darauf aber erhielt der Schutzmann von dem wütenden Antifer mit einem andren Stein einen Schlag ins Gesicht. Ein Säbelhieb über den Kopf machte jetzt Mühl kampfunfähig, nun kamen aber andre Antifer dazu, um ihn aus den Händen des Beamten zu befreien. Erst nachdem auf das Rotzeichen noch drei Schutzeute herbeigeeilt waren, gelang es, dem Kampfe ein Ende zu machen. Der Verwundete wurde wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt festgenommen und zunächst als Polizeigefangener nach der Charité gebracht.

**Im Zeitalter des Verkehrs.** Aus Anlaß der am 1. Januar 1904 im königlichen Schloße stattfindenden Gratulationscour, des Salutschießens im Lustgarten und der großen Karole-Ausgabe im Zeughaus werden von 10 Uhr vormittags an bis nach Beendigung der Feierlichkeiten — etwa gegen 1 Uhr nachmittags — der Lustgarten, die Schlossfreiheit, die Kaiser Wilhelm- und die Schlossbrücke, sowie der Platz am Zeughaufe für Fuhrwerke, Reiter und Fußgänger nach Bedarf gesperrt.

**Wegen versuchten Kindesmordes** ist Montagmittag das 36 Jahre alte Dienstmädchen Anafasia Kesselhut verhaftet worden, das bei dem Schlächtermeister Desterreich in der Bergmannstr. 22 in Stellung war. Das Mädchen wurde vormittags um 11 Uhr unter verdächtigen Umständen krank. Einer von der Dienstherrenschaft geholten Debanne gegenüber leugnete es zunächst, geboren zu haben. Erst nach langem Zureden gestand es, ein Töchterchen zur Welt gebracht und unbekannt in den Müllkasten geworfen und mit Asche bedeckt zu haben. Wider Erwarten lebte das Kind noch, als man es aus dem Kasten, in dem es unbekleidet lag, herausnahm, und es wurde mit der Mutter, die als Polizeigefangene gehalten wird, nach der Charité gebracht.

**Großfeuer** kam in der letzten Nacht gegen 3 Uhr in der Leipzigerstr. 58 neben den sogenannten Kolonaden zum Ausbruch. Als das Feuer bemerkt wurde, schlugen die Flammen schon hell aus den Fenstern heraus. Auf mehrmaligen Alarm rückte die 5. Compagnie von der Linden-, Wauer- und Fischerstraße zur Brandstelle aus. Dort stand im ersten und zweiten Stockwerk das Lager der Firma M. Vorhardt Nachfolger in Flammen. Es brannten Seidenwaren, Bänder, Regale, Thürnen, Fenster, Vallen, Fußböden usw. Das Feuer war durch einen Ofen ausgebrochen und hatte dann die Zwischendecke zum zweiten Stock, sowie das Dachgeschoß und den Dachstuhl des Hauses, in welchem im Erdgeschoß das Leinen-geschäft von Goldschneider und Köfide sich befindet, ergriffen. Die Feuerwehr unter Leitung des Brandmeisters griff mit fünf Schlangeneinheiten über zwei an der Stirnseite des Hauses aufgefahrene große mechanische Leitern und über die Treppe an. Erst nach mehrstündiger Thätigkeit ward man des Feuers Herr. Der Schaden ist beträchtlich, indes durch Versicherung gedeckt. Gleichzeitig mußte ein zweiter größerer Brand in der Gr. Frankfurterstr. 13 gelöscht werden. Dort stand um 2 Uhr

die Schwarzwälder Uhrenfabrik von E. Vincus in Flammen. Diese wurde durch kräftiges Wassergeben auf die Uhrenfabrik beschränkt. Um Mitternacht brannte in der Königgräberstr. 123 das Dachgeschoß mit dem Zwischengebälk. Gestern abend um 9 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Malpfaquestr. 11 gerufen, wo es in einem Keller brannte. Lumpen, Papier u. a. waren dort vorfänglich in Brand gesteckt worden. Die Polizei wurde hier von Kenntnis geiegt.

**Feuerbericht.** Neben dem Großfeuer in dem Seidenhause von M. Vorhardt Nachf., Leipzigerstr. 58, hatte die Wache noch über ein Dutzend andere Brände zu besichtigen. Dienstaachmittag gegen 4 Uhr wurde sie nach dem Reichspalast, Alexandrinerstr. 110, gerufen, weil hier durch die Explosion einer Petroleumlampe ein Feuer ausgebrochen war. Lange Zeit gab es in der Großen Frankfurterstr. 13 zu thun, wo es nachts 3 Uhr in einer Uhrenfabrik brannte. Kurz vorher war in der Königgräberstraße 123 auf dem Boden ein Brand entstanden, der auch das Zwischengebälk ergriffte. Möbel und Kleidungsstücke gingen Montagabend in der Poliringerstraße 25 in Flammen auf, während in der Hauptstraße 8 allerlei Gerümpel und Verpackungsmaterial in einem Keller eingedörrt wurde. Vorfällige Brandstiftung wurde bei einem Kellerbrand festgestellt, der gleichzeitig in der Malpfaquestr. 11 ausbrach. Es brannten Lumpen, Kisten zc. Die Kriminalpolizei ist davon unterrichtet worden, doch konnte bis jetzt der Thäter noch nicht ermittelt werden. Die übrigen Alarmierungen, die noch von der Wache zc., Neue Königstr. 4, Reichenbergerstr. 42 usw. einliefen, betrafen Brände, die vor Eintreffen der Wehr schon von Hausbewohnern beseitigt waren.

**Der Theaterverein „Bohemia“** hat am 20. Dezember zum Besten der Crinoidstauer eine Vorstellung veranstaltet, auf die wir am 17. d. M. hingewiesen haben. Wie uns vom Vorstand des Vereins mitgeteilt wird, hat diese Veranstaltung einen Ueberschuß von 86,80 M. ergeben.

**Theater.** „Berliner Kinder“, die bekannte Gesangsposse von Salinger gelangt heute, Mittwoch, im Luisen-Theater zur Aufführung. Die Hauptrollen besetzen sich in den Händen der Damen Hüffel, Winter, Schulz, Postflein und der Herren Häner, Bartels und Ruff. — Central-Theater. Am Silbesternacht beginnt die Abendvorstellung um 7 Uhr; gegeben wird „Der Kastenbinder“. Jede Dame erhält an diesem Abend ein elegantes Neujahrs-Souvenir. Nachmittags 4 Uhr wird „Der gesiebelte Kater“ gegeben. — In Anbetracht der außergewöhnlichen scenischen und malischen Schwereigkeiten, welche die Vorbereitung der Silbesternovität des Residenz-Theaters: „Der feusche Casimir“ bietet, bleibt das Theater heute Mittwoch geschlossen. Die morgen, Donnerstag, den 31. Dezember stattfindende Erstaufführung der französischen Komödie beginnt wie gewöhnlich um 7 1/2 Uhr. — Der nächste Diatereabend des „Schiller-Theaters“, der Sonntag, den 3. Januar, im Bürgerlaale des Rathhauses stattfindet, bringt nochmals eine Wiederholung des Piliereon-Abends mit teilweise neuem Programm.

**Im Apollo-Theater** feiert der Schauspieler und Sänger Herr Ferdinand Worms, der jetzige Oberregisseur der erwähnten Bühne, am Sonntag, den 10. Januar, nachmittags 3 Uhr, sein dreißig-jähriges Wägenjubiläum. Es wird aus diesem Anlaß die Operette „Ranon“ von Richard Genée aufgeführt. Herr Worms spielt den Abbé La Glitte, eine Rolle, in der er zu der Glanzzeit der Operette über 300 mal aufgetreten ist.

**Schiller-Theater-Ktiengesellschaft.** Montag, den 28. Dezember, um 8 1/2 Uhr fand in den Räumen der Kunstthei des Herrn W. Schummelpfeng die diesjährige ordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Schiller-Theater-Ktiengesellschaft statt. Zu dem ersten Punkte der Tagesordnung verlas Direktor Dr. Löwenfeld den Bericht über die Lage der Geschäfte unter Vorlegung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung für das zehnte Geschäftsjahr der Gesellschaft, das zugleich das neunte Spieljahr des Schiller-Theaters ist. Bericht und Bilanz wurden genehmigt. Das Geschäftsjahr ergab einen Gewinn von ca. 11 000 M., der zu der Dividende von 5 Proz. und zu der üblichen Gewinnbeteiligung der Mitglieder demut wurde. Die Statuten lassen botamtlich eine Dividende, die höher ist als 5 Proz., nicht zu. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß das Nebeneinanderarbeiten beider Theater sich glücklich bewährt hat und in seinem weiteren Fortgange sich mehr und mehr zum Nutzen des ganzen Unternehmens einbürgert. Ein Hauptpunkt der Tagesordnung, Einziehung von Vorzugs-Aktien im Nominalbetrage von 10 000 M. durch Anlauf seitens der Gesellschaft unter Entnahme der dazu erforderlichen Mittel aus den fünfziger Reingewinnen der Gesellschaft — mußte für eine zweite außerordentliche Generalversammlung vertagt werden, da die nötige Stimmenanzahl für einen Beschluß über diesen Antrag, der eine Statutenänderung involviert, nicht vorhanden war. Diese außerordentliche Generalversammlung soll Sonntag, den 7. Februar, mittags 12 Uhr, stattfinden.

### Aus den Nachbarorten.

**Zu Schöneberg** hatte sich die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer letzten Sitzung mit der Frage der Errichtung einer Volkshalle an der Fasanstr. 11 zu befassen. Seit drei Jahren ist diese Frage in Fluss, doch sollte sie auch gestern noch nicht zur Erledigung kommen. Einigen bürgerlichen Stadtverordneten erschienen die Kosten im Betrage von 240 000 M. zu hoch, andre wollten in der Ansicht ein Schwimmbecken eingerichtet haben. Hierfür reicht das in Aussicht genommene Grundstück Kolonnenstraße 23 aber nicht aus. Stadtverordneter Fasch (Soc.) wies darauf hin, daß es den Anschein habe, als ob diese wichtige Sache weiterhin verschleppt werden solle. Als es sich darum handelte, Gymnasien und andre höhere Schulen zu errichten, sei stets mit einer gewissen Dringlichkeit gearbeitet worden, während hier für Fertigstellung eines generellen Plans nahezu drei Jahre gebraucht wurden; überdies sei das erforderliche Geld in der bereits genehmigten Millionen-Anleihe enthalten. Unser Genosse führte ferner aus, daß, nachdem endlich das Projekt eine greifbare Gestalt angenommen habe, man nicht auch hier eine Verzögerung eintreten lassen dürfe. Gegen die Stimmen der Socialdemokraten wurde das Projekt jedoch einem Ausschuß von neun Mitgliedern überwiesen. Die Versammlung bewilligte sodann für den speziellen Entwurf des neuen, in Angriff genommenen Krankenhauses einschließlich einer Ueberschreitung des Voranschlags um etwa 400 000 M. die Gesamtkosten im Betrage von 2 651 000 M. Die Versammlung bewilligte weiter den Betrag von 318 500 M. für die provisorische Regulierung der Verbindungstraße zwischen Schöneberg und Tempelhof. Durch den Bau dieser Straße wird zum Frühjahr eine bedeutende Arbeitsgelegenheit geschaffen werden.

**In der Kirche verunglückt** ist im benachbarten Kieder-Schönhausen die 13jährige Tochter des Eisenbahnbeamten A., als sie am zweiten Weihnachtstage die Morgengottesdienste besuchte. Sie hatte in unmittelbarer Nähe des Gasofens Platz genommen, der Zelluloidkamm, den sie im Haar trag, fing plötzlich Feuer und brannte lichterloh. Der Geistliche bemerkte als erster den Unfall, stieg eilends von der Kanzel und unterbrach seine Predigt. Inzwischen hatten die Umstehenden das Feuer rasch erloscht, sie konnten jedoch nicht mehr verhindern, daß das Mädchen nicht nur einen Teil seines Haars einbüßte, sondern auch erhebliche Brandwunden am Hinterkopf und Nacken erlitt.

**Ein schreckliches Brandunglück** ereignete sich gestern nachmittag in der Alten Königstraße 12 zu Potsdam. Dort bewohnt die Familie Scholz im zweiten Stock eine kleine Hofwohnung. Während nun Herr S. wie gewöhnlich seinem Geschäft nachgegangen war, entfernte sich auch gegen Mittag seine Frau aus der Wohnung und ließ ihre beiden Kinder, die im Alter von 1 und 3 Jahren stehen, allein zurück. Gegen 3 Uhr brannte ein dichter Rauch durch die Fenster und Thür dieser Wohnung. Die Hausbewohner alarmierten sofort die Feuerwehr. Als diese nach wenigen Minuten eintraf, schlugen schon Stichflammen durch die Fenster. Sie erdrückte die Korridorthür und ging mit einem Rohre gegen den

**Brandherd vor.** Als der Rauch sich einigermaßen verzogen hatte, bemerkten Feuerwehrende, daß in einem Weite zwei Kinder erstickt waren. Sie schleppten sie sofort ins Freie und stellten Wiederbelebungsbemühungen an, die indes keinen Erfolg hatten. Beide hatten den Erstickenstod erlitten. Das Feuer, das angeblich durch einen Strohsack, den Frau S. hinter einen stark geheizten Ofen gestellt hatte, entstanden war, konnte dann bald erstickt werden.

### Gerichts-Zeitung.

**Immer wieder Polizei und Streikposten.** Ständig häufen sich die Freisprechungen von Streikposten, die auf Grund des Berliner „Straßenjournals“ wegen Verkehrsbehinderung u. mit polizeilichen Strafmmandaten beglückt wurden. Waren schon eine Reihe der früheren Verhandlungen außerordentlich reich an interessanten Einzelheiten über polizeiliche Gefeszesansetzung und Willkürmaßnahmen, so gelangte gestern ein Fall zur Aburteilung, der allem Vorhergegangenen wohl die Krone aufsetzen dürfte. Der Former Schmidt hatte am 29. Oktober die Brendelsche Fabrik in der Dranienstraße als Streikposten beobachtet. Um hierbei jedoch auf alle Fälle mit der Polizei einen Konflikt zu vermeiden, ging er nicht etwa vor der Fabrik auf und ab, sondern stellte sich in die Haustür des von ihm selbst bewohnten Hauses, das nur umweit von der Fabrik liegt. Nicht lange, so kam ein Schutzmann an ihn heran und forderte ihn zum Weitergehen auf, weil er als bekannter Streikposten den Verkehr behindere. Doch nicht genug hieran verbot ihm der Schutzmann auch noch in aller Form den Aufenthalt in der ganzen Straße. Da Schmidt sich natürlich weigerte, dem Anfinnen des Schutzmanns Folge zu leisten, so wurde er kurzerhand festgesetzt und mit einem Strafmandat von 30 M. bedacht. Auf Grund dieses Tatbestandes, der durch den als Zeugen geladenen Schutzmann bestätigt wurde, kam das Gericht zu der Ueberzeugung, daß auch in diesem Fall nicht die mindeste Ursache zu einer Verurteilung vorliege. Die Strafenordnung könne hier von vornherein nicht in Betracht kommen; überdies habe der Schutzmann selbstverständlich keinerlei Recht gehabt, dem Angeklagten den Aufenthalt in einer Straße zu verbieten, in der dieser selbst wohnhaft sei. Das Urteil lautete daher auf kostenloser Freisprechung, auch wurden der Staatskasse die Kosten der Verteidigung sowie die dem Angeklagten erwachsenen baren Auslagen auferlegt.

Ob die Polizei trotz all dieser freisprechenden Urteile endlich ein andres Verhalten gegen Streikende einschlagen wird, ist nach wie vor sehr zweifelhaft.

**Die Kartenarten.** Sie dienen beide bei einem Restaurateur in der Raubenerstraße, die unerschlechte Auguste Streit als Köchin und die unerschlechte Anna Milicis als Hausmädchen. Letztere war im Besitze eines von ihr sorgsam behüteten Schatzes: eines Spiels alter, vergilbter und beschmutzter Wahrsagerkarten, deren jede im Ausdruck ein schönes Jauberprüchlein trug und in ihrer Gesamtheit zu allerlei Sophismen verbandt wurden. Und um die mittlernächliche Stunde, wenn es in der Küche schon still geworden war, da saßen die beiden mit leuchtenden Augen vor dem Anrechtstisch und die glückliche Besitzerin des Kartenschatzes enthielt sich und ihrer Kollegin die Zukunft mit dem Genie und der Stargie einer perfekten Artia, und wenn die Karten ihnen günstig schlugen und ihnen der „Wies mit dem fünf Siegel“, der „Freiermann aus weiter Ferne“ und allerlei angenehme Nachrichten prophezeit worden waren, dann gingen sie beseligt zu Bett und träumten von Glanz und Glück und Lebensgenuss. Frä. Milicis hüte ihre Schatz mit befohlenster Sorgfalt und verpackte die Karten, wenn sie ihre Schuldbücher gefüllt hatten, in den äußersten Winkel ihres Schubfachs. Eines Tages waren sie dort verschwand. Sie war untröstlich, denn mit den Karten, wählte sie, seien alle ihre Zukunftshoffnungen dahin gegangen. Es waren schmerzvolle Tage, die sie zu durchleben hatte. Da wollte es der Zufall, daß sie nach andern Kleinigkeiten, die sie vermisse, zu suchen hatte, und als sie das Bett ihrer Nichtenkollegin einer Okularinspektion unterwarf, entdeckte sie unter dem Laken ihre Kartenarten. Sie war wütend über diese Treulosigkeit, rante zum Staatsanwalt und denunzierte die Streit wegen Diebstahls. Das Schöffengericht hatte sich gestern mit dieser Haupt- und Staatsaktion zu beschäftigen. Einschuldig behauptete die Angeklagte, daß es ihr gar nicht einfallen sei, an einen Diebstahl zu denken. Sie sei nur ein Opfer ihrer Neugierde geworden, denn sie habe gern das Glück ganz allein für sich mit Hilfe der Karten auf die Probe stellen wollen, und da man ihr gesagt habe, daß deren Prophezeiungen in Erfüllung gehen müßten, wenn sie acht Nächte auf den Karten schlief, so habe sie diesen Rat befolgt. — Der Staatsanwalt erkannte an, daß der Wert der Karten beinahe gleich Null sei, hielt aber doch einen Diebstahl für vorliegend und beantragte drei Tage Gefängnis. Heulend versicherte das Mädchen nochmals, daß sie nur ungehörte Blöde in die Zukunft habe ihm wollen. Der Gerichtshof glaubte ihr und sprach sie frei. Der Vorsitzende gab aber beiden Mädchen den guten Rat mit auf den Weg, die Kartenarten ins Feuer zu werfen und mit solchen dummen Zeug in Zukunft ihre Zeit nicht zu vertrödeln.

Ein gespanntes Verhältnis besteht seit Jahren zwischen dem Amtsvorsteher Wille zu Reinickendorf und dem dortigen Orts- einwohner Maurer Hermann May. Der Letztere ist mehrfach wegen Verleumdung des Amtsvorstehers bestraft worden, wodurch seine feindselige Stimmung gegen diesen noch erhöht worden ist. Gestern handelte es sich wiederum vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I um eine schwere Ehrenkränkung des Amtsvorstehers durch May. Als an einem Augusttage vor dem Amtsgericht II eine Anklage gegen May verhandelt wurde, weil er in einer Eingabe an den Minister des Innern den Amtsvorsteher als „Grundstückvermittler“ bezeichnet und ihn außerdem verächtlich hatte, daß er der Gemeinde gehörige Tagelohnarbeiter unterdrücken habe, wiederholte er nach Schluß der

Weisaufnahme gegen den Zeuge Wille seine Beschuldigungen, wodurch er sich eine neue Anklage zuzog. Im gestrigen Termine blieb der Angeklagte dabei, daß der Amtsvorsteher Wille einmal ein Grundstücksgeschäft vermittelt und dafür die Provision eingestrichen habe. Auch habe sein Gewährsmann versichert, daß Wille sich der Unterschlagung von Pachtgeldern schuldig gemacht habe. Er, der Angeklagte, habe geglaubt, dies vor Gericht anführen zu dürfen, weil es doch in Betreff der Glaubwürdigkeit des Zeugen von Wichtigkeit sei. Der Staatsanwalt erkannte an, daß der Angeklagte sich in Wahrnehmung berechtigter Interessen befunden habe, aber die beleidigende Absicht gehe schon aus den häufigen Vorwürfen wegen Verleumdung des Amtsvorstehers hervor. Er beantragte jetzt eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen. Der Gerichtshof kam zu einem Freispruch, weil einerseits dem Angeklagten der § 103 des Strafgesetzbuches zur Seite stehe und andererseits nicht unbedingt angenommen werden könne, daß ihm eine beleidigende Absicht innewohnend habe.

### Verammlungen.

**Die Freie Vereinigung der Abhaltente, Pappbaudecker usw.** hielt am Sonntag im Gewerkschaftshaus ihre ordentliche Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken des verstorbenen am 3. Dezember vom Dach gestürzten Mitgliedes August Friedrich in üblicher Weise. Nach dem Jahresbericht des Vorsitzenden gab der Kassierer den Kassensbericht. Die Vereinigung hatte eine Einnahme von 2300,20 M., eine Ausgabe von 1547,60 M., so daß auch in diesem Jahre 752,60 M. Ueberschuß erzielt wurden. An Stelle des bisherigen Gewerkschaftsdelegierten L a u b e r wurde B o r t m a n n als solcher gewählt. Bei der Vorstandswahl wurde als erster Vorsitzender Weiglin einstimmig wiedergewählt. Ferner gingen folgende Kollegen aus der Wahl hervor: M a n n als 2. Vorsitzender, K l o p p als 1. Kassierer, G o p p m a n n als 2. Kassierer, P ü s t o v als 1. Hundt als 2. Schriftführer, sowie B a h n i s c h und K a m p m a n n als Kassensrevisoren. Unter Verbandsangelegenheiten wurde vom Kassierer K l o p p die Abschaffung der noch vorhandenen Bezirkskassierer empfohlen. Dies wurde gegen 2 Stimmen angenommen. Den Criminalkammer Angehörigen wurden als 2. Rate 50 M. überwiesen.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 13. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Johann Gottfried Herder. II. — Eine Geschichte der sozialdemokratischen Landtagsagitation. Von A. Kautsk. — Die russische Politik in Armenien. Von Nikolai Barandian. — Zwanzig Jahre Krankenversicherung. Von Gustav Koch (Hannau). — Ueber die Zukunft der Stickstoffverbindungen. Von Dr. Otto Kiedrich. — Die Armeniergesellschaft in der Schweiz. Von D. Zimmer. — Vitterliche Randschau: D. L. Köster, Das Geschlechtliche im Unterricht und in der Jugendlehre. Von K.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern werden jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben die 14. Jahrgangszugang erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Leitungen. — Die Hamburger Fabrikationsberichte von 1901 und 1902 über die Arbeiterinnen. Von Luise Zieh. — Schille Heb. — Eine Dienstbotenbewegung in Nürnberg. Von G. G. — Aus der Bewegung. — Heuliten: Aus der Kugelbahn. Stille von Paul Bröder. — Rotzengel: Der Jehnshundenkampf der Textilarbeiter in Grimnitzhausen. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Frauenstimmrecht.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 35 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

Die Neujahrsnummer des „Wahren Jacob“ ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt heben wir zunächst die beiden farbigen Bilder hervor: „Silberfeier der Dörfchlaubbühnen“ und „Der Akt auf dem Maschinenfest“, ferner die Illustrationen „Zur Aufhebung des Relutentengesetzes“, „Elveter“, „Das Dampfrohr in Reparatur“, „An der preussisch-aussidischen Grenze“, „Der Dampfer“, „An der Elbvermauerung“, sowie das zweite Bild aus der Edmund Weisbach Serie „Bourgeois-Idyllen“ und den in Wort und Bild erhellenden „Reichstags-Ginfalten“. Der textliche Teil enthält die Gedichte „Neujahr“, „Schwarz ist Trumpf“, „Goldenes Aber“, „Ein Neujahrsgruß“, „Neujahr“, „Schwarz ist Trumpf“, „Goldenes Aber“, „Ein Neujahrsgruß“, sowie von Maria Müller, „Der Kampf um das Wahlrecht“, „Spiritus ani“, sowie außer zahlreichen kleineren Beiträgen die größeren Heuliten „Der vermannte Peter“ und „Brief von Claus Swarimund aus St. Pauli bei Hamburg“. Eine Extrabeilage ist schließlich die Notendrucke „Deutsches Freiheitslied“, ein Gesang von maritimen Schwung, der ungemein leicht zu singen ist und non einigermaßen geübten Gesangsvereinen fast vom Blatt vorgetragen werden kann. Der Preis der zwölf Seiten starken Nummer ist 10 Pfennige.

### Vermischtes.

**Schwindel eines Prinzen.** Prinz Karl von Loos-Cordwarem ist, wie aus Brüssel gemeldet wird, unter der Beschuldigung, erhebliche Schwindelien verübt zu haben, verhaftet und in das Gefängnis von Saint-Gilles gebracht worden. Der Prinz, der zur Zeit im 43. Lebensjahre steht, ist der Erbe des herzoglichen Titels von Loos-Cordwarem und gehört demnach dem ältesten und vornehmsten Adelsgeschlecht Belgiens an. Das herzogliche Haus von Loos-Cordwarem war bis zum Jahre 1853 reichsunmittelbar und genoss das Recht der Ebenbürtigkeit, das aber bald darauf durch verschiedene Resalliancen verloren ging. Trotzdem steht es noch heute dem Range nach vor den beiden andern belgischen Herzogsgeschlechtern der Aremberg und d'Urfeil. Aber finanziell und moralisch ist es durch die Schuld des gegenwärtigen Herzogs und seines Neffen, des eben verhafteten

Prinzen Karl, vollständig heruntergekommen. Der Herzog hat, nach der „M. Z.“, nicht bloß das Stammvermögen des Hauses — ein Majorat giebt es hier nicht — vergeudet, sondern auch die zehn Millionen Frank betragende Mitgift seiner französischen Gemahlin, der Tochter eines Industriellen, die vor einigen Jahren gestorben ist. Zur Zeit lebt er von den bescheidenen Einkünften des Vermögens seiner beiden geisteskranken Töchter, die in einer Heilanstalt untergebracht sind. Seit Kette und Erbe, Prinz Karl, ahnte das Beispiel des Theims nach. Nachdem er sein väterliches Erbe verprascht hatte, lebte er von einer mäßigen Geldunterstützung, die ihm die belgische Aristokratie gewährte, verlegte sich aber bald auf Schwindelien. Teils unter der Vorspiegelung einer angeblich bevorstehenden reichen Heirat, teils unter dem Vorwande einer Millionenerbschaft, die ihm von seinen spanischen Verwandten zufallen sollte, lockte er von Kaufleuten, Lieferanten, Hotelbesitzern, Kellnern und Lakaien erhebliche Summen heraus, die im ganzen 750 000 Fr. ausmachten. Prinz Karl von Loos-Cordwarem hatte schon vor einigen Jahren ein ähnliches Abenteuer zu bestehen, wurde aber damals wieder aus der Haft entlassen, weil Zweifel an seiner geistigen Zurechnungsfähigkeit aufstiegen. Thatsächlich sind in der Familie Loos-Cordwarem Irrenfälle vorgekommen.

### Briefkasten der Redaktion.

**G. Z. 30.** 1. Das genannte Reduktament ist uns bekannt. 2. Daß es bei einer solchen Krankheits- „obligatorisch gemacht“ ist, halten wir für ungeschicklich; jüher nicht bei den Kaufleuten. 3. Ueber die Anwendung in Erholungsstätten und Heilanstalten ist uns nichts bekannt; wahrscheinlich hat eine solche in ausgedehntem Maße nicht stattgefunden, da keine Erfolge geliefert, da sonst Mitteilungen darüber in der medizinischen Presse und bekannt wären. 4. Unverlässige Mitteilungen über Erfolge mit dem Reduktament sind untes Wissens nicht vorhanden.

**H. P. 87.** Es ist einer gewissenhaften Redaktion nicht gut möglich, sich über den Wert von Spezialwerken über Maschinenbau zu äußern. Wir raten Ihnen, sich nach der öffentlichen Bibliothek und Besuche, Alexanderstraße 26, zu bemühen, die wochentags von 9<sup>h</sup>—9<sup>h</sup>, Uhr, an Sonntagen von 9—1 Uhr geöffnet ist. Dort finden Sie eine ganze Reihe von Werken über Maschinenbau; im großen Katalog der Bibliothek sind sie auf Seite 415 bis 419 verzeichnet.

### Juristischer Teil.

Die juristische Erbrechtskunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7<sup>h</sup> bis 9<sup>h</sup> Uhr abends statt. Größe: 7 Uhr.

**Rech.** Nimmt der Mieter oder der Vermieter den eine rechtzeitige Kündigung enthaltenden Brief nicht an, so gilt die Kündigung dennoch als erfolgt. Der Brief kann auf Kündigung oder Anerkennung, der Mieter auf Anrechnung des Abbaus der Mietzeit klagen. — **G. Z. 1.** Die kinderlose Witwe erbt, wenn sie nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch erbt — das ist der Fall wenn die Ehe nach dem 31. Dezember 1899 geschlossen ist oder wenn bei einer früher geschlossenen märtlichen Ehe innerhalb sechs Wochen durch notariell oder gerichtlich beglaubigte Erklärung dem Nachlassgericht mitgeteilt, daß sie nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch erbt — die Witwe, über die es aber als voraus alle zum Haushalt gehörigen Gegenstände und die Hochzeitsgegenstände. 2. Die Witwe kann spätestens am 3. Januar zum 1. April kündigen, wenn der Todesfall sich im 4. Quartal ereignet hatte. — **B. 86.** Die gewöhnliche Arbeitszeit war an den Sonntagen und Feiertagen. — **F. Meffer.** 1. Die Kinder treten durch den Austritt der Eltern aus der Ehe nicht mit aus, können aber vom vollendeten vierzehnten Lebensjahre ab selbst austreten. 2. Der Brief kann auf Schadloshaltungspflicht sein. — **Lehrreich.** 1. Die Antwort war zutreffend. 2. 68 Stimmen hat der Bundesrat. — **Kara 17.** So weit richtig, sind nicht Sie, sondern lediglich Ihre Eltern erbrechtlich. — **Note 13.** 1. Nein. 2. Für die Ausgaben. 3. und 4. Die Sachen Ihrer Frau können wegen Ihrer Schulden gepfändet werden. Auf Intervention Ihrer Frau wird aber die Pfändung eingestellt. Sie müßten Interventionsklage erheben und Einsetzungsantrag stellen. — **Ludwig Feder.** Ohne Einsicht in die Abschrift des Mietvertrages ist es unmöglich, Ihnen mitzuteilen, welche Pflichten Ihnen aus dem Vertrage zufließen. — **H. Z. 3a.** — **D. 32.** Nein.

### Marktpreise von Berlin am 28. Dezember 1903

nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidenten.

Getreide, gut D.-Gr.	16,10	16,05	Startoffeln, neue D.-Gr.	7,00	5,00
mittel	16,00	15,95	Rindfleisch, Neuze 1 kg	1,80	1,20
gering	15,90	15,85	do. Bauh.	1,50	1,10
+ Roggen, gut	12,85	12,84	Schweinefleisch	1,60	1,00
mittel	12,83	12,82	Kalbfleisch	1,80	1,20
gering	12,81	12,80	Hammelfleisch	1,80	1,10
+ Weizen, gut	14,20	13,00	Butter	2,80	2,00
mittel	12,90	11,70	Eier	60 Stück	5,00
gering	11,60	10,40	Kartoffeln	1 kg	2,40
+ Hafer, gut	11,50	10,30	Hale		2,80
mittel	14,20	13,00	Hander		2,80
gering	12,90	11,80	Hefche		2,20
Nichtirob	—	—	Barfche		1,80
Heu	—	—	Schleie		3,00
Erbsen	40,00	25,00	Diele		1,40
Speisebohnen	50,00	26,00	Stroh	per Schock	15,00
Linien	60,00	20,00			

\* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

### Witterungsübersicht vom 29. Dezember 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Wolkenhölte	Wetter	Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Wolkenhölte	Wetter	Temp. u. d. d. d. u. d. d.
Swinemünde	772 S			2 heiter	-6	Habaranda	760 SW		mollig	-1
Hamburg	771 S			1 wollig	-4	Petersburg	763 SW		2 Schnee	-3
Berlin	772 S			2 wolkenl	-7	Corf	760 S		5 bedeckt	7
Frankf. a. M.	768 D			4 wolkenl	-7	Kberdeen	—		—	—
München	764 D			7 heiter	-13	Paris	762 D		2 bedeckt	-4
Wien	770 S			1 wolkenl	-10					

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 30. Dezember 1903. Vieles neblig, sonst ziemlich heiteres Frostwetter mit mäßigen südöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

# Karpfen

## das Pfund 35-40 Pf.

**Lebende Karpfen**  
Pfund 85—100 Pf.

**Eiskarpfen**  
Pfund 55—60 Pf.

# Silvester ein Fischgericht auf jedem Tisch!

See-  
fisch-  
Koch-  
buch  
m. weit  
über  
100 Re-  
zepten  
erhält  
jeder  
Käufer  
gratis.

**Cabliau**  
z. Kochen u. Braten  
sehr empfehlensw.,  
ganze Fische  
ohne Kopf  
Pfund 18 Pf.,  
im Anschnitt  
20 Pfennig.

**Schellfisch**  
in allen Grössen  
Pfund 17—30 Pf.

**Tafelzander**  
prima  
Pfund 70—80 Pf.

**Austern**  
Helgoländer  
Dutzend 90 Pf.  
Ja. Holländer  
Dtz. 1,80—2,00 Mk.

**See-Aal**  
in Aspik  
Pfund 60 Pf.

**Geräucherte**  
Flundern  
Pfund 60—65 Pf.

**Bratflundern**  
Pfund 25 Pfennig,  
3 Pfund 75 Pf.

**Adlerlachs**  
Pfund 30—35 Pf.,  
i. Anschnitt 45 Pf.

**Steinbutt**  
Pfd. 0,90—1,10 Mk.

**Fischsülze**  
Pfund 60 Pf.

**Adlerlachs à la Stör**  
Pfund 80—90 Pf.

**Seehecht**  
Pfund 35 Pf.,  
i. Anschnitt 42 Pf.

**Seezungen**  
Pfd. 0,90—1,25 Pf.

**Marinierte Seefische**  
zu billigsten Tagespreisen.

**Schellfisch**  
Pfund 35 Pf.

**Seelachs**  
Pfund 40 Pf.

**Seemussheln**  
100 Stück  
80—90 Pfennig.

Feinster Rauchlachs, Kieler Sprotten, Kieler Bücklinge etc. etc. billigst!

## Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Hauptfiliale: Bahnhof Börse, Bogen 8—10

II. Filiale: Prinzenstr. 30 zwischen Moritzplatz u. Ritterstrasse. III. Niederlage: Radalstr. 22 (im Schlessischen Bahnhof).

Momentbilder

aus der Berliner Arbeiterbewegung des Jahres 1903.

Das rote Wahlfahr liegt hinter uns. Es hat den Parteigenossen Gelegenheit...

Januar

war das Begräbnis eines alten Kampfgenossen im sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis...

Am 5. fand im Gewerkschaftshause eine Konferenz von Agitationsleitern und Bauvorständen der Gewerkschaften der Provinz Brandenburg...

Am 6. fand in Adlershof die erste Volksversammlung in dem für die Arbeiterklasse wieder frei gewordenen Volkshaus...

Reichstags- und Landtag nahmen am 13. ihre Tätigkeit nach den Weihnachtsferien wieder auf.

Die Gewerbe- und Industrie-Ausstellungen in Rummelsburg am 15. hatte für die Genossen einen durchschlagenden Erfolg.

Am 18. fand eine Konferenz der Lagerhalter für die Provinz Brandenburg und die angrenzenden Provinzen im Gewerkschaftshause statt.

32 Protestversammlungen gegen die Vergeßlichkeiten und Rechtsbrüche der Reichstagsmehrheit wurden am 22. gleichzeitig in Berlin und den Vororten abgehalten.

Die Protestversammlung, welche in Charlottenburg am 22. nicht stattfinden konnte, fand am 26. statt.

Am 28., 29. und 31. wurde in Steglitz zum Gewerbegericht gewählt.

Die Stadtverordnetenwahlen in Köpenick erreichten am 30. ihr Ende und brachten uns zwei Mandate der dritten Klasse ein.

Februar

wurden am 3. und 4. die Gewerbe- und Industrie-Ausstellungen in Steglitz fortgesetzt.

Am 8. erfolgte eine Flugblatt-Verbreitung für die Reichstagswahl in allen Berliner und benachbarten Wahlkreisen.

Am 8. und 9. tagte im Gewerkschaftshause eine Konferenz der Uniform-, Maß- und Lieferungsrichter.

Die Aufstellung der Reichstagskandidaten erfolgte am 10. in Parteiverfassungen aller sechs Berliner Reichstags-Wahlkreise.

Am 15. fand abermals eine Konferenz im Gewerkschaftshause statt, diesmal sämtlicher Gesellen-Ausschüsse und Lehrlingsprüfungs-Kommissionen.

Wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung wurden am 18. die Kohleleger Albert Abel, Gustav Bucherpfennig und Paul Heinrich von der 10. Strafkammer Landgerichts I zu je einer Woche Gefängnis verurteilt.

Das zweite Opfer der Hummerbrief-Prozesse, Redakteur John vom „Vorwärts“, kehrte am 25. nach siebenmonatigem Aufenthalt in Flöhensee in die Freiheit zurück.

März

wurde bereits in die Agitation für die Reichstagswahl eingetreten, auch fanden in diesem Monate größere gewerkschaftliche Kämpfe statt.

In Alt-Glienice war am 4. Gemeinderatswahl. Sie brachte in der dritten Klasse den Arbeiterkandidaten einen glänzenden Sieg.

Am 15. und 16. tagte in der Neuen Welt (Hafenheide) ein Allgemeiner Krankentassen-Kongreß.

Der 18. März wurde in Berlin und den Vororten in der bekannten würdigen Weise gefeiert.

Am 24. war in Lichtenberg Gemeinderatswahl. Auch hier siegte die Arbeiterkandidaten der dritten Klasse in beiden Bezirken.

Da eine Doppelwahl erfolgte, wurde eine Nachwahl erforderlich. Am 26. trat das dritte Opfer der Hummerbrief-Prozesse, Redakteur Schröder vom „Vorwärts“, seine viermonatige Gefängnisstrafe nach Tegel an.

Der Monat März schloß ab mit dem am 29. im Gewerkschaftshause eröffneten März Bauarbeiterkongreß, mit dem eine Bauarbeiterausstellung verbunden war und dem sich die Generalversammlungen einzelner Gewerkschaftsverbände anschlossen.

April

schloß die Gewerkschaftsbewegung besonders hohe Bogen. Der allgemeine Streik der Bauknechte sowie umfangreiche Ausparierungen in der Holzindustrie fanden statt.

Am 9. tagte die Kreisversammlung für den Reichstags-Wahlkreis Nieder-Barnim in Rummelsburg (Belvedere).

Am folgenden Tage hielt der Verband der technischen Bühnen-personals im Gewerkschaftshause seinen zweiten Verbandstag ab.

Die Osterfeiertage, 12. und 13., wurden von den Textilarbeitern und Maschinenarbeitern zur Abhaltung einer Konferenz im Gewerkschaftshause benützt.

Am 14. trat die Generalversammlung des Verbandes der in Gemeindegewerbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten zusammen.

Der Monat

Mai

wurde in hergebrachter Weise durch die vom herrlichsten Wetter begünstigte Manöver am Freitag, den 1., eröffnet.

Am 10. schied ein braver Genosse im sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis, der Schankwirt Fritz Viegler, aus dem Leben.

Der 17. brachte die Verteilung eines Flugblattes für die Reichstagswahl in Berlin und den Vororten.

Am 27. hatten die Spandauer Genossen eine Ertragwahl in der dritten Klasse für einen verzogenen Genossen zu vollziehen.

Für das Maurer- und Zimmerergewerbe fanden am 29. die Wahlen zum Gesellenausschusse und zum Innungs-Schiedsgerichte statt.

Juni

fiel das Pfingstfest. Beide Feiertage wurden wiederum von einzelnen Gewerkschaften zur Erledigung anderer Arbeiten benützt.

Am 6. starb ein treuer Kämpfer im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis, der Metallarbeiter Paul Jakob.

Der Dreherstreik bei Vorkrieg hatte am 8. ein Nachspiel vor der dritten Strafkammer des Landgerichts II.

Der 23. brachte wiederum zwei Opfer des § 153 der Gewerbe-Ordnung zur Strafe.

Am 16. fand die große Reichstags-Wahlklausur statt. Der 23. brachte wiederum zwei Opfer des § 153 der Gewerbe-Ordnung zur Strafe.

Wegen Aufforderung zum Ungehörig gegen die Gesetze im Sinne des § 110 des Strafgesetzbuches wurde am 24. Reichstags-Abgeordneter Stadthagen von der dritten Strafkammer Landgerichts I zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

Am 25. wurden die Reichstags-Stichwahlen ausgeföhrt.

Juli

setzte ein mit der Aufhebung des Apotheken-Boykotts nach fast zweijähriger Dauer.

Der 7. brachte eine Ergänzungswahl dritter Klasse zur Gemeindevertretung in Lichtenberg.

Am 20. schied ein eifriger Parteigenosse im 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis, der Buchdrucker-Hilfsarbeiter Heinrich Jahns aus dem Leben.

VII. Verbandstag der Dachdecker und verwandten Berufsgegenossen Deutschlands.

Dortmund, den 28. Dezember 1903.

Zweiter Verhandlungstag. In der Fortsetzung der Debatte über Lohnbewegungen und Streiks wird allerorts die Notwendigkeit besserer Bestimmungen zur Verhinderung ausfichtsloser Streiks betont.

Die streikenden Mitglieder sollen von den Wochenbeiträgen befreit sein.

Die Streikunterstützung ist jedem Kollegen, ob ledig oder verheiratet, in gleicher Höhe zu zahlen.

Streikunterstützung zahlt die Hauptklasse, wenn die Mitglieder mindestens 13 Wochen Mitglied sind und für die Zeit Beiträge geleistet haben.

Einzelne, welche ohne die Genehmigung des Centralvorstandes einen Angriffstreik unternehmen, darf keine Unterstützung ausgezahlt werden.

Jedem Filiale, welche dem Gau angehört, ist verpflichtet, jede beachtliche Lohnbewegung vier Wochen vor der Anmeldung beim Centralvorstande, sowie jede beachtliche Werkstillenperiode sofort dem Hauptvorstande anzumelden.

Über den nächsten Punkt: Unterstützungs-Einrichtungen, referiert Höpner-Berlin.

Derselbe führt aus, daß das schon auf dem vorigen Verbandstag sich aufdrängende Bedürfnis nach stabileren Verhältnissen durch Ausbau der Unterstützungs-Einrichtungen sich mit der Zeit noch stärker geltend gemacht habe.

Schließlich empfiehlt Redner die Annahme einer Resolution, nach welcher der Verband beschließt, den Mitgliedern die Durchführung der Arbeitslosen-Unterstützung zu empfehlen und den Centralvorstand beauftragt, im Laufe des nächsten Sommers eine Urabstimmung darüber zu veranstalten.

Die Unterstütuungsfrage sind wie folgt zu setzen:

Table with 3 columns: Dauer der Mitgliedschaft, Unterstütuung pro Tag, Anzahl der Tage. Rows show durations from 1 to 5 years and corresponding contribution rates.

Den Anspruch auf Unterstütuung während der Arbeitslosigkeit erhält jedes Mitglied, welches fortlaufend 52 Wochenbeiträge bezahlt hat.

In der Diskussion wird ohne Ausnahme die Zweckdienlichkeit der Arbeitslosen-Unterstützung anerkannt.

empfehlen, die Einführung sofort auf der Generalversammlung zu beschließen. Alle Delegierte sind der Ansicht, daß etwas geschaffen werden müsse; werde die Arbeitslosen-Unterstützung abgelehnt...

Schließlich wird die Resolution Höpner mit 14 gegen 6 Stimmen angenommen, ferner ein Antrag, welcher den Vorstand beauftragt, Vorschlägen zu treffen...

In der Nachmittags-Sitzung begründet der Verbandsvorsitzende Diehl-Frankfurt in eingehender Weise den folgenden Antrag:

- 1. Beitragsklasse bis 35 Pf. Stundenlohn: 30 Pf. Beitrag pro Woche.
2. Beitragsklasse über 35 und 40 Pf. Stundenlohn: 35 Pf. Beitrag pro Woche.
3. Beitragsklasse über 40 bis 45 Pf. Stundenlohn: 40 Pf. Beitrag pro Woche.
4. Beitragsklasse über 45 bis 50 Pf. Stundenlohn: 45 Pf. Beitrag pro Woche.
5. Beitragsklasse über 50 Pf. Stundenlohn: 50 Pf. Beitrag pro Woche.

Redner führt aus, daß die Unternehmer immer größere Anstrengungen machen, um die Organisation der Arbeiter zu zerschlagen...

In der Debatte gehen die Ansichten über die Zweckdienlichkeit der Reform der Beitragszahlung zunächst weit auseinander.

Kranke oder arbeitslose Kollegen sind vom Beitrag befreit, wenn dieselben länger als wie 6 Arbeitstage krank oder arbeitslos sind.

Nach längerer Debatte gelangten noch folgende Anträge zur Annahme: Ein Sterbegeld zu zahlen

Table with 2 columns: in der ersten Beitragsklasse, in der zweiten Beitragsklasse, etc. Values range from 30 M. to 50 M.

Die Erlangung der Unterstützung bedingt mindestens eine einjährige ununterbrochene Mitgliedschaft und eine Beitragsleistung für 42 Wochen.

Die Erlangung der Unterstützung bedingt mindestens eine einjährige ununterbrochene Mitgliedschaft und eine Beitragsleistung für 42 Wochen.

Generalversammlung des Verbandes der Handschuhmacher Deutschlands.

Dritter Verhandlungstag, Leipzig, den 28. Dezember.

Die heutigen Beratungen bezogen sich lediglich auf die Krankentasse (Zulassungskasse) des Verbandes.

Die Krankentasse (Zulassungskasse) des Verbandes. Die Generalversammlung sah sich gezwungen, um diese Klasse vor allzu großer Ausdehnung zu schützen...

Die Krankentasse (Zulassungskasse) des Verbandes. Die Generalversammlung sah sich gezwungen, um diese Klasse vor allzu großer Ausdehnung zu schützen...

Die Krankentasse (Zulassungskasse) des Verbandes. Die Generalversammlung sah sich gezwungen, um diese Klasse vor allzu großer Ausdehnung zu schützen...

Die Krankentasse (Zulassungskasse) des Verbandes. Die Generalversammlung sah sich gezwungen, um diese Klasse vor allzu großer Ausdehnung zu schützen...

Die Krankentasse (Zulassungskasse) des Verbandes. Die Generalversammlung sah sich gezwungen, um diese Klasse vor allzu großer Ausdehnung zu schützen...

Die Krankentasse (Zulassungskasse) des Verbandes. Die Generalversammlung sah sich gezwungen, um diese Klasse vor allzu großer Ausdehnung zu schützen...

Die Krankentasse (Zulassungskasse) des Verbandes. Die Generalversammlung sah sich gezwungen, um diese Klasse vor allzu großer Ausdehnung zu schützen...

Die Krankentasse (Zulassungskasse) des Verbandes. Die Generalversammlung sah sich gezwungen, um diese Klasse vor allzu großer Ausdehnung zu schützen...

Die Krankentasse (Zulassungskasse) des Verbandes. Die Generalversammlung sah sich gezwungen, um diese Klasse vor allzu großer Ausdehnung zu schützen...

Die Krankentasse (Zulassungskasse) des Verbandes. Die Generalversammlung sah sich gezwungen, um diese Klasse vor allzu großer Ausdehnung zu schützen...

Die Krankentasse (Zulassungskasse) des Verbandes. Die Generalversammlung sah sich gezwungen, um diese Klasse vor allzu großer Ausdehnung zu schützen...

Die Krankentasse (Zulassungskasse) des Verbandes. Die Generalversammlung sah sich gezwungen, um diese Klasse vor allzu großer Ausdehnung zu schützen...

Die Krankentasse (Zulassungskasse) des Verbandes. Die Generalversammlung sah sich gezwungen, um diese Klasse vor allzu großer Ausdehnung zu schützen...

Die Krankentasse (Zulassungskasse) des Verbandes. Die Generalversammlung sah sich gezwungen, um diese Klasse vor allzu großer Ausdehnung zu schützen...

Gewerkchaftliches.

Für die streikenden und ausgeperrten Weber in Grimmitzshon gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:

Table with 2 columns: Name, Betrag. Lists various names and their contribution amounts.



# Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.**  
(Bühnen-Theater).  
Mittwochabend 8 Uhr:  
**Vasantasena.**  
Drama in 5 Akten nach einer Dichtung  
des Königs Rudra. Frei bearbeitet  
von Emil Hoff.  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Der Compagnon.**  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Vasantasena.**  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Die Ehre.**

**Schiller-Theater N.**  
(Jubiläum-Theater).  
Mittwochabend 8 Uhr:  
**Lebelei.**  
Schauspiel in 3 Akten von H. Schnitzer.  
Hierauf: **Litteratur.**  
Schauspiel in 1 Akt v. Arthur Schnitzer.  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Der Talisman.**  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Liebeli.** Hierauf: **Litteratur.**  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Der Compagnon.**

# Cirkus Schumann.

Heute Mittwoch, den 30. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:  
Grosser Erfolg!  
**Das Bacchanal Babel.** An den Wassern  
des Euphrat.  
Pantomime.  
Ausstattungs-Pantomime in 11 Aufzügen.  
Direktor **Albert Schumanns** neue und moderne Dressuren.  
Herr **Julius Seeth** beste Löwengruppe der Welt. 25 Löwen 25.  
Freitag, den 1. Januar, nachmittags 4 Uhr: **Extra-Vorstellung.** Ein  
Kind frei, weitere Kinder zahlen halbes Recht.

# Metropol-Theater.

Anfang 8 Uhr.  
**Durchlaucht Radieschen!**  
Burleske Ausstattungsszene mit  
Gesang und Tanz in 4 Bildern  
von Julius Freund.  
Musik von Victor Holländer.  
In Szene gesetzt vom Direktor  
Richard Schultz.  
Im 3. Bilde:  
**Grosses Ballet**  
Wie damals im Monat Mai.  
— Rauchen überall gestattet. —  
Donnerstag, den 31. Dezember:  
**Grosse Silvesterfeier.**  
Einmalige Auführung  
einer grossen dramatischen Revue  
unter dem Titel  
**Ein lustiger Silvesterabend**  
von Julius Freund.  
Von 12 Uhr **Tanzkränzchen.**  
Drei Musikkapellen.  
Beginn 1/9 Uhr. Ende 3 Uhr.

**Deutsch-Amerikanisches Theater.**  
Schauspiel 2. Teil. Philipp.  
**Souvenir-Vorstellung.**  
Zum **125.** Male:  
**Ueber'n grossen Teich.**  
Anfang 8 Uhr.

**Steidl-Theater**  
am Drauden-  
burger Thor  
am Drauden-  
burger Thor  
Täglich 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr:  
**Steidl-  
Sänger**  
Grossartig neues Programm.  
Zum Schluss: **Reich-Vorstellung:**  
**Der grosse Cohn.**

# WINTERGARTEN

Am 31. Dezember 1903:  
**Gr. Silvestervorstellung**  
Auftreten der spanisch. Tänzerin  
**Otero**  
in ihrer Pantomime  
**Rêve d'Opium**  
(Ein Opiumrausch)  
unter Mitwirkung des Sängers  
**Léoni** und des Pantomimen  
**Jacquet** aus Paris.  
**Otto Reutters**  
neuester Schlager:  
Berlin, Berlin, was kriegste für  
'n Gesichte.  
12 glänzende Specialitäten.  
**Neues Ballett.**  
Mitwirkung  
der Kapelle des Kaiser Alexander-  
Garde-Grenadier-Regiments.  
Anfang 8 Uhr. Ende nach Mitternacht.

**Sanssouci.**  
Koffbuser Thor — Stat. der Hochbahn.  
Donnerstag, den 31. Dez:  
**Silvester-  
Uik-Vorstellung.**  
**Hoffmanns  
Nord. Sänger.**  
Nach der Vorstellung:  
**Großes  
Silvester-Tanzkränzchen.**  
Begrüßung des neuen Jahres  
Silvester-Uik, Jubel und Trubel.  
Entre 30 Pf. Sperrst. 50 Pf.  
Anfang 8 Uhr. Ende 1904.

**Etablissement Guggenhausen**  
Horstplatz.  
In Reiterlaag:  
Rudolf Schnaus  
Künstler Ensemble  
„Nordstern“.  
Kasseneröffnung 5 Uhr.  
Anfang 7 Uhr.  
Nach der Vorstellung:  
**Tanz.**  
In den unteren Sälen  
um 6 Uhr:  
**Militärkonzert.**

**Gewerkschaftshaus**  
mit Inventar, schönem Garten  
und doppelter Regelbahn, gut  
rentabel, ohne Konkurrenz, frant-  
zösischer sofort zu verkaufen.  
Bedingungen günstig.  
Aufkunft erlenen Pomblog / Abg.  
Seitmann und Auktionator C.  
Reumann, Oldenburg (Großk.).

**Dr. Schünemann**  
Spezialarzt für Haut-, Haar- und  
Krankheiten. Seydelstr. 9.  
12-13, 16-18, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

**Neujahrs-Karten.**  
Billigste Bezugsquelle f. Händler u. Wiederverkäufer.  
Numeristische Karten a 100 Stück 20 und 40 Pf.  
Grosse Auswahl in Jahreszahl-Postkarten 1904.  
Kollektionen für Strassenhändler.  
**S. & G. Saulsohn, Berlin C. 25, Kaiser Wilhelmstr. 19a.**  
zwischen der Königstr. und Reichshalle. 37782

# Ost-Casino

Inh.: **Carl Pirnau.**  
106, Frankfurter Allee 106.  
Empfehle meine Säle für Festlich-  
keiten unter günstigen Bedingungen.  
Im Restaurant täglich:  
**Grosses  
Künstler-Konzert.**  
Familien-Verkehr.  
**Dr. Simmel,** Prinzen-  
Str. 41,  
Spezialarzt für  
**Haut- und Nervenleiden.**  
10-12, 5-7, Sonntag 10-12 2-4

**Wurm's  
MAGENDOCTOR**  
ist das  
**Beste für den Magen**

Poliklinik für Hals-, Nasen-  
und Ohrenkranke, Luisenstr. 14,  
täglich 7-8 abends, heute wieder  
eröffnet.

**Reste**  
**C. PELZ**  
KOSTUM STOFFE  
SEIDEN STOFFE  
BESATZARTIKEL  
KRAM-  
MER  
DAMENWAFFEL  
4. Kottbuser Strasse 4

**Neujahrs-Karten**  
Neujahrs- u. Ansichtspostkarten,  
altbekannt f. Geschäfte, Händler,  
**Rosenthalerstr. 50.**  
**J. Jaffe, früher Krausnickstrasse.**  
Preis bis 3. Januar 1904!

**4**  
Markt per □-Rute, neues  
Vergeltungssystem, prima  
Gartenboden, Straßensand  
aus 2 1/2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

**Lebende Regenwürmer!**  
**Frische Elskarpfen** Pfd. 60 Pf.  
**Hasen** 2, 75 u. 3, 00, gesplecht v. 3, 25 an  
**Hirsch u. Wildschwein** Pfd. 25, 30, 40,  
Blatt 50, 60 Pf.  
**Kaninchen** von 70 Pf. an.  
**Oberbrucher Gänse** Pfd. 60 Pf.  
**Junge Enten, Hühner** von 1, 50 an.  
**A. Ritschl, Drossenerstr. 61,**  
Amt IV 1569.

**Neu! Fusswärmer!** D. R.  
G. M.  
mit starkem pelzartigen Futter,  
Besten Schutz gegen kalte Füße und  
Rheumatismus.  
Ausserordentlich zugkräftig für  
Detailgeschäfte und Händler.  
Vertret. u. Wiederverkauf gesucht.  
**Gustav Plümig, Leipzig-Leutzsch**

**Pelzwaren-Fabrik**  
Gegründet 1864.  
**Neue Königstr. 21, II.**  
verkauft noch einige Tage  
ihre Reismuster bestehend aus  
**Pelzstolas, Kolliers, 47/2**  
etc.  
zu billigst. Engrospreis.  
Es gelangt nur reelle  
Kürschnerware zum Verkauf.

**Allgemeine  
Orts-Krankenkasse  
für  
Rixdorf.**  
Durch die Novelle zum Kranken-  
versicherungs-Gesetz vom 23. Mai  
1903 ist bestimmt worden, daß alle  
Handlungsgehilfen und -Lehrlinge, so-  
fern ihr jährliches Gehalt 2000 Mark  
nicht übersteigt, vom 1. Januar 1904  
an ebenfalls der Krankenversicherung  
pflicht unterliegen, auch wenn sie die  
sogenannte kaufmännische Mündigkeit  
(sechs Wochen vor Quartalsbeginn)  
haben.  
Die Arbeitgeber wollen also für  
die rechtzeitige Anmeldung dieser  
Personen bei uns Sorge tragen.  
Rixdorf, den 29. Dezember 1903.  
**Der Vorstand.**  
C. Kambow,  
Vorstand. 251/12

**Neujahrs-Karten.**  
Billigste Bezugsquelle f. Händler u. Wiederverkäufer.  
Numeristische Karten a 100 Stück 20 und 40 Pf.  
Grosse Auswahl in Jahreszahl-Postkarten 1904.  
Kollektionen für Strassenhändler.  
**S. & G. Saulsohn, Berlin C. 25, Kaiser Wilhelmstr. 19a.**  
zwischen der Königstr. und Reichshalle. 37782

# Achtung! Achtung! Droschken-Kutscher!

Mittwoch, den 30. d. M., abends 9 Uhr:  
**2 öffentliche Versammlungen.**  
1. Im Lokale von **Fritz Walter** (Königsbank),  
Gr. Frankfurterstr. 117.  
2. Im **Siskeller, Chausseestraße 88.**  
Tages-Ordnung in beiden Versammlungen:  
1. Die Aussperrung der Taxameterkutscher und ihre weitere Stellung-  
nahme zur Lohnbewegung. 2. Diskussion.  
**Das Agitationskomitee.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Berichtsjahr: IV 2578.  
Heute, Mittwochabend 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**  
Freitag, den 1. Januar 1904, nachm. 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15:  
**Branchen-Versammlung  
der Parkettbodenleger Berlins u. Umg.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Fritz Zabell.** 01/5  
2. Diskussion.  
3. **Gewinnliches Beisammensein.**  
In dieser Versammlung werden die Kollegen ersucht, recht vollständig  
mit Familie, Freunden und Bekannten zu erscheinen.  
**Die Kommission.**  
Bei dem letzten Weihnachts-Bergnügen ist ein Kuff gefunden  
worden. Derselbe ist auf unterm  
**Verbandsbureau, Engel-Ufer 15**  
abzuholen.

**Achtung! Kontrolleure. Achtung!**  
Die nächste Sitzung findet am Dienstag, den 5. Januar,  
abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus statt.  
**Töpfer! Töpfer!**  
Mittwoch, den 30. Dezember, abends 6 Uhr:  
**Öffentliche Versammlung  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.**  
Tagesordnung: Bericht der Lohnkommission.  
**Der Gesellen-Ausschuss.**

**3a Fritz Wilke's Festsälen**  
Brunnenstrasse 188 (bleibt am Rosenthaler Thor)  
31. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:  
**Grosser Familien-Silvester-Ball**  
arrangiert vom  
Geselligen Verein  
**Die lustigen Brüder.**  
Genossen, Stammgäste, Freunde und Bekannte herzlich will-  
kommen. Das Erscheinen aller lustigen Brüder vom Essen und Werden  
ermartet.  
**Der Vorstand. J. A.: Gustav Melzer.**  
NB. Tänzliche bei mir verkehrenden Theatervereine sind hierzu wil-  
kommen. — Sonntag, den 3. Januar, nachmittags 5 Uhr: **Famillen-  
Kränzchen.** Zahlreiche Teilnahme erwartet.  
**Fritz Wilke.**

**Charlottenburger Volkshaus**  
Rosinenstrasse 3.  
Donnerstag, den 31. d. M., abends:  
**Familien-Unterhaltung, Ueberraschungen aller Art.**  
Alle Freunde und Genossen sind hiermit eingeladen. Regelmässige  
der Reizeit entsprechend, sind noch einige Abende frei.  
**A. Schütze, Oekonom.** 6786

**Buchhandlung Vorwärts**  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.  
Soeben ist in unserer Kommissionsverlage erschienen:  
**Crimmitschau**  
unterm Belagerungszustand.  
Einzelpreis 15 Pf. — Backpreis billiger.  
Eine Darstellung der Ursachen und des Verlaufs der Aus-  
sperung und eine Schilderung des Kampfes in Crimmitschau. Die  
Darstellung ist belebt durch charakteristische Zeichnungen aus dem  
Weberlaube. 20/112  
Bestellungen werden zahlreich und baldigt erbeten.  
Der aus dem Verkauf der Broschüre erzielte Ueber-  
schuss wird den Aussperrten überwiesen.

**Nächste Ziehung vom 2.—9. Jan. 1904.**  
Auf 11 Lose — schon — ein — Gewinn —  
**Düsseldorfer St. Rochuskirche**  
160 000 Lose. — Die Gold- und Silbergewinne sind mit  
90% des angezeigten Wertes  
sofort verlässlich gegen **= 15 379 Gew. i. W.**  
**Bar-Geld 120 000 M.**  
30 000, 10 000, 5 000 M.  
6 x 1500 = 9000 M. 100 x 30 = 3000 M.  
10 x 750 = 7500 „ 200 x 10 = 2000 „  
10 x 200 = 2000 „ 1500 x 5 = 7500 „  
20 x 100 = 2000 „ 13500 zusammen  
30 x 50 = 1500 „ — 40500 „  
**Lose à 2 M.** II Lose 20 M., Porto und Liste  
30 Pf., empfehlen und versenden  
**Ferd. Schaefer** Bankgeschäft  
Düsseldorf.

**H. Kron, C. Alexanderstr. 54, H. Hinrichs, N. Danzigerstr. 1.**  
**Jul. Habbe, W. Unt. d. Linden 13, B. Kirchner, SW. Friedrichstr. 206.**  
**F. Schwedtfeger & Co., NW. Friedrichstr. 149, W. Seiferl,**  
**N. Brunnenstr. 48, J. Miloslawski, NW. Unter den Linden 61,**  
**H. Jacobi, N. Elsassstr. 25, C. Leipziger, C. Rosenthalerstr. 53,**  
**S. J. Basch, C. Königstrasse 50/57, Croner & Co., W. Passage 8,**  
**Rud. Josephy & Co., 62, Königstrasse, gegenüber d. Hauptpost.**

Hierdurch die traurige Nach-  
richt, daß am Montag, den  
28. Dezember, nachm. 1 Uhr,  
mein innig geliebter Mann, unser  
guter Vater, der Schankwirt  
**Eduard Daus**  
im 45. Lebensjahre nach langem,  
schwerem Leiden sanft ent-  
schlafen ist. 38082  
Die Beerdigung findet am  
1. Januar, nachmittags 11 Uhr,  
am Trauerhause Paderstr. 3 aus  
nach dem Emmaus-Kirchhofe statt.  
Witwe Pauline Daus geb. Rudiger  
und Kinder.

**Socialdemokrat. Wahlverein**  
i. d. A. Berl. Reichstagswahlkreis.  
(Südost.) [24/19  
Den Mitgliedern hiermit zur Kennt-  
nis, daß unser Genosse, der  
Schankwirt  
**Eduard Daus**  
(wohnhaft Paderstr. 3, Stadt-  
bezirk 101)  
gestorben ist.  
Eure tiefen Bedauern!  
Die Beerdigung findet am  
1. Januar, nachmittags 11 Uhr,  
am Trauerhause aus auf dem  
Emmaus-Kirchhof in Rixdorf statt.  
Um zahlreiche Beteiligung er-  
sucht  
**Der Vorstand.**

**Fachverein der Tischler**  
Berlins u. Umgegend.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Mitglied  
**Eduard Daus**  
am 28. Dezember verstorben ist.  
Eure tiefen Bedauern!  
Die Beerdigung findet am  
1. Januar, nachmittags 11 Uhr,  
am Trauerhause Paderstr. 3 aus  
auf dem Emmaus-Kirchhof in  
Rixdorf statt. 186/13  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden, Verwandten  
und Bekannten die traurige Nach-  
richt, daß am Sonntag, den  
27. d. M., 1 1/2 Uhr, meine liebe  
Frau, meine gute Mutter 6846  
**Luise Tietz**  
geb. **Dickmann**  
gestorben ist. Die Beerdigung  
findet Donnerstag, den 31. Dez.,  
nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle der Gethseman-Gemeinde,  
Nieder-Schönhausen, aus statt.  
Der trauernde Gatte  
Kartonschreiber **Karl Tietz.**

**Beerdigungsverein**  
**Berliner Zimmerleute.**  
Am 28. Dezember starb nach  
langem, schwerem Leiden im Alter  
von 61 Jahren unser Mitglied,  
der Zimmerer, Herr  
**Ernst Schwarz.**  
Eure tiefen Bedauern!  
Die Beerdigung findet am Mit-  
woch, den 30. Dezember, nach-  
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des hiesigen Krankenhauses  
am Urban, Weinbergstrasse, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
6806  
**Der Vorstand.**

**Bekanntmachung**  
d. Orts-Krankenkasse d. Nuttmacher,  
Kuttfournituren- und Filzwaren-  
Verfertiger zu Berlin.  
Die am 31. August 1903 beschlossene  
Statutenänderung sowie die Ab-  
änderung der Beitragsbemessung  
für erkrankte Mitglieder sind genehmigt  
worden und treten am 1. Januar 1904  
in Kraft.  
Der Vorstand dieser Veränderungen  
weist den Mitgliedern bei den Herren  
Arbeitgebern, sowie im Kassenlokal,  
Kendelstr. 13, während der Kassen-  
stunden zur Verfügung. 6769  
Berlin, den 29. Dezember 1903.  
**Der Vorstand.**  
**Karl Kummerl, Vorsitzender.**

**Orts-Krankenkasse  
der Klempner.**  
Wir machen hierdurch bekannt, daß  
die am 8. November d. J. von der  
Generalversammlung beschlossene erste  
Abänderung zu unsern verbrieften  
Statuten vom Bezirksamt genehmigt  
worden ist und am 1. Januar 1904  
in Kraft tritt.  
Die neue Klasseneinteilung der Mit-  
glieder nach ihrem Arbeitsverdienst,  
sowie die Höhe der Beiträge, Eintritts-  
gelder und Unterhaltungen sind auf  
den zur Beteiligung gelangenden  
Plakaten vermerkt, die ganze Ab-  
änderung zum Inhalt kommt nach  
dem 1. Januar d. J. zur Verfügung.  
6719  
**Der Vorstand.**

**Polsterwaren.**  
Direkter Verkauf ab Fabrik zu Engros-  
Preisen.  
**Sofas,** enorme Auswahl, von  
21 M. an.  
Anfertigung, Waage 4 M., Sofa  
5 M.; auf Wunsch auch auf Daube.  
**Bachmann, Blumenstr. 35b.**  
Lager III. Etage. 37682

## HUGO BELING

Wein-Grosshandlung \* Fabrik feinsten Liqueure

empfiehlt zu **Silvester** seine beliebten  
**Punsch-, Grog- und Glühwein-Extrakte**

$\frac{1}{4}$  Liter von 1,30 Mk. an inkl. Flasche,  
**Jamaica-Rum, Arrac,**  $\frac{1}{4}$  Liter von 1,80 Mk. an inkl. Flasche.

### Eigene Verkaufsstellen:

- |   |   |   |
|---|---|---|
| <p><b>C.</b><br/><b>Rosenthaler Strasse 11/12.</b></p> <p><b>O.</b><br/><b>Andreas-Strasse 57</b> (neben der Markthalle).<br/><b>Königsberger Strasse 28.</b><br/><b>Nadai-Strasse 13</b> (Schles. Bahnhof).<br/><b>Proskauer Strasse 11.</b><br/><b>Weidenweg 64</b> (am Balten-Platz).</p> <p><b>NO.</b><br/><b>Landsberger Allee 45.</b><br/><b>Landsberger Strasse 40</b> (Ecke Lietzmannstrasse).</p> <p><b>N.</b><br/><b>Bad-Strasse 12</b> (neben der Markthalle).</p> <p><b>Charlottenburg: Wilmersdorferstr. 117</b> (Ecke Pestalozzistrasse).<br/><b>Friedrichshagen: Friedrich-Strasse 79.</b></p> | <p><b>Bruppenstrasse 96</b> (gegenüber dem Humboldthain).<br/><b>Danziger Strasse 8.</b><br/><b>Invaliden-Strasse 163</b> (neben der Markthalle).<br/><b>Müller-Strasse 156 b</b> (gegenüber Antonstrasse).<br/><b>Reinickendorfer Strasse 2f</b> (Wedding-Platz).<br/><b>Schliemann-Strasse 32.</b><br/><b>Schönhauser Allee 187</b> (am Schönhauser Thor).<br/><b>Wolliner Strasse 41</b> (am Vineta-Platz).</p> <p><b>NW.</b><br/><b>Benssel-Strasse 52.</b><br/><b>Wald-Strasse 7.</b><br/><b>Wullenweber-Strasse 6.</b><br/><b>Wilsnacker Strasse 57</b> (Eingang Dreysestrasse).</p> <p><b>Vororte:</b><br/><b>Pankow: Berliner Strasse 9.</b><br/><b>Rixdorf: Berg-Strasse 56.</b><br/><b>„ Hermann-Platz 8.</b></p> | <p><b>W.</b><br/><b>Bülow-Strasse 5</b> (am Nollendorf-Platz).</p> <p><b>SW.</b><br/><b>Blücher-Strasse 14.</b><br/><b>Linden-Strasse 103</b> (neben der Markthalle).</p> <p><b>S.</b><br/><b>Kottbuser Damm 15.</b><br/><b>Oranien-Strasse 58 a</b> (Moritz-Platz).</p> <p><b>SO.</b><br/><b>Dresdener Strasse 16.</b><br/><b>Oranien-Strasse 14 a</b> (Heinrichs-Platz).<br/><b>Pückler-Strasse 17.</b><br/><b>Reichenberger Strasse 115.</b></p> <p><b>Schöneberg: Tempelhoferstr. 23</b> (Ecke Hauptstr.).<br/><b>Weissensee: König-Chaussee 47 b</b> (Kaiser Wilhelm-Platz).</p> |
|---|---|---|

**Kostproben gratis.**

3802L\*

Jedes Wort **5 Pfennig.**  
Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

**Restaurant mit Vorgarten** Umstände halber sofort zu verkaufen. Sofienhöhe 11. 7122\*

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 437\*

**Hochbornschme** Herrenanzüge, Winterpaletots, feinsten Stoffen bekräftigt, 18,00-38,00, Beinkleider 8-11 Mark. Deutsches Verlagshaus, Köpenickerstrasse 63, 1. Treppe. 19382\*

**Herrenanzüge und Paletots**, extra gute und viele Maßarbeit, Modellsachen sehr preiswert. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstrasse 141, 1. Etage. 19758\*

**Weiße Herrenhüte**, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Aufsteck-, Compott-, Kofferstrasse 25A, früher Bornstrasse 4 und 5. Sonntags geöffnet. 19882\*

**Musikinstrumente**, 8,00, Kofferhandlung, Nollendorferstrasse 9. 20478\*

**Angewandte** Kofferhandlung Grünberg 81, parterre und Hausflur, jetzt Kleine Andreasstrasse 5. Stoffe in allen Sorten billig. Scholz. 7143\*

**Golenträger**, besten Sorten, billig. Wallnerstrasse 33, parterre. \*

**Tripotagen**, Massenanzug, labeliert billige Gelegenheitskäufe, Marcus. \*

**Kleiderkoffer**, bedeutend unter Preis. Marcus. 20378\*

**Gardinen**, Teppiche, Kofferstoffe, außerordentlich preiswert. Marcus. \*

**Gratis** erhält jeder Käufer Leuchter mit Feuerzeug, Marcus, Reinickendorferstrasse 7a. 20378\*

**Teppichdecken**, spottbillig, Fabrik Preisstrasse 20. 7190\*

**1000 neue Nähmaschinen** gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschüsseln, hochartig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre reelle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. U. Beckmann, Gollnowstrasse 26, nahe der Landsbergerstrasse. Alle Maschinen nehmen in Zahlung. 18958\*

**Teppiche!** (sehrbaste) in allen Größen für die Halle des Hauses im Teppichlager Bräun, Dadescher Markt 4, Bahnhof Ecke. 93/2\*

**Teppiche mit** Hardeusteinern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 437\*

**Musikinstrumente**, selbstspielende, Teilschaltungen. J. W. Müllerstrasse 148 (Eingang Bergstrasse), S. 1. Etage. 40. \*

**Wenzelhauer-Jücker**, Notenblätter 8,00, Brunnenstrasse 100, Etage. 6615\*

**Druckmaschinen**, auch Teilschaltungen, Dreber, Engelstrasse 20. 44/17\*

**Nähmaschinen**, gebrauchte, Beier-Wilson von 8 Mark an und Langschüsseln von 10 Mark an. Beckmann, Gollnowstrasse 26, nahe der Landsbergerstrasse. 18978\*

**Brennholz**, Reiter 4 Mark, 100 eiserne Eilen und Kochmaschinen, alle Sorten. Charlottenburg, Blomardstrasse 89. 5245\*

**Silberkerfpen**, ff. Cavlar, Männerwaren zu Markthallenpreisen. Wendelsöhnstrasse 1, Tischhandlung. \*

**Malztraktier**, blutbildend, für Blutarmer, Brustkrank, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Geschichtfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark,  $\frac{1}{2}$  Liter 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidend. Porter-Refinerie Ringler, Bernauerstrasse 119. 102/2\*

**Hochelne** Herrenanzüge und Paletots aus besten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verlagshaus Germania, Unter den Linden 21. 19818\*

**Teppichdecken** billigt Fabrik Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 437\*

**Kanarienvogel**, Weibchen, verkauft Gold. Streifenstrasse 45. 7137\*

**Milchgeschäft** zu verkaufen, 80 Liter, schöne Einrichtung, transtheiler, 450 Mark. Adreces Restaurant Königsbergerstrasse 21. \*

**Kleines** Geschäft, Kasse, Feuerzeug, billig zu verkaufen sofort oder 1. April. Voltstrasse 17. 6735\*

**Panelssofa**, besseres, oder Garantie, wohnschöner, billig. Prälent Gebler, Felgenstrasse 61. 47/7\*

**Ringschiffchen**, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Boche 1,00, gebraucht 12,00. Adrecesstrasse 60/61, Gollnowstrasse 26/27, 1. Etage. 103/2\*

**Elegante** Wirtschaft, 4 Zimmer, verkauft junger Mann spottbillig umständehalber sofort. Brautleuten passend, auch einzeln. Befestigung lohnend. Littenstrasse 107/108 I links. \*

**Wirtschaft** billig verkäuflich; darunter viele kleine mit mehrerem Spiegel, gute Schränke, noch neu. Friedrichstrasse 113 II. 64/15\*

**Wagenlackiererei**, Borori Berlin, sehr gut gehend, beste Rundschaft, billig verkäuflich. Offerten „A. B.“ Wienerstrasse 1 im Zeitungsgeschäft. \*

**Winterüberzieher**, Herrenanzüge, wenig getragene Monatsgarberobe von 6 Mark an. Große Auswahl, auch neu, zurückgelehrt, kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidermeister Hirtzengell, Rosenbäckerstrasse 15 III. Auch Sonntags. 103/14\*

**Kanarienvogel**, große Auswahl, 3-20, Reanderstrasse 7. \*

**Nähmaschinen** 10,00, 15,00, 20,00, 25,00 unter Garantie. Un glaube, Brunnenstrasse 90. 7103\*

**Rechtsbureau!** (Andreasplatz), Grünerweg vierundneunzig, Gerichtsbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. 6628\*

**Rechtsbureau** Hall, Brunnenstrasse vierzig, Prozeßbeistand, Ob- und Unterinstanzen, Strafsachen, Minutenprotokolle, Eingabengesuche, Raterteilung. 6628\*

**Rundkopferlei** von Frau Kofsch, Steinwegstrasse 48, Lagergebäude hochparterre. \*

**Der Stof hat?** Fertige Herrenanzüge mit Futterfäden 15,00. Wagner Schneidermeister, Nollendorferstrasse 9 (Walladenstrasse). 20458\*

**Nähmaschinenreparaturen** werden schnell und billig unter Garantie in meiner eignen Werkstatt ausgeführt. U. Beckmann, Gollnowstrasse 26, nahe der Landsbergerstrasse. 18908\*

**Stoffe**, Futterstoffe, Kleiderstoffe, feinsten Sorten, Lagerhandlung, Nollendorferstrasse 9. 20468\*

**Nahradgesch.** auch defekt, Nagel, Schönhauser Allee 163a. 93/19\*

**Wohlfühl-Abfälle** kauft Schumann, Schulstrasse 53. 791\*

**Neufaal!** Vereinszimmer Sonnabend, Klubhaus, Sonnenstrasse 16. \*

**Rechtsbureau** (Alexanderplatz) 1, Kurze Strasse achtzehn! Gerichtsbeistand! Eingabengesuche! Eiserne Rechtsfälle! 64/17\*

**Dame**, welche am 27. Dezember ihren schwarzen Ruff vermischt, inzwischen ermittelt, wird hiermit ersucht denselben sofort, um Anzeige zu erheben, gegen Empfangnahme des Urteiles nach Brunnenstrasse 188 bei Wille zurückzubringen. 6796\*

**Wandliche** Sonnenstrasse 70, Uhren, Betten sehr billig. 6726\*

**Bordhaus**, zwei große Stuben, Küche, eigenes Klosett, 28 Mark, Koloniestrasse 43. 6415\*

**Mühlentstrasse 8**, nahe Hochbahnstation, Eitelauerstrasse und Eitelstrasse, sind vom 1. April 1904 Hofwohnungen von 1 und 2 Stuben nebst Zubehör billig zu vermieten. Näheres daselbst beim Verwalter 8-10, 2-5. 20488\*

**Zimmer**.  
**Möbliertes** Zimmer sofort, 15 Mark, Eitelstrasse 122, vorn II links. 6825\*

**Schlafstellen**.  
**Teilnehmer**, möblierte Schlafstelle, vorn, separat, Mele, Ritterstrasse 19, IV, Hofaufgang. 473\*

**Möblierte** Schlafstelle Adrecesstrasse 16, III links. 6665\*

**Möblierte** Schlafstelle für Herrn. Haber, Dresdenstrasse 61, IV. 6678\*

**Schlafstelle** für zwei Herren vermietet, Sonne, Galleri, Nollendorferstrasse 20, vorn 3 Treppen. 6706\*

**Möblierte** Schlafstelle, Nagel, Nollendorferstrasse 42, IV. 674b\*

**Zaubere** Schlafstelle. Kähler, Scharnhorststrasse 42, Hof parterre. 6755\*

**Schlafstelle**, separat, Strangelstrasse 29. 711\*

**Bessere** Schlafstelle findet anständiger Herr bei Fraulein Goble, Eitelstrasse 33, Lagergebäude 3 Treppen. 711\*

**Stellenangebote**.  
**Tüchtige** Bauhilfen, aber nur solche, verlangen Nicker u. Conraden, Hilmersdorf, Badstrasse 33. \*

**Wappen**-Schneider, erste Kraft, sucht bei dauernder Stellung 2. Woll, Neue Friedrichstrasse 43. 64/16\*

**Spiegelbeleger** für Tischbeleg findet dauernde und lohnende Beschäftigung bei Gungli und Zanzer, Brunnenstrasse 53. 7103\*

**Zm Arbeitsmarkt** durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

**Arbeitsnachweis der Goldschmiede**.  
Engel-Ufer 15. 178/9  
Für Berlin: 1 Goldpoliererin, 2 Heckerarbeiten.  
Nach Gaderleben zum 15. November 1904: 1 Goldarbeiter, der gravieren kann, auch im Laden tüchtig.  
Nach Schwerin i. M.: 1 Silberdrücker.  
Nach Neustrelitz: 1 Goldarbeiter, der auch gravieren kann.  
Nach Gärrow i. M.: 1 Goldarbeiter, der auch gravieren kann, auch im Laden tüchtig.  
**Tüchtiger** Runkelkoffer, ferner Verklung für Runkelkoffer. Runkelkofferthe Spess & Thedy, 6656  
Wienerstr. 57a

**Achtung, Stodorbeiter!**  
Der Zusatz für Stodorbeiter aller Branchen ist streng fernzuhalten bei Schmalz & Barts, Thüringerstr. 18, 85/9 Die Ortsverwaltung.  
**Achtung!**  
**Holzarbeiter und Kistenmacher!**  
In der Rittenfabrik von Panke, Diefendachstrasse, sind sämtliche Kollegen ausgedrängt worden. Die Fabrik ist für Runkelkofferthe und Kistenmacher bis auf weiteres gesperrt. 103/11\*  
**Die Lohnkommission.**

**Vermietungen.**  
**Wohnungen.**  
**Konfektionschneider!** 3 Stuben, Küche mit zwei separaten Eingängen, eigenes Klotz, zum 1. April, erste Etage, 480 Mark. Koloniestrasse 43. 4139\*

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
**Parteiengasse** sucht für seine Runkelkofferthe bei der Schule enklarende Tochter Stellung bei Parteiengassen. Zu erfragen bei Seif, Kronprinzstrasse 50. 4139\*